

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte

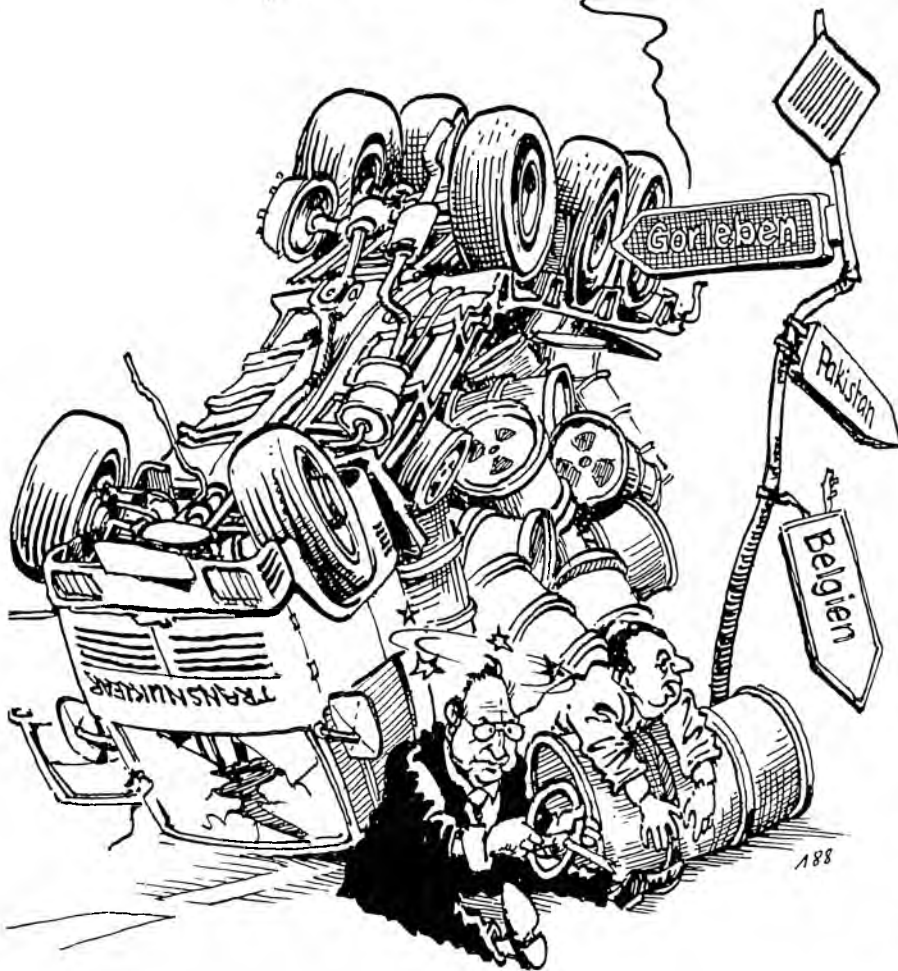


22. Januar 1988
Jg. 9 Nr. 2

G 7756 D

Preis:
2,50

*Wir sind diejenigen
die wirklich ernst machen
mit dem Aussteigen!*



Weltwirtschaft: Die „Dollarkrise“ soll durch Angriffe auf die Lohnabhängigen „gelöst“ werden Seite 4



Ausländerpolitik: Das „Ausländergesetz wird Asylantenstrom stoppen“ (Zimmermann) Seite 7



Westeuropäischer Kriegspakt in Aktion: Die Westeuropäische Union (WEU) operiert mit ihren Flotten in der Golfregion Seite 15

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Imperialistische Weltwirtschaft: Die Dollar- und Börsenkrise soll durch Angriffe auf die Lohnabhängigen „gelöst“ werden 4

Zimmermann: „Ausländergesetz wird Asylantenstrom stoppen“ . . 7

Stahltarifkampf: Die Stahlkapitalisten suchen die Auseinandersetzung 7

Ostpolitik: BRD will Schutzmacht werden – rechte Politik im völkischen Gedanken vereint 8
Deutschlandpolitik – Der lange Hebel der Rechten 9

BRD-Österreich: Der neue Anschluß 10

Auslandsberichterstattung

Peru: „Ein gesellschaftlicher Zerfallsprozeß“ 12

Indien: Erfolgreiche Geiselnahme in Andhra Pradesh 13

Chile: Haltung der Opposition zum Referendum 14

Schweiz: Widerstand gegen Ausländerpolitik wächst 14

Großbritannien: Staatlicher Gesundheitsdienst verfällt 15

Westeuropäischer Kriegspakt: Die WEU operiert in der Golfregion 15

Internationale Meldungen 16

Reportagen und Berichte regional

HBV-Nordmark: Anträge der 1. Landesbezirksfrauenkonferenz . . 18

Regionale Nachrichten 19

Spurbus: Daimler-Benz bekommt Vorführstrecke 20

Personalmangel in den PLK: CDU gegen sofortigen Stellenausbau 20

Hamburg: Kapitalisten sollen „mehr Flagge zeigen“ 21

Krankenhaus Soltau: Kampf gegen Privatisierung des Reinigungsdienstes 21

Kommunale Finanzen: Entla-

Die ERNK zum Pariser Diplomatenmord

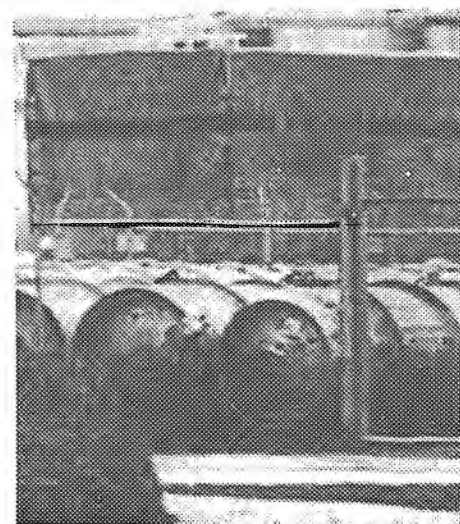
Die nach dem Mord an Siegfried Wielspütz, einem Angestellten der westdeutschen Botschaft in Paris, Anfang Januar begonnene Hetzkampagne gegen eine angebliche „kurdische Spur“ ist so schlagartig abgebrochen worden, wie sie begann. Offenbar waren die „Anhaltspunkte“ für eine solche Spur selbst den gewöhnlich allerhand „Beweise“ auftischenden westdeutschen Staatsschutzorganen so hergeholt, daß man sich nicht dem Risiko aussetzen wollte, erst großen Aufruhr um eine angebliche „Spur“ zu machen und dann hinterher als Betrüger dazustehen. Französische Zeitungen haben inzwischen berichtet, der ermordete Botschaftsangestellte sei für den westdeutschen Geheimdienst tätig gewesen – unter Botschaftsangestellten ist sowas aber wohl eher normal. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Die Europa-Vertretung der ERNK hat auf einer Pressekonferenz am 11. Januar in Bonn noch einmal auf die Vorwürfe gegen sie geantwortet. Sie sieht darin und in dem zwischenzeitlich ebenfalls erhobenen Vorwurf, die PKK sei für den Absturz eines westdeutschen Flugzeuges bei Izmir verantwortlich, ein Komplott des türkischen Staates und anderer Geheimdienste gegen den kurdischen Befreiungskampf und weist auf imperialistische Aktionen gegen den kurdischen Befreiungskampf hin: „Man versuchte, dieses Komplott unserem Volk und seinen legitimen Vertretern, der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und der ERNK unterzuschieben. Heute sind der wahre Charakter des Komplotts und seine Initiatoren stärker ans Tageslicht getreten. Die faschistische Türkische Republik versucht, den Absturz eines bundesdeutschen Flugzeuges in der Nähe der türkischen Stadt Izmir mit diesem Ereignis in Verbindung zu bringen, durch die halbamtliche Agentur Anadolu des türkischen Staates erlogene Nachrichten in der Welt zu verbreiten. Durch die MIT (türkischer Geheimdienst, Anmerk. d. Red.) werden Behauptungen aufgestellt wie ‚Die PKK hat einen Krieg gegen die Bundesrepublik eröffnet‘ und gefälschte Flugblätter in Umlauf gesetzt ... Dieses Komplott wurde in einer Phase verwirklicht, in der die türkisch-französischen Beziehungen intensiviert, französische Militärhubschrauber und Bomben an den türkischen Staat geliefert werden ... Auch die Verbannung von zwei kurdischen Patrioten nach Gabun ... und die Tatsache, daß ein derartiges Komplott im Vorfeld des Besuchs des französischen Außenministers in der Türkei verwirklicht wurde, sind Fakten, die unsere diesbezüglichen Auffassungen bestätigen. Als Hauptgrund für den Besuch des französischen

Außenministers in der Türkei werden Gespräche über ‚Vorsorgemaßnahmen gegen den internationalen Terrorismus‘ angegeben ...“ – (rül)

Vorgänge um NUKEM/ALKEM stören Atomwaffenpläne

NUKEM/ALKEM, ein „Skandal“ mit langer Geschichte: Kritiker der Atompolitik haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die BRD darauf hinarbeitet, eigene Atomwaffen zu produzieren. Dazu sind Kalkar und Wackersdorf nötig. Solche Kritiken wurden von Regierungsseite stets als „Lüge“ diffamiert. Der Skandal soll allein darin bestehen, daß gegen Völkerrecht Rohstoffe zur Produktion von Kernwaffen nach Libyen und Pakistan exportiert wurden. Nicht mehr bestrit-



ten werden kann, daß die BRD über solche Rohstoffe überhaupt verfügt. Umweltminister Töpfer erklärte im Fernsehen, daß man den „Risikofaktor Mensch“ noch nicht im Griff habe, hier „müsse man tiefer schneiden.“ Also alles das Werk einiger korrupter Manager? Nein. Die Unterhöhnung und Verletzung der internationalen Abkommen, die u.a. verhindern sollen, daß die BRD in den Besitz eigener Atomwaffen gelangt, ist Regierungspolitik.

Gegen die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrag stimmten 1974 fast 100 Abgeordnete der CDU, unter ihnen die Minister und Ex-Minister Wörner, Zimmermann, Kiechle, Warncke, Schneider, Dollinger und Windelen. Mit Wissen und Billigung der Bundesregierungen wird seit den 60er Jahren z.B. Südafrika mit westdeutscher Atomtechnologie beliefert. Am 22.9.79 zündete Südafrika die erste Atombombe. Obwohl durch die Enthüllungen die westdeutschen Atomwaffenpläne gestört werden, wird die Empörung verpuffen, wenn sich die öffentliche Kritik nicht auf diesen Punkt richtet. – (tob)

Antifaschistische Aktionen zum 30. Januar 1988

In Düsseldorf, Frankfurt und Stuttgart finden am 30. Januar landesweite antifaschistische Demonstrationen statt. Den Aufruf nach Düsseldorf „Aus der Geschichte lernen! Den Terror stoppen! Nazi-Organisationen auflösen und verbieten!“ unterstützen u.a. VVN, Jusos NRW, SDAJ, Naturfreundejugend, Arbeitsgemeinschaft evangelische Jugend sowie örtliche Bündnisse wie das Düsseldorfer Forum gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit und das Antifaschistische Forum Essen (VVN, Grüne, Volksfront u.a.).

Die UZ vom 11.1.88 schreibt: „Von der Bundes- und Landesregierung wird die Auflösung und das sofortige Verbot aller deutschen und ausländischen neofaschistischen Organisationen gefordert.“ (1)

Nach Frankfurt ruft die VVN auf unter dem Motto: „Für ein antifaschistisches Hessen, für Frieden und Demokratie!“

Den Aufruf nach Stuttgart „Den Nazi-Aktivitäten Einhalt gebieten!“ haben auf Initiative der VVN Personen unterzeichnet, im wesentlichen aus den Gewerkschaften, u.a. die Landesvorsitzenden Baden-Württemberg des DGB und der IG DruPa. Der Aufruf nimmt direkt Bezug auf die Landtagswahlen am 20.3.88:

„Unser Grundgesetz verbietet jegliche nazistische Aktivität und Propaganda ... Wir fordern vom baden-württembergischen Landtag und der Landesregierung, daß sie alle in ihrer Zuständigkeit und ihrem Verfassungsauftrag liegenden Möglichkeiten zur Bekämpfung des Neonazismus ergreift.“

In einem Brief an die VVN erklärt

der Landesvorstand Baden-Württemberg der Volksfront die Unterstützung und Teilnahme an der Demonstration und führt im folgenden u.a. folgende Kritik am Aufruf an:

„- Zumindest mißverständlich bleibt, wenn dort pauschal bewertend von ‚unserem Grundgesetz‘ gesprochen wird, ohne zum einen ausdrücklich die Bezugspunkte zu nennen, die antifaschistischen Interessen nützen wie Artikel 139, ... und ohne zum anderen solche Bestimmungen zu kritisieren, die faschistischen Interessen und faschistischer Politik Vorschub leisten wie u.a. die Präambel, die Staatsbürgerrechtsartikel.“

In München führt die VVN am 30.1. eine Konferenz zum Münchner Abkommen durch.

In mehreren Städten, u.a. Bremen, Essen und Heilbronn, finden in der Zeit um den 30.1. antifaschistische Wochen statt, die als Resultat zum Teil monatelanger Bemühungen von örtlichen Bündnissen getragen werden, in denen u.a. Grüne, VVN, Autonome, Volksfront, DKP und andere zusammenarbeiten.

In Konstanz hat die NPD für den 30. Januar eine Kundgebung mit anschließendem „Kameradschaftsabend“ angekündigt. Das Antifaschistische Komitee, in dem neben dem DGB, der VVN und den Jusos auch Autonome und Volksfront mitarbeiten, schreibt in seinem Aufruf zu Gegenaktionen, die Forderungen der Stuttgarter Demonstration könnten am wirkungsvollsten vertreten werden, „wenn wir das öffentliche Auftreten der NPD an diesem Tag in Konstanz verhindern.“ (2)

Quellen: (1) UZ vom 11.1.88, (2) Antifaschistische Nachrichten vom 14.1.88. - (heb)

stung der Industriebetriebe auf dem Rücken der Lohnabhängigen ... 22

„Republikaner“: Veranstaltung empfindlich gestört ... 23

Berufsverbote: Bundesdisziplinargericht spricht Urteil ... 23

Hoesch: Der Herr im Hause, oder: Geschichten aus dem Dortmunder Familienleben ... 24
Namen, Zahlen, Fakten ... 25

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung ... 26

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Kommissionen von BWK und VSP: Zwei weitere Diskussionsergebnisse ... 27
Arbeitsergebnisse zum Gliederungsteil „Revisionistische Länder“ 27
Ergebnisse zum Gliederungsteil „Frauenunterdrückung / Frauenbefreiung“ ... 28

Bücher: Antifaschistische Kinder- und Jugendbücher ... 30
Damals war es Friedrich ... 30
Als Hitler das rosa Kaninchen stahl 30
Das Tagebuch der Anne Frank ... 30
Der überaus starke Willibald ... 30
Jüdische Kinder im Faschismus ... 30
Bummi – Tiergeschichten ... 31

„Dienstleistungen“: Angebotsorientierte Theorie und Dienstleistungen ... 31
Jean Fourastié: „Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ (1954) 31
Milton Friedman: „Kapitalismus und Freiheit“ (1971) ... 32
RKW: „Auf dem Wege zur Dienstleistungsindustrie“ (1971) ... 33
IdW: „Trend zur Dienstleistungsgesellschaft“ (1976) ... 33
Gartner/Riessman: „Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft“ (1978) ... 34
Landeszentrale f. politische Bildung: „Zuviele Staat - Grenzen der Staatstätigkeit“ (1982) ... 35
P. Gross: „Die Verheißungen der Dienstleistungsgesellschaft“ (1983) 36

Spezialberichte

Lenins Parteitheorie (II): In den 70er Jahren beutete die BRD-Linke die „Was Tun“-Periode für dem Leninismus entgegengesetzte Zwecke aus ... 37
Dokumentenauswahl: Westdeutsche Linke zu Lenins Parteitheorie 39

Titelbild: Karikatur, ts, Hamburg



Stahlkonferenz der IG Metall am 14.1. in Duisburg: Mehrere tausend Arbeiter von Krupp Rheinhausen demonstrierten gegen die geplante Werks-Stillegung. Am 16.1. erklärte der Vertreter des Iran im Aufsichtsrat von Krupp Stahl, er werde bei einer Entscheidung darüber „nicht nur betriebswirtschaftliche, sondern auch humanitäre und sozialpolitische Aspekte“ berücksichtigen. Der Iran hält 25% der Aktien von Krupp. 1981 hat er zusammen mit den Arbeitnehmer-Vertretern den Abbau von 5000 Beschäftigten verhindert. (wol)

Imperialistische Weltwirtschaft

Die „Dollar- und Börsenkrise“ soll durch Angriffe auf die Lohnabhängigen „gelöst“ werden

Die Unruhe unter imperialistischen Devisenhändlern und an den imperialistischen Aktienbörsen schien sich Ende letzter Woche etwas zu legen. Das US-Handelsministerium hatte für November 1987 einen Anstieg der Exporte um 9,4% auf 23,8 Mrd. Dollar gemeldet. Das bedeutete die höchsten monatlichen Exporterlöse von US-Kapitalisten seit 1981. Da im gleichen Monat die Einfuhren um 6% auf 37 Mrd. Dollar zurückgingen, fiel das US-Handelsdefizit auf „nur“ noch 13,2 Mrd. Dollar. Prompt stiegen Dollar- und Aktienkurse an allen imperialistischen Börsen wieder an.

Ob dies freilich ausreicht, um zu einer dauerhaften Beruhigung an den Börsen zu führen, ist zweifelhaft. Die weltweite Überproduktion von Kapital und der Zwang, den enormen flüssigen Mitteln der imperialistischen Monopole eine profitable Anlage zu verschaffen, ist schließlich der Hauptgrund für die seit Monaten anhaltende Unruhe an den Devisen- und Aktienmärkten. Laut Bundesbankpräsident Pöhl erreichen die täglichen Devisen- und Kapitalverschiebungen zwischen den imperialistischen Börsen inzwischen den 25fachen Betrag des zur gleichen Zeit abgewickelten Waren- und Dienstleistungsverkehrs. Das bedeutet, daß die großen imperialistischen Kapitalgruppen enorme überschüssige Kapitalmassen angehäuft haben, die dringend Anlage suchen. Ein Ausfall des US-Marktes, des mit Abstand größten imperialistischen Kapitalmarktes, ist für diese Anleger

unerträglich. Solange aber das US-Haushalts- und Außenhandelsdefizit andauert, bleibt die Gefahr einer weiteren Dollarabwertung bestehen, dauert somit auch die Unsicherheit unter imperialistischen Anlegern über ihre US-Vermögen an.

Das Bemühen, diese enormen überschüssigen Kapitalmassen irgendwo zins- und profitbringend unterzubringen, bestimmt auch das Handeln der imperialistischen Regierungen in jeder einzelnen Frage. Die „Schuldenkrise“ ist deshalb für die Imperialisten vor allem eine Krise in „den Möglichkeiten, weiteres Kapital in den Staaten der Dritten Welt anzulegen – ihre „Lösung“ kann folglich nur in einer weiteren Erhöhung der Schulden dieser Staaten bestehen. Unter „Agrarkrise“ meinen die Imperialisten nicht die wachsende Armut und Überarbeit vieler Bauern, nicht die Überschußproduktion von Nahrungsmitteln in den imperialistischen Staaten, nicht die Hungersnöte in der Dritten Welt, sondern die zu geringen Möglichkeiten profitabler Anlage von Kapital im Agrarsektor. Und schon mehrten sich die Anzeichen für eine weitere Überproduktionskrise, diesmal in der Automobilindustrie, die die bereits bestehende Überproduktionskrise in der Montanindustrie noch verschärfen würde.

An die Adresse dieser von der Jagd nach Anlagemöglichkeiten und Extraprofiten getriebenen imperialistischen Kapitalgruppen richtete sich die Erklärung, die am 23. Dezember die Fi-

nanzminister und Notenbankpräsidenten der sieben größten imperialistischen Staaten – USA, Japan, BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada – abgaben. Erstens versicherten sie darin allen Anlegern, daß sie sich um die Stabilität an den Aktien- und Devisenmärkten weiter bemühen würden. Tatsächlich haben die imperialistischen Notenbanken in den letzten Monaten für fast 100 Mrd. Dollar Dollar-Schuldpapiere von nervös gewordenen Anlegern gekauft. Diese Schuldpapiere lagern nun bei den Zentralbanken (allein die Bundesbank hat seit Oktober für 25 Mrd. DM Dollars gekauft), wo sie verhältnismäßig am einfachsten abgewertet oder auch ganz abgeschrieben werden können.

In der gleichen Erklärung unterstrichen die Finanzminister und Notenbankchefs sodann ihre Absicht, „eine geeignete Politik zur Stärkung des inflationsfreien Wachstums in ihren Ländern“ zu verfolgen, sprich: den großen Monopolen zusätzliche Anlagemöglichkeiten zu verschaffen, und sich um einen Abbau der großen Handels„ungleichgewichte“ zwischen den USA, den westeuropäischen Staaten und Japan zu bemühen.

In der BRD hat dies gemischte Reaktionen hervorgerufen. Schließlich verbirgt sich dahinter vor allem die Absicht der US-Monopole, ihren Konkurrenten die enormen Extraprofite, die diese in den vergangenen Jahren in der Konkurrenz mit US-Monopolen, insbesondere auf dem US-Markt

Arbeitszeitgesetz-Entwürfe im Bundestag

Drei Arbeitszeitgesetzentwürfe wurden am 15.1.1988 im Bundestag in erster Lesung behandelt: Einer der Bundesregierung vom 25.5.87 (BT-Drucksache 11/360), einer der Grünen vom 13.11.87 (BT-Drs. 11/1188) und einer der SPD vom 8.1.88 (BT-Drs. 11/1617). Die SPD hat in diesem Entwurf – verglichen mit dem Entwurf aus der letzten Legislaturperiode – offensichtlich als Antwort auf Kritik aus Gewerkschaften eine Reihe von Arbeitszeitregelungen enger gefaßt und einen positiven Hinweis auf Flexibilisierung aus der Begründung gestrichen.

Nach einer Pressemeldung hat Blüm im Bundestag sein Vorhaben, das Sonntagsarbeitsverbot bei formaler Aufrechterhaltung durch eine Fülle von Ausnahmen faktisch aufzuheben, als Schutz der Sonntagsarbeit

hingestellt. Der FDP-Abgeordnete Heinrich verlangte offen, daß Sonntagsarbeit in hochtechnisierten Betrieben noch stärker zugelassen werden solle. Für die SPD wandte sich Rudolf Dreßler, für die Grünen Willi Hoss gegen die Pläne der Bundesregierung bei der Sonntagsarbeit. (Quelle: Stuttgarter Zeitung, 16.1.87 – rok)

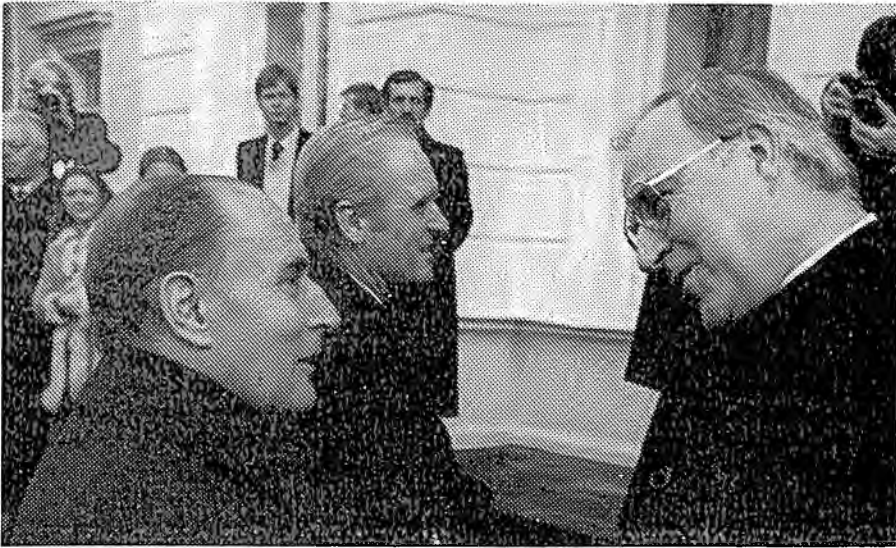
Verhaftung wegen Attentat auf La Belle

Wegen des Attentats auf die Discothek La Belle in Westberlin im April 1986 ist Gabriele Endrigkeit am 11.1. festgenommen worden. Sie soll die Bombe gelegt haben. Die Springerpresse hat sie schon für schuldig befunden. Allerdings Verbindungen zu dem bisherigen Hauptverdächtigen Hasi oder Libyen sind nicht bekannt. Anfang 1986 erreichte die Hetze, Libyen sei das Terroristenzentrum der Welt, ihren Höhepunkt. Am 15. April 1986 bombardierten die USA dann Tripolis

und Bengasi unter dem Vorwand, Ghaddafi sei der Drahtzieher des Anschlags auf die von US-Soldaten besuchte Disco gewesen. Beweise für diese Behauptung hat die US-Regierung bis heute nicht vorlegen können. Trotz der unübersichtlichen Ermittlungssituation antwortete Außenminister Shultz auf die Frage, ob die damalige Vorwürfe gegen Libyen nicht überzogen gewesen seien, es sei „deutlich von den Beweisen her, daß Libyen direkt verwickelt war“. – (chk)

Unfallbericht: mehr tödliche Berufskrankheiten

Ein Anstieg der Berufserkrankungen mit tödlichem Ausgang um 26,9% (264 Fälle in 1986) und der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit um 19,4% (44708 Anzeigen in 1986) – zwei Ergebnisse des jetzt veröffentlichten Unfallverhütungsberichts 1986 der Bundesregierung. Schwere Hauterkrankungen (13737 erstmals in 1986



Der französische Präsident Mitterrand hält die „Schaffung eines Wirtschafts- und Finanzrates“ der BRD und Frankreichs sowie „die Einrichtung einer europäischen Zentralbank geboten“. („Die Welt“, 18.1.) Der verstärkte Zusammenschluß der EG soll die US-Konkurrenz abwehren.

selbst, erzielen konnten, nicht länger zuzugestehen. Öffnung der japanischen und der westeuropäischen Märkte für US-Exporte, vom Agrarexport über Maschinenbau und EDV bis hin zu Flugzeugen und Fernmeldeeinrichtungen, ist deshalb die Forderung von US-Politikern. Am 14.1. verlangte US-Botschafter Burt in der „Bild“-Zeitung von der Bundesregierung, statt der geplanten Erhöhungen von Verbrauchssteuern im kommenden Jahr die Steuern weiter zu senken: „Wir erwarten, daß Bonn endlich für ein kräftiges Wirtschaftswachstum sorgt. Das heißt aber weniger, nicht mehr Steuern!“ Zusätzliche Angriffe auf die Lohnabhängigen sollten sowohl westdeutschen wie US-Monopolen bessere Geschäftsmöglichkeiten verschaffen. Burt: „Lockern sie doch den Laden-

schluß. Dann kaufen die Leute mehr. Außerdem müssen die Subventionen – z.B. in der Landwirtschaft – endlich weg, in der Kommunikation (Telefon, Datenübertragung) müssen endlich Regeln eines freien Marktes eingeführt werden.“ Schon vor Monaten hatte Burt die Streichung der Subventionen für den Airbus verlangt.

Tatsächlich zeigt die Gegenoffensive der US-Monopole bereits Wirkung. Während Porsche Kurzarbeit fahren muß, meldet die OECD ein Vordringen von US-Monopolen auf dem Weltmarkt: „Dank der merklich verbesserten Wettbewerbsfähigkeit sind die Fertigwarenausfuhren der USA 1987 offenbar um nahezu 10 Prozentpunkte rascher gewachsen als die Märkte, und den Projektionen zufolge wird es auch in den beiden kommen-

den Jahren zu ähnlichen Marktanteilgewinnen kommen. Zugleich haben die japanischen und die deutschen Exporteure Marktanteile verloren ...“ Das bislang letzte und für die Bundesregierung kurzfristig gravierendste Beispiel: der Bundesbankgewinn, noch im Herbst letzten Jahres auf 6 bis 7 Mrd. DM geschätzt, ist durch die Kursverluste des Dollar vollständig hin, steht weder dem Bund noch irgendeinem Land noch irgendeinem Konzern für irgendwelche Vorhaben mehr zur Verfügung. Prompt gerät Stoltenberg ins Gerede.

Die SPD versucht, diese Lage zu einem Angriff auf die Bundesregierung zu nutzen. Die Bundesregierung sei „konzeptionslos“, die Angebotspolitik sei gescheitert, lauten ihre Vorwürfe. Gleichzeitig empfiehlt sie sich erneut den Kapitalisten: Mit ihrem Programm „Arbeit und Umwelt“ könne sie ihnen die dringend benötigten Anlagemöglichkeiten schaffen. Tatsächlich kann von einem Scheitern der „Angebotspolitik“ keine Rede sein. Brutale, mitleidlose Erzwingung von profitabler Kapitalanlage, das ist weiter die Forderung der Kapitalisten. Und die Bundesregierung versucht, durch erneute Angriffe auf die Lohnabhängigen ihren Teil zur Befriedigung dieser Ansprüche der Kapitalisten und damit auch zur Dämpfung der Unruhe unter den imperialistischen Anlegern beizutragen. Wie das geschehen soll, hat die OECD in ihrem „Wirtschaftsausblick 1987“ skizziert. Darin verlangt sie von der Bundesregierung nicht etwa eine Änderung, sondern eine *Beschleunigung* ihres Programms: „Als weitere Aktionsmöglichkeiten ... kämen u.a. in Betracht: die vorzeitige Verwirklichung weiterer Teile der für 1990 geplanten Steuerreform, befristete Ein-

entschädigte Erkrankungen) und Lärmschwerhörigkeit (10039 erstmals in 1986 entschädigte Erkrankungen), erneut die häufigsten von den Berufsgenossenschaften anerkannten Berufskrankheiten, nehmen weiter zu. (Bt-Ds. 11/1574 – rül)

EG-Kodex gegen die azanischen Arbeiter

Ohne großes Aufsehen hatten EG-Staaten bereits im November 1985, also nur wenige Monate nachdem die südafrikanische Regierung den Ausnahmezustand ausgerufen hatte, den „Verhaltenskodex“ für Unternehmen mit Tochtergesellschaften in Südafrika geändert. Bis dahin sollte der empfohlene Mindestlohn 50% über dem Lebensminimum liegen. Seit 1985 lautet die Empfehlung: der Mindestlohn soll dem „Angehobenen Lebensminimum“ der Universität von Südafrika entsprechen. Das bedeutet eine Absenkung um etwa 10 Prozent. Entspre-

chend kann die Bundesregierung auch feststellen, daß sich immer mehr Unternehmen an die Empfehlungen des EG-Kodex halten. Sie muß allerdings feststellen, daß keine der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften den EG-Kodex begrüßt oder auch nur für nützlich hält. Die Bundesregierung kündigt an, daß die „deutsche Wirtschaft“ und die Deutsch-Südafrikanische Handelskammer ein sozialpolitisches Aktionsprogramm durchführen wollen. Die Maßnahmen sollen das Ansehen der BRD-Kapitalisten aufpolieren und den Befreiungskampf schwächen. (BT-Drs. 11/1531 – uld)

Genscher in Polen: BRD auf Ostexpansion

Besuch auf einem deutschen Soldatenfriedhof, Treffen mit einem angeblichen „deutschen Freundeskreis aus Schlesien“, kein Nachgeben bei der von der polnischen Regierung geforderten Erleichterung der Warenein-

fuhr aus der BRD, Vereinbarung eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen noch in diesem Jahr: Außenminister Genscher hat bei seinem Besuch in der Volksrepublik Polen bedeutende Zugeständnisse der polnischen Regierung erreicht. Ende 1984 hatte er noch seinen Besuch abgesagt, nachdem die polnische Regierung die verlangte Kranzniederlegung an einem Grab der faschistischen deutschen Wehrmacht und den provokatourischen Besuch am Grab des ermordeten Priesters Popieluszko zu recht abgelehnt hatte. Drei Kommissionen sollen den Besuch Kohls vorbereiten: eine berät über Möglichkeiten der „europäischen Zusammenarbeit“ beider Länder, die zweite über polnische Kreditschulden und Zinszahlungspflichten, die dritte über wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische „Zusammenarbeit“. Der revanchistische Druck der BRD auf die VR Polen nimmt deutlich zu. (rül)



Die Sowjetunion sei daran interessiert, 80 Airbus-Flugzeuge zu kaufen, berichtet die Presse. Außenminister Schewardnadse (Bild: mit DIHT-Chef von Amerongen) streute bei seinem Besuch in Bonn vor Kapitalisten Zucker aus, um die Widersprüche BRD-USA bzw. EG-USA zu vertiefen: Mindestens 20 Großprojekte seien möglich, wenn die „verfluchte“ COCOM-Liste aufgehoben werde. Ob der Kauf von Airbus-Flugzeugen wirklich klug ist, ist mindestens zweifelhaft. Trotzdem wird jetzt spannend, wie die BRD reagiert: Läßt sie sich von den USA weiter den Osthandel durch die COCOM-Liste einschränken?

kommenssteuersenkungen im Rahmen des Gesetzes für Förderung der Stabilität und des Wachstums, weitere Deregulierungsmaßnahmen zur Anregung des Wettbewerbs und zur Steigerung der Flexibilität sowie der Abbau der Subventionen.“

Auch der Streit im Regierungslager um die von Stoltenberg angekündigte Erhöhung der Verbrauchssteuern im nächsten Jahr (Tabaksteuern plus 50 Pfg. je Packung Zigaretten, Superbenzin plus 15 Pfennig pro Liter sind im Gespräch) ist kein Grundsatzstreit, sondern ein Streit um die beste Methode, den Lohnabhängigen weitere Zahlungen aufzunötigen: Wo Stoltenberg die Verbrauchssteuern erhöhen will, halten FDP und CSU den Weg des „Subventionsabbaus“ (Bausparför-

derung u.ä. „Subventionen“ kämen in Betracht) für weniger auffällig und zudem weniger riskant, da ohne Folgen für die Teuerungsrate.

So ist dann auch von einer „Schwäche“ bei Regierung und Kapitalisten keine Rede. Im Gegenteil verlangt Daimler-Chef Reuter, eben noch von Sozialdemokraten als „Regierungskritiker“ zitiert, brüsk einen allgemeinen Lohnstopp, um den „Standort Bundesrepublik“ für Kapitalanleger attraktiv zu halten. Und macht Zimmermann, etwa gegenüber der ÖTV in der Tarifaufeinandersetzung im öffentlichen Dienst, den Eindruck eines geschwächten Gegners?

Die Regierung ist fest entschlossen, ihr reaktionäres Programm ohne Abstriche durchzusetzen. Die Steuerre-

form soll bis zum 1. Mai in Bundestag und Bundesrat verabschiedet sein, die Beratung über das Arbeitszeitgesetz wird vorangetrieben, das Ladenschlußgesetz soll weiter gelockert und der „Dienstleistungsabend“ erzwungen, Kranken- und Rentenversicherungsschutz der Lohnabhängigen noch in diesem Jahr weiter geschwächt werden.

Gegen verschiedene Punkte dieses reaktionären Programms versteift sich in letzter Zeit der Widerstand, bilden sich Ansatzpunkte für eine Gegenwehr der Lohnabhängigen gegen das Regierungslager heraus. So ist der Widerstand gegen die höhere Besteuerung von Nachtarbeit vor allem in der IG Druck unvermindert heftig, gegen die beabsichtigte Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Arbeiterinnen und gegen die Erzwungung von Sonn- und Feiertagsarbeit regt sich verschiedentlich Protest, die Lohnabhängigen im Einzelhandel wehren sich weiter gegen die Lockerung beim Ladenschluß, und die Steuerreform wird durch die angekündigten Verbrauchssteuererhöhungen und die jetzt bekannt werdende „Entlastung“ der unteren Lohngruppen durch die neuen Steuertarife seit Jahresanfang auch nicht populärer. Wenn die Gewerkschaften sich hier um eine weitere Aufklärung und Kritik des Regierungsprogramms und um stärkere gegenseitige Unterstützung bemühen würden, könnte das was nützen.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 15.12.87 bis 15.1.88; OECD-Wirtschaftsausblick 1987, in: Presseamt der Bundesregierung, Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, 23.12.87; „Bild“, 15.1.88; Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Dez. 87/Jan. 88; Time, 18.1.88 – (rül)

Tribunal gegen türkische Junta in Vorbereitung

Die in Hannover erscheinende türkische Zeitschrift „Türkei-Informationen“ will zusammen mit westdeutschen fortschrittlichen Organisationen ein „Internationales Tribunal gegen das Regime in der Türkei“ durchführen. Ziel des Tribunals soll u.a. sein, „alle politischen, juristischen und legislativen Unterdrückungsmaßnahmen des Regimes in der Türkei international anzuklagen und zu verurteilen, europaweit das Regime in der Türkei aufzufordern, eine Amnestie für alle politischen Gefangenen zu erlassen, die Todesstrafe abzuschaffen und mit allen Formen von Menschenrechtsverletzungen Schluß zu machen, ... die durch das Regime in der Türkei verfolgten und in Europa lebenden Demokraten und fortschrittlichen Kräfte zu Wort kommen zu lassen ...“ Dem Initiativ- und Vorbereitungs-

komitee des Tribunals gehören u.a. Medico International, BUKO, Die Grünen, Vertreter von Amnesty International sowie ein Komitee zur Hilfe für die politischen Gefangenen in der Türkei und Türkei-Kurdistan an. Am 6. Februar soll in Köln ein Vorbereitungstreffen stattfinden, wahrscheinlich beginnend um 14.00 Uhr im Büro der GEW. – (rül)

Regierung prüft „Menschenrechte“ im Warschauer Pakt

Im Auftrag der Bundesregierung legte eine neunköpfige, von der Regierung als „unabhängig“ bezeichnete Professorenkommission einen Bericht vor, in dem die Professoren nachprüfen, gegen welche Bestimmungen des „Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte“ die Staaten des Warschauer Paktes erheblich verstoßen. Die Professoren waren beauftragt, insbesondere auf die Verfolgungen „deutscher“ Minderheiten zu ach-

ten. Wahrscheinlich werden reaktionäre Kräfte den Bericht vor allem als angeblich unabhängige Quelle für diverse öffentliche Angriffe auf die osteuropäischen Staaten benützen. Die Quellen der Professoren sind vor allem Berichte des US-Senats und -Kongresses, aber auch die Jahresberichte von amnesty international und – der von Faschisten beeinflussten – Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. (Bundestags-Drs. 11/1344 – uld)

Zugeständnis beim Jahreswagen, aber nicht bei Schichtzulagen

Stoltenberg hat jetzt den Referentenentwurf für das Steuerreformgesetz 1990 vorgelegt, der Bundestag soll noch vor dem 1. Mai darüber abstimmen. Die Eckwerte sind unverändert: Der Spitzensteuersatz – bedeutsam für hohe und höchste Einkommen aus Vermögen – sinkt von 56 auf 53%, der Tarifverlauf wird begradigt – Entla-

Zimmermann

„Ausländergesetz wird Asylanstrom stoppen“

1987 kamen 57 379 Asylbewerber in die BRD, 40 000 weniger als 1986. Die Polen stellten mit 15 194 mehr als 25%, die zweitstärkste Gruppe kam aus der Türkei (11 426), gefolgt von Iran (6 538), Sri Lanka (2 285), Pakistan (1 592), Afghanistan (1 586) und der CSSR (1 516). Die Anerkennungsquote bei 87 539 Entscheidungen 1987 betrug 9,4%. Innenminister Zimmermann in der „Welt“ vom 4.1.88: „... über 90% sind Wirtschaftsflüchtlinge, die keine politisch Verfolgten sind und die wir auch nicht verkraften können.“ „Die Grundsätze des neuen Ausländergesetzes sind“ für ihn davon „gekennzeichnet“, „daß knapp 60 000“ Asylbewerber „immer noch zuviel“ sind. Logischer Schluß: Der Innenminister will erneut das Asylrecht verändern. Am 5.1. erklärten die Abgeordneten Gerster (CDU) und Fellner (CSU): „Es gibt keine Gesetzesinitiative.“ Baum (FDP): „Der Spielraum ist nicht da.“ Hirsch (FDP) belehrte Zimmermann: „Der Innenminister müßte nach langjähriger Amtszeit wissen, daß das geltende und das beabsichtigte Ausländergesetz mit dem Asylrecht überhaupt nichts zu tun hat.“ Penner (SPD): „Minister Zimmermann hat auch auf diesem Gebiet keine Sachkunde. Er ist total unfähig.“ Die Schäuble-Kommission, eine Bund-Länder-Kommission (also auch die SPD vertreten), legte dem Kabinett einstimmig drei Gesetzesänderungen vor. Dieses beauftragte mit Kabinettsbeschluß vom 8. Dezember 1987 den Innenminister, „alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen“:

– Die geltende, allerdings bis Ende 1988 befristete, Pflicht für Ausländer, sofort wieder auszureisen, wenn sie einen offensichtlich unbegründeten Asylantrag gestellt haben, soll über dieses Jahr hinaus verlängert werden.

– Asylbewerber soll die Möglichkeit zur Beschwerde genommen werden, wenn ein Verwaltungsgericht Prozeßkostenhilfe abgelehnt hat.

– Die Bundesländer sollen ermächtigt werden, zentrale Abschiebungsstellen einzurichten.

Außerdem prüft der Bundesinnenminister, ob der Abschiebungsschutz eingeschränkt werden soll. (Außer Kraft setzen der Genfer Flüchtlingskonvention; s. Pol. Berichte 26/87, S. 10)

Die SPD, immer vorne an der Asylfront, man denke nur an ihren Erfolg im Wahlkampfjahr 1986 das „Berliner Loch“ zu schließen, forderte am 7.1.88 Regierung und Koalition auf, umgehend detailliert ihre Gesetzesabsichten im Ausländer- und Asylrecht bekanntzugeben. Nun war es aber nicht der „total unfähige“ Innenminister, der diese Gesetzesänderungen ausgeheckt hatte, sondern unter Mitwirkung der SPD, die Schäuble-Kommission. Aus der FDP kamen folgende Äußerungen: Hirsch: „Eine Verschärfung wird es mit uns nicht geben.“; Westewelle: „Ich gehe davon aus, daß die FDP-Spitze nicht nur Zimmermanns Plänen eine Absage erteilt, sondern auch auf eine Liberalisierung des Asylrechts drängt.“; ein Sprecher des FDP-Vorsitzenden Bangemann wertete Zimmermanns Pläne als „ungelegte Eier“ ab. Übersehen wurde, daß diese „Eier“ per Kabinettsbeschluß gelegt wurden und somit auch ein Produkt der FDP sind. Der CDU-Gerster blieb dabei, es gebe keine Gesetzesinitiative. Die Verlängerung der Ausreisever-

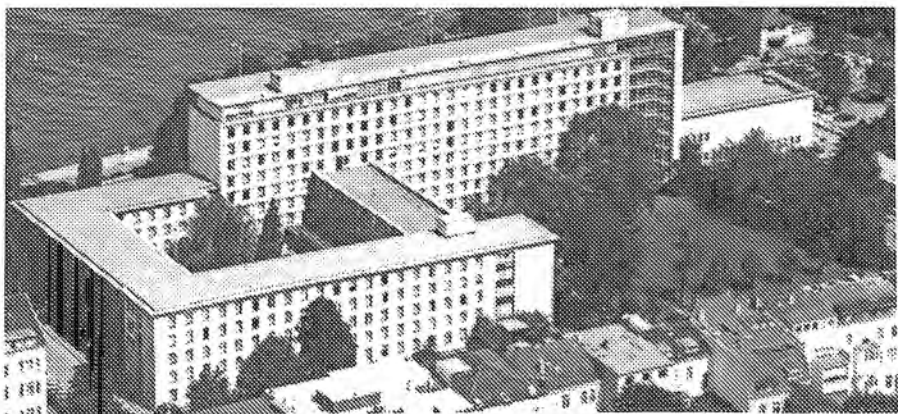
pflichtung und die Einrichtung zentraler Abschiebestellen seien „keine materiellen Änderungen“; das Asylrecht werde daher nicht verschlechtert. Zimmermann, offen äußernd, was er vorhat, will mit dem Ausländerrecht den „Asylanstrom“ verringern, also genau das, was Schäuble-Kommission und Kabinettsbeschluß verlangen. Nachdem diverse Parlamentarier feststellten, er habe sich mißverständlich ausgedrückt und Gesetze miteinander vermengt, war der Sturm im Bonner Wasserglas fürs erste beendet. Schon möglich, daß eine weitere Änderung des Asylverfahrensgesetzes mit FDP und SPD nicht zu machen ist und selbst CDU-Abgeordnete vor materiellen Änderungen zurückschrecken. Vor allem dann, wenn Änderungen des Ausländergesetzes viel besser und unauffälliger dazu geeignet sind, die Rechte von Asylbewerbern weiter einzuschränken. Eine tatsächliche Opposition von seiten der SPD ist jedenfalls nicht in Sicht. (Quellen: FR 6., 7., 8., 9.1.; Die Welt 4.1.; WdA 7.1.) – (ti)

Stahltarifkampf

Die Stahlkapitalisten suchen die Auseinandersetzung

Ohne jedes Angebot der Kapitalisten sind auch die vierten Verhandlungen über die Stahltarife für NRW und Bremen am 13.1.1988 vertagt worden. Damit leisten sich die Stahlkapitalisten ein Vorgehen, das seinesgleichen sucht: Über zweieinhalb Monate sind die Lohntarife bereits offen, die Manteltarifvereinbarungen über die Arbeitszeit seit 1.1.1988. Kein Angebot ist auch ein Angebot, könnte man

stung für den „Mittelstandsbauch“ –, der Grundfreibetrag wird erhöht – für die niedrigen Einkommen ein paar Mark im Monat. Proteste von und aus der Automobilindustrie haben Stoltenberg veranlaßt, bei den „Belegschaftsrabatten“ etwas nachzugeben; der „Jahreswagen“ soll nur mit dem Händlereinkaufspreis bewertet werden. Hart blieb er dagegen bei der Steuer auf Zuschläge für Nacht-, Schicht- und Sonntagsarbeit. Die IG Druck weist darauf hin, daß damit Tarifregelungen außer Kraft gesetzt werden. Besonders drastisch: Der Nachtzuschlag von 23%, der in der Druckindustrie zwischen 18 und 20 Uhr bezahlt wird, würde voll besteuert, der Entwurf läßt Nachtarbeit erst ab 20 Uhr gelten. Weitere gewerkschaftliche Protestaktionen sind angekündigt: Der DGB Baden-Württemberg will am 27.2. eine landesweite Demonstration u.a. gegen die Steuerreform durchführen. – (alk)



„Intensivere Wirtschaftskontakte steigern die Effizienz von Genschers Ministeriums“. Unter dieser Überschrift meldet das „Handelsblatt“ am 15.1.88 Neues aus dem Auswärtigen Amt: Ein Jahr lang habe ein Manager von IBM zu beiderseitiger Zufriedenheit im Planungsstab des Auswärtigen Amtes mitgewirkt. Ein Manager von Daimler-Benz soll folgen. Als „Gegenleistung“ hat der IBM-Mann vorgeschlagen, ein „Austauschprogramm“ für Manager und AA-Führungsbeamte zwischen dem Auswärtigen Amt und großen Konzernen aufzubauen. Wenn darin auch Siemens einbezogen ist, dürfte auch die CSU mit Genschers zufrieden sein. Bild: Das Auswärtige Amt. (rül)

schlußfolgern.

Die Stahlkonzerne erhalten deutliche Unterstützung bei dem Versuch, die angebliche „Notlage“ der Branche endlich tariflich zu fixieren.

Bundeskanzler Kohl erklärte in einem Artikel zum neuen Jahr flexible Lohngestaltung und flexiblere Arbeitszeiten zum Gebot der Stunde. Und weiter: „Ferner liegt es auf der Hand, daß Tarifabschlüsse zwischen gut verdienenden Branchen und solchen Industriezweigen differenzieren müssen, die sich mitten in einer Strukturkrise befinden.“ (1)

Daimler-Benz-Vorstand Edzard Reuter trat für einen „umfassenden Lohnstopp“ und den „Verzicht auf weitere Arbeitszeitverkürzungen“ ein. Beides sei unabdingbar zur „Erhaltung des Produktionsstandortes Bundesrepublik“ – eine demagogische Bezeichnung für den Vorgang, daß die größte Exportmacht der Welt ihre Position ausbauen will. Die Ruhrgebietspresse bezog beides auf die Stahl-Tarife und verwies süssig auf darauf, daß Reuter SPD-Mitglied ist und Johannes Rau ihn schätzt. (2)

Umso wichtiger ist es, daran festzuhalten, daß die Interessen der Lohnabhängigen nicht der Geschäftslage der Kapitalisten untergeordnet werden dürfen. Ohne Schichtzulagen – in der Stahlindustrie arbeiten 50% der Beschäftigten in Konti-Schicht – lägen die Stahl-Effektivlöhne ohnehin schon deutlich unter den Metall-Löhnen. Gelingt den Kapitalisten die angestrebte „Abkoppelung“ des Stahl-Ecklohns vom Metall-Ecklohn, würde dies eine Marke setzen.

Für die Stahlkonzerne bedeutet die Krise sowieso alles andere als leere Kassen. Thyssen kündigte für das Geschäftsjahr 1986/87 gerade einen „Jahresüberschuß“ von 302 Mio. DM an. Selbst die Stahl-Bereiche der Konzerne konnten seit 1983 Bilanz-Gewinne nicht vermeiden. Gleichzeitig investierten sie Milliarden in weitere Rationalisierung: 1985 3,5 Mrd. DM, 1986 2 Mrd. DM und 1987 erneut knapp 2 Mrd. DM. (3)

Bei der Stahlkonferenz der IG Metall am 14.1.1988 in Duisburg setzte Tarifexperte Zwickel das Schwerkewicht auf die Durchsetzung der 35-Stundenwoche, die Lohnforderung erwähnte er nur nebenbei. Bei den nächsten Verhandlungen am Mittwoch, 20.1., sollen in allen Stahl-Betrieben Warnstreiks stattfinden, Forderungen nach Urabstimmung werden laut. Kampfmaßnahmen sind sicher nötig. Es müßte jedoch klargestellt werden, daß weitere Lohnsenkung verhindert werden muß. Sonst können auch positive Wirkungen einer Arbeitszeitverkürzung viel schneller wieder kassiert werden.

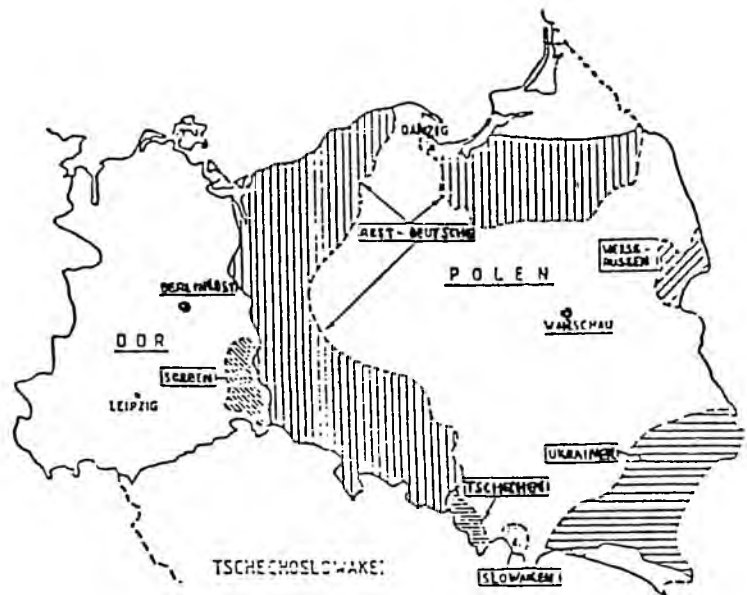
Quellenhinweis: (1) „Handelsblatt“, 31.12.87; (2) „WAZ“, 14.1.88; (3) „Handelsblatt“ 13./14.11.87 - (wof)

Ostpolitik

BRD will Schutzmacht werden – rechte Politik im völkischen Gedanken vereint

Die Abrüstung der Mittelstreckenraketen – noch sind sie ja nicht weg – wird nur von einem Teil der konservativen Publizisten als Sicherheitsrisiko gewertet. Für diese steht der vom ZDF inzwischen pensionierte Moderator Löwental, der immer noch an Argumenten festhält, wie sie seinerzeit unter Führung des Sozialdemokraten Helmut Schmidt Richtschnur der Verteidigungspolitik waren. Danach bestand eine Bedrohung des westlichen Europas, besonders der BRD, durch die Überzahl an Mittelstreckenraketen bei der UdSSR. Diesem wirke das strategische Potential der USA nicht entgegen und das Kurzstreckenarsenal auch nicht. Das strategische Potential nicht, weil die USA nicht ihre Existenz aufs Spiel setzen würden wegen europäischen Affären, das Kurzstreckenarsenal

seinen Überlegungen zu dem Schluß, daß die Rechte in der BRD darauf setzen müsse, daß die Ratifizierung des Vertrages vom US-Senat abgelehnt bzw. mit irgendeiner einseitigen Bedingung versehen werde. Man höre aus Washington, schreibt Löwental im selben Aufsatz, daß der Vertrag mit einem Zusatz (amendment) versehen werden solle, der seine Gültigkeit von einem Abkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte abhängig machen werde. Löwental rechnet fest damit, daß die außenpolitische Grundsatzerklärung des – noch nicht festgestellten – nächsten Präsidentschaftskandidaten der Republikaner irgend etwas derartiges enthalten wird. Sinn der Sache wäre, der UdSSR eine Bedingung vorzulegen, die diese nicht akzeptieren kann,



In der Tradition faschistischer Aggressionspolitik: Diese Karte über angebliche „Volksgruppen“-Gebiete in Polen stammt aus dem eben vom Bundesjustizministerium veröffentlichten Bericht „Menschenrechte in den Staaten des Warschauer Paktes“ (Bundestags-Drucksache 11/1344). Ähnliche Karten für Ungarn, die CSSR, Rumänien, Bulgarien sind in dem Machwerk ebenfalls veröffentlicht.

nicht, weil von dessen Einsatz Gebiete und Menschen betroffen würden, die die BRD beansprucht. An diese Argumente knüpft Löwental an, wenn er im „Deutschland Magazin“ ausführt: „Je mehr Atomwaffen im Kurz- und Mittelstreckenbereich in Europa verschwinden, desto wahrscheinlicher wird die Führbarkeit eines Krieges, denn die Überlegenheit der Sowjets auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte und Waffensysteme ist riesengroß, und ihre Angriffsfähigkeit ist auch unter Gorbatschow ständig verstärkt worden.“ Löwental kommt bei

die aber einleuchtend genug klingt, um die öffentliche Meinung des freien Westens aufzuhetzen.

Für eine andere Stimmung in der rechten Publizistik steht der ebenfalls pensionierte General Kießling. Er sieht – ebenfalls im „Deutschland Magazin“ die strategische Doktrin des „flexible Response“ durch praktische Gründe relativiert. Nach Tschernobyl dürfe man hoffen, daß selbst in Los Angeles wie in Wladiwostok das Bewußtsein gewachsen sei, den Auswirkungen atomarer Explosionen auch im weit entfernten Mitteleuropa nicht

Deutschlandpolitik – der lange Hebel der Rechten

Zum internationalen Tag der Menschenrechte brachte der deutschlandpolitische Sprecher der Union, der Abgeordnete Lintner, eine Art programmatische Erklärung unter, aus der klar wird, wie die BRD ihre Expansionspolitik betreiben und gleichzeitig Entspannungswillen vortäuschen will.

... Wenn also Michail Gorbatschow mit seiner Ankündigung Ernst machen will, dann soll er dem deutschen Volk die – wie er sich wörtlich ausgedrückt hat – „Wahl seiner Gesellschaft ohne Einmischung von außen“ ermöglichen.

Präsident Reagan hat uns aus dem Herzen gesprochen, als er bei seinem Besuch in Berlin öffentlich von Gorbatschow die Beseitigung der Mauer gefordert hat ...

Wir haben ... nicht nur das Recht, sondern geradezu die Verpflichtung, an einem Tag wie heute jene Staaten des Ostblocks, in denen Deutsche und deutsche Minderheiten leben, daran zu erinnern, daß sie allen menschenrechtlichen, im Völkerrecht relevanten Verträgen und Vereinbarungen zugestimmt haben. Sie haben sich dadurch aber auch allen anderen Unterzeichnerstaaten gegenüber verpflichtet, die elementarsten Menschen- und Bürgerrechte zu garantieren.

Damit haben sie sich – wie übrigens ganz selbstverständlich auch wir – einer Art ständigen weltweiten Kontrolle über den Grad der Ver-

wirklichung dieser Vertragspflichten bei ihnen zu Hause unterworfen. Das bedeutet im Klartext: Wenn wir die Einhaltung dieser Zusicherungen einfordern, dann kann uns nicht entgegengehalten werden, das sei eine unzulässige Einmischung in die Angelegenheiten des anderen Staates.

... Schweigen zu bestimmten Zuständen allgemeiner Art droht in Komplizenschaft mit den Unterdrückern auszuarten. Diesen Vorwurf wollen wir uns nicht zuziehen.

Diese Haltung kommt auch darin zum Ausdruck, daß wir uns künftig von einer unabhängigen Wissenschaftlerkommission beim Bundesjustizministerium regelmäßig in objektiver Form über die menschenrechtliche Situation der Deutschen in den Staaten des Ostblocks berichten lassen. Der erste Bericht wird uns in Kürze als Bundestagsdrucksache vorliegen.

Für die Deutschlandpolitik möchte ich in diesem Zusammenhang besonders hervorheben, daß die Forderung der Deutschen nach Einheit zunächst und vor allem die Forderung nach Einlösung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes ist, ein Recht, das uns genauso selbstverständlich wie allen übrigen Völkern der Welt zusteht und auch zugestanden werden muß ... Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen meint aber logischerweise zugleich auch immer Selbstbestimmungsrecht für die anderen betroffenen Völker. Wenn wir also für unser Selbstbestimmungsrecht eintreten, dann bieten wir damit

auch den Völkern im Ostblock eine demokratische Perspektive, denen ebenfalls bis heute das Selbstbestimmungsrecht verweigert worden ist ...

Meine Damen und Herren, daß es innerhalb des Kommunismus auch in Bezug auf nationale Minderheiten anders geht, zeigt beispielhaft die Volksrepublik Ungarn. Dort sind heute den Deutschen jene Minderheiten- und Volksgruppenrechte verbindlich zugesagt und verwirklicht, deren Geltung wir in Bezug auf unsere Landsleute auch von den Regierungen in der CSSR, in Polen, in der UdSSR und in Rumänien fordern.

Das Beispiel Ungarn stellt einen großen Erfolg der Politik der Bundesregierung bei der Implementierung (Einpflanzung, Red.) von Menschen- und Minderheitenrechten dar.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Knabe, GRÜNE: Aber auch der Einsicht der Ungarn!)

– Zugegeben, auch der Einsicht der Ungarn.

Gemäß der mit der ungarischen Regierung getroffenen Vereinbarung werden es die in Ungarn lebenden Deutschen künftig leichter haben, sich ihrer Kultur in Wort und Schrift zu bedienen, eigene Gottesdienste abzuhalten und die deutsche Sprache in der Schule zu lernen.

Das Beispiel Ungarn muß jetzt dazu genutzt werden, auch die übrigen Ostblockregierungen von der Richtigkeit dieses Umganges mit den deutschen Minderheiten zu überzeugen ...“

ganz entgehen zu können. Kießling meint also, daß die Erfahrung des Tschernobyl-Unglückes die strategische Dimension auch des taktischen Einsatzes von Atomwaffen überall klarer gemacht habe. Das wird nicht falsch sein. Das Hirn des pensionierten Obersten Befehlshaber Europa der NATO faßte das Tschernobyl-Unglück als Beispiel für eine – kleine – nukleare Exposition im östlichen Europa. Den Niederschlag aufs westliche Europa rechnet er als Risiko von Raketenabschießern im westlichen Europa; denkbare Gegenwehr sogar außer acht gelassen. So oder so ähnlich muß er denken, und daraus ergibt sich, daß die Politik es nicht leicht hätte, sich einer Initiative des Warschauer Paktes für ein atomwaffenfreies Europa zu entziehen. Gorbatschow könne diese Runde für sich buchen, aber der Kampf gehe weiter. Wann, ruft Kießling aus, werden wir endlich die Lehren daraus ziehen? Und dann:

„Was tun? Wir müssen die Initiative wieder an uns reißen. Wir dürfen nicht abwarten, bis Gorbatschow uns erneut ins Schleudern bringt. Packen wir die Sowjets an ihrer schwächsten

Stelle. Ihre Schwäche ist immer dort, wo es um die Freiheit geht. Fordern wir sie unerbittlich auf, ihren schönen Worten endlich Taten folgen zu lassen; und zwar da, wo unser nationales Interesse liegt: das bis heute verweigernde Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.“

Angeichts einer vielleicht fortschreitenden atomaren Abrüstung hält der General Kießling also vor allem moralische Aufrüstung für geboten. Die Anlage dieser moralischen Aufrüstung ist expansiv. Sie richtet sich gegen bestehende Staaten und gegen die Nachkriegsordnung.

Die nebenstehenden ausführlich dokumentierten Auszüge aus einer Rede des deutschlandpolitischen Sprechers der Union im Bundestag zeigen, daß es sich bei den Ideen Kießlings keineswegs um Einfälle eines Sonderlings handelt. Er argumentiert vielmehr auf dem militärpolitischen Sektor einer Gesamtstrategie.

Die ostpolitische Initiative der Koalitionsregierung hat im Anspruch, alle Deutschen zu vertreten, ihren gemeinsamen Schwerpunkt. Die BRD sei der Sachwalter aller Deutschen, die über-

all als nationale Minderheiten mit Rechten auszustatten wären. Das ist ein verwickelter Schwindel. Die deutschen Ansiedler im östlichen Europa waren, da gibt's nichts zu beschönigen, Kolonisten. Sie verstanden und verhielten sich als Vortruppe des Deutschtums. Sie stützten sich im Kampf um Herrschaft und Vorherrschaft in den jeweiligen Ländern ungeniert auf Staaten deutscher Nation, auf Preußen, Sachsen, Österreich, aufs Deutsche Reich. Im zweiten Weltkrieg konnte sich die SS aus ihnen rekrutieren. Die BRD belebt nun solche Traditionen in großem Maßstab neu. Sie sieht in den Resten des Deutschtums eine nie versiegende Auskunftsquelle zu inneren Verhältnissen, ein Rekrutierungsfeld für Vertrauenspersonen in Handel, Politik und Propaganda. Bei der Pflege dieses Aktivpostens deutscher Expansion finden Genscher, Strauß, Kohl und andere zusammen. Es wird Zeit, daß man sie stört.

Quellenhinweis. Bundestagsprotokoll. 10.12.87; Deutschland Magazin 12/87. Deutscher Ostdienst 51/87; Bayernkurier 1. 2/88 (maf)

BRD-Österreich

Der neue Anschluß

Noch in diesem Jahr erwartet der österreichische Kapitalistenverband einen formellen Beitrittsantrag der österreichischen Regierung bei der EG. Das stand zu Jahresbeginn im „Handelsblatt“. Die Regierung Kohl/Genscher hat seit ihrem Amtsantritt 1982 energisch auf einen solchen Beitritt Österreichs hingearbeitet. Für den BRD-Imperialismus ist dies ein der Weg, um das seit dem zweiten Weltkrieg bestehende Verbot eines Bündnisses Österreichs mit dem (west-)deutschen Imperialismus erneut außer Kraft zu setzen und sich erneut Österreich als Verbündeten gegen die Staaten Ost- und Südosteuropas einzuverleiben. Fortschrittliche Kräfte in Österreich haben dagegen sowie aus Anlaß des 50. Jahrestages der gewaltsamen Annexion Österreichs durch den deutschen Faschismus eine Kampagne begonnen. Der folgende, leicht gekürzte Artikel stammt aus der österreichischen Zeitschrift „Zusammen“, Dezember 1987. Überschrift und Anmerkungen stammen von der Redaktion. – (rül)

Die Alliierten erklären, daß eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland verboten ist.“
(Staatsvertrag, Artikel IV, 1955)

Die Auseinandersetzungen der letzten Wochen um den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft haben einmal mehr gezeigt, welchen Zielen die Wende-Regierung dient: dem Anschluß an ein Europa unter deutscher Vorherrschaft.

Nächsten März werden Gedenkfeiern stattfinden: 50 Jahre Anschluß. Jörg Haidler (1) hat als erster vom „fünfzigjährigen Jubiläum“ gesprochen. Viele reden es ihm mittlerweile nach.

Man könne nicht erwarten, sagte Mock (2), daß Österreich der EG beitreten – und später dann, wenn die Staaten der EG mit ihren vielen Millionen Menschen eine „Sicherheitsgemeinschaft“, ein Militärbündnis bilden, sich einfach wieder verabschieden kann. Das geht dann, so Mock, natürlich nicht.

Auf Österreichs Neutralität nimmt die EG, nimmt Deutschland keine Rücksicht mehr. Horst Teltschik, außenpolitischer Berater des deutschen Bundeskanzlers Kohl, in einem Interview für die „Presse“ (13.10.1987):

Es gäbe „keinen Zweifel daran, daß die EG nicht nur eine politische und eine Wirtschaftsunion, sondern auch eine Sicherheitsunion würde“. Also ein militärisches Bündnis. „Dann werden sich für die Neutralen viele Grundsatzfragen neu stellen.“

„Aus deutscher Sicht“ könnte aus der EG eine „Verteidigungsunion“ werden. Die Neutralen müßten dann selbst an die Union die Frage richten, ob sie ihr beitreten können, meint Teltschik, der Berater des Herrn Kohl. „Die Bundesrepublik Deutschland erhebt immer deutlicher Anspruch auf eigenständige Weltpolitik“, kommentiert die „Presse“. (21.10.1987)

Österreich sei „nicht nur an der wirtschaftlichen, sondern auch an der

militärischen Integration im Rahmen der EG interessiert“, sagte Mock in einer Tischrede bei seinem Besuch in Bonn im Oktober 1987 (zitiert nach „Volksstimme“, 14.10.1987 – von Mock nie dementiert).

EG-Außenminister Willy de Clercq meint laut „Presse“ (16.10.), daß Österreich trotz der geplanten Militärunion als neutrales Land EG-Mitglied werden kann. Irgendeinen Dreh wird man schon finden. „Für mich ist nicht der Titel, sondern die Substanz wichtig.“ (Ebenda) „Ich freue mich auf Euch Österreicher. Ihr gehört zu meiner Vision von einem gemeinsamen Europa. Ihr könnt viel in die Gemeinschaft einbringen.“ („Kurier“, 20.10.1987)

Und er „bedauert persönlich sehr“, daß die „sehr klaren Pläne für eine Verteidigungsgemeinschaft“, bis heute nicht realisiert worden sind. („Presse“, 16.10.) Mit diesem de Clercq verhandelt Mock über Österreichs Eingliederung in die EG – wie vor fünfzig Jahren Guido Schmidt, der Außenminister des Ständestaates, mit Hitlers Botschafter Papen über den Anschluß an Großdeutschland verhandelt hat.

Nicht der Titel ist wichtig, sondern die Substanz. So offen sprach auch Kurt Riezler, Chefberater des deutschen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg, am Beginn des Ersten Weltkriegs (1914) die deutschen Kriegsziele aus:

„Mein neues Europa – das heißt: die europäische Verbrämung unseres Machtwillens ... – das Mitteleuropäische Reich deutscher Nation. Das Deutsche Reich eine Aktiengesellschaft mit preußischer Aktienmajorität. Um das Reich herum einen Staatenbund, in dem das Reich die Majorität hat. Dann Österreich so behandeln, daß es von selbst hineinwächst. Das wird es und muß es. Man braucht gar nicht von Anschluß an die Centralmacht zu reden. Der europäische Gedanke führt ganz alleine zu solcher Konsequenz.“ (zitiert nach: Norbert Schausberger, „Der Griff nach Österreich“, Wien 1978, S. 19)

Damals, um 1914, sprach man von der „Idee Mitteleuropa“, die heute von Politikern der ÖVP aufgegriffen wird. Mit geographischen Begriffen nahmen es die Deutschen freilich nicht sehr genau: Ihr „Mitteleuropa“ reichte „von Hamburg bis Basra“, von der Nordsee bis zu den Ölquellen am Golf.

Hinter dieser Strategie stand die Deutsche Bank, die damals wie heute Deutschlands Wirtschaft und Politik dirigierte.

Die Deutschen verloren den Ersten Weltkrieg, aber sie hielten an ihren Zielen unbeirrbar fest.

Da die Alliierten im Friedensvertrag von 1919 den Anschluß Österreichs verboten hatten, änderten die Deutschen ihre Taktik. Sie versuchten seither, einzelne Bundesländer Westösterreichs an Bayern anzuschließen. „Wir müssen Länderpolitik treiben“, schrieb damals der deutsche Gesandte in Wien.

Die „Bundesländer-Anschlußbewegung“ (1920/21) gegen Wien wurde von Bayern aus gesteuert. Die bayerische Terrorgruppe ORGESCH lieferte Waffen an die faschistischen Heimwehren von Tirol, Salzburg und Kärnten und stellte Offiziere und Ausbilder zur Verfügung. Organisator dieser rechtsextremen Parallelarmee in Tirol war Major Waldemar Pabst, der Mörder Rosa Luxemburgs.

Vor allem aber wurde Österreichs Wirtschaft vom deutschen Kapital unterminiert.

Die deutsche Kapitalbeteiligung an österreichischen Unternehmungen sei ein „gangbarer Weg“, um „den Anschlußgedanken auf wirtschaftlichem Gebiet in die Tat umzusetzen“, heißt es in einem Schreiben der deutschen Gesandtschaft in Wien vom 18. Mai 1925. (Schausberger, S. 138)

1926 gründete August Thyssen in Düsseldorf die Vereinigte Stahlwerke AG, genannt Stahlverein – den größten Montan- und Rüstungskonzern Europas und zweitgrößten der Welt. Er begann sofort, über Deutschlands Grenzen hinauszugreifen, und erwarb im Mai 1926 die Aktienmehrheit der Alpine-Montan in Österreich.

Dazu Norbert Schausberger, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Klagenfurt:

„Unter deutscher Kontrolle wurde die Alpine-Montan bald das Zentrum aggressiver faschistischer, antiösterreichischer und antisozialer Bestrebungen, die den Zweck hatten, die staatliche Selbständigkeit Österreichs zu unterminieren. Die außerordentlich radikale Entwicklung der obersteirischen Heimwehr wäre ohne die massive Unterstützung durch die von Deutschland abhängige Leitung des Alpine-Konzerns überhaupt nicht denkbar. Die Alpine-Montan wurde so zum Staat im Staate und konnte infolge ihres großen Einflusses das ökonomi-

sche Zentrum der Anschlußbewegung werden.“ („Der Griff nach Österreich“, S. 137f.)

Die wirtschaftliche Unterwanderung ist immer das Vorspiel zum politischen Anschluß. In den dreißiger Jahren geriet ein Großteil der österreichischen Wirtschaft unter deutsche Kontrolle. Was noch fehlte, war die Credit-Anstalt, die Rothschild gehörte. Ihre Direktion war freilich schon vor dem Anschluß von Anhängern Großdeutschlands durchsetzt.

An der Credit-Anstalt und ihren weitverzweigten Besitzungen auf dem Balkan war die Deutsche Bank interessiert, die seit den zwanziger Jahren Hitlers Weg zur Macht finanzierte.

Der währende Mann der Deutschen Bank war seit 1920 Emil Georg von Stauff. Er baute die deutsche Rüstung, vor allem die Flugzeugindustrie, wieder auf und wurde 1930 auf der Liste der NSDAP in den Reichstag gewählt. Sein Nachfolger war Hermann Josef Abs, der seit 1. Jänner 1938 die Auslandsabteilung der Deutschen Bank führte. Er widmete der Ausweitung der deutschen Wirtschaftsherrschaft über Europa seine ganze Kraft.

Beim Anschluß Österreichs an Hitlerdeutschland im März 1938 hat Abs eine Schlüsselrolle gespielt.

Die Deutsche Bank hatte damals schon einen Minderheitsanteil an der Credit-Anstalt und einen Sitz in deren Aufsichtsrat. Diesen Sitz nahm Abs ein. Er war am 5. März 1938 zum ersten Mal bei einer Aufsichtsratssitzung der CA in Wien. Er schlug vor, einen Großteil der Aktien der Credit-Anstalt an die Deutsche Bank zu übertragen.

Sein Wunsch wurde nicht einmal erörtert, und er fuhr verärgert ins Reich zurück. Wenige Tage später, am 12., marschierten die deutschen Truppen ein.

Am 26. März unterzeichneten Abs und CA-Direktor Joham ein Dokument, in dem sich die Deutsche Bank „bereit erklärte“, 190000 Stammaktien und 43000 Vorzugsaktien der Credit-Anstalt zu übernehmen. „Um die Anpassung der CA an die dem Anschluß folgenden wirtschaftlichen und rechtlichen Veränderungen zu erleichtern, stellt die Deutsche Bank auf Wunsch der Credit-Anstalt Fachleute als Berater zur Verfügung.“ (Zitiert nach: „OMGUS – Ermittlungen gegen die Deutsche Bank“, 1985, S. 205-209)

Österreichs Wirtschaft wurde gleichgeschaltet. Für die Deutsche Bank war es nur ein erster Schritt. Österreich war das Sprungbrett zum Balkan – und gleich nach dem Anschluß forderte Abs in einer Rede vor dem Beirat der Deutschen Bank in Köln, „ganz Südosteuropa als einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu gestalten“.

1939 besetzten die Deutschen die Tschechoslowakei. Die Deutsche Bank erwarb die Kontrolle über die Böhmi-

sche Unions-Bank, die (wie die CA) große Interessen auf dem Balkan hatte.

Credit-Anstalt und Böhmisches Unions-Bank (beide nunmehr Vasallen der Deutschen Bank) besaßen die Aktienmehrheit des Allgemeinen Jugoslawischen Bankvereins, dessen Aufsichtsrat Abs angehörte. Jugoslawien wurde (wie vorher Österreich) von der Fünften Kolonne Großdeutschlands sturmreif gemacht ...

1941 zerschlugen die Deutschen Jugoslawien in kleine Marionettenstaaten. Präsident von Kroatien wurde Ante Pavelic, Chef der faschistischen Ustascha-Partei – und Vorstandsdirektor der Kroatischen Allgemeinen Kreditbank, die enge Geschäftsverbindungen zur Deutschen Bank hatte. Auch Kroatien gehörte nun, mit Pavelic als Strohmann, zum Imperium der Deutschen Bank ...



Vor fünfzig Jahren: Mit 200000 Mann fällt das faschistische Deutsche Reich in Österreich ein. Bild: Luftlandung auf dem Wiener Flugplatz Aspern.

Die Deutschen verloren auch den Zweiten Weltkrieg. Aber noch vor dem militärischen Zusammenbruch begann Abs, die neue Strategie für eine neue Expansion zu formulieren. Sein Mitarbeiter Richard Riedl verfaßte 1944 eine Denkschrift: „Weg zu Europa. Gedanken über ein Wirtschaftsbündnis europäischer Staaten.“

Deutschland, schrieb Riedl, müsse „Fahnenträger eines neuen Europa“, einer „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ sein ...

1969 forderte Abs in einem „Spiegel“-Interview eine deutsche Kapitaloffensive im Ausland, um „eine zweite bundesdeutsche Industrie außerhalb der Bundesrepublik“ zu schaffen ... Und wieder, wie vor 1938, wurde Österreich zum deutschen Interessengebiet.

Damit sich der März 1938 nicht wiederhole, hatte Österreich nach der Befreiung die deutschen Betriebe nationalisiert. Aber 1968 gewann Sie-

mens (ein traditioneller Partner der Deutschen Bank) die Kontrolle über die österreichische Elektroindustrie zurück. Siemens ist seither der deutsche Hauptinvestor in Österreich ...

Die Credit-Anstalt (1945 verstaatlicht, 1956 teilweise privatisiert) trat 1971 der EBIC (European Banks International Company) bei – einem Bankenkonsortium unter der Führung der Deutschen Bank.

Unter Hannes Androsch (3) wurde die CA zum Trojanischen Pferd der deutschen Expansion in Österreich – wie schon einmal.

Einige Jahre lang hatte die Regierung Kreisky der deutschen Unterwanderung einen Riegel vorgeschoben. Diese Zeit ist nun vorbei.

Die Verstaatlichte Industrie ... wird zerschlagen. In ihren führenden Gremien sitzen Vertrauensleute der deutschen Wirtschaft: Lewinsky und Bog-

dandy in der VÖEST-Direktion, Voisard bei Steyr, Münzner von der Deutschen Bank im Aufsichtsrat der ÖIAG.

Das internationale Ansehen, das Österreich unter Kreisky gewonnen hatte, ist durch Waldheim zerstört. Auch das gehört zur Kampagne gegen Österreichs Unabhängigkeit, genauso wie die Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie.

So wird Österreich reif gemacht für den Anschluß an den Großraum Europa, unter Führung der deutschen Industrie und der Deutschen Bank, die ihre strategischen Pläne niemals aufgegeben hat ...

Anmerkungen: (1) Vorsitzender der rechtsliberalen österreichischen Freidemokraten (FPÖ); (2) Außenminister und Vorsitzender der christdemokratischen ÖVP; (3) ehemaliger österreichischer Finanzminister, Mitglied der SPÖ.

Peru

„Ein gesellschaftlicher Zerfallsprozeß“

Im folgenden drucken wir mit Genehmigung der SoZ Auszüge aus einem Interview ab, das für die SoZ Jakob Moneta mit Cesar Rodriguez Rabanal, einem peruanischen Sozialwissenschaftler, führte. Auch wenn wir mit den politischen Auffassungen von C. R. Rabanal in manchen Punkten nicht übereinstimmen, so können dem Interview interessante Informationen über die Entwicklung des Klassenkampfes in Peru entnommen werden. – (sie)

War nicht die Grundfrage der Prozeß einer Urbanisierung ohne Industrialisierung – die Tatsache etwa, daß eine Stadt wie Lima auf sechs Millionen Menschen angewachsen ist, von denen Millionen überhaupt keine Existenzmöglichkeit haben?

Dieser Urbanisierungsprozeß setzte in Peru in den fünfziger Jahren ein. Er intensivierte sich in den sechziger Jahren und erreichte Mitte der siebziger Jahre dramatische Züge. Wir machen in Lateinamerika – nicht nur in Peru – die vielleicht schwerwiegendste Wirtschaftskrise unserer Geschichte durch. In Peru beobachteten wir in den letzten Jahren deutlich einen gesellschaftlichen Zerfallsprozeß. Anfangs hatten wir als Gesprächspartner noch gewählte Vertreter der Slumbewohner. Aber diese Organisationsformen verschwanden allmählich gänzlich. Wir wurden unmittelbare Zeugen davon, wie dieser Zerfallsprozeß stattfand und wie es zu Entsprechungen auf der psychischen Ebene kam.

Was veranlaßt die ländliche Bevölkerung, massenhaft in die Städte zu gehen, von denen sie doch genau wissen, daß dort für sie keine Existenzmöglichkeiten bestehen?

Der Verelendungsprozeß hat natürlich auch das Land erfaßt. Die Entwicklung des Kapitalismus in Lateinamerika hat es mit sich gebracht, daß immer mehr Menschen auch aus der Landbevölkerung sozial ausgestoßen werden – von der Rationalisierung, der Modernisierung der Produktionsweise auch auf dem Land, was dazu führte, daß das Land immer unproduktiver wurde. Die Menschen, die Tag für Tag neu nach Lima kommen, flüchteten aus dieser Welt, die sie bereits im Stich gelassen hatte ...

Wie sehen Sie die aktuelle politische Lage in Peru?

Seit 1985 haben wir eine neue Regierung, an deren Spitze eine Partei steht, die etwa die peruanische Ausgabe der deutschen Sozialdemokraten ist. Als diese in Peru an die Macht kam, war es eine populistische Regierung mit einem Präsidenten (Garcia), der große Hoffnungen weckte und der diese auch heute noch bei einem großen Teil der Bevölkerung weckt. Diese Regierung griff jedoch relativ schnell auf eine Politik zurück, die sich wenig von der Politik unterschei-

det, die wir in Peru schon immer kennengelernt haben. Außerdem haben wir in Peru die Existenz einer Guerillabewegung, die sich deutlich von allem unterscheidet, was wir bisher in Lateinamerika in dieser Hinsicht gekannt haben: den Sendero Luminoso. Die reaktionäre Politik zeigte sich insbesondere bei dem Aufstand in den Gefängnissen, der 1986 ausbrach.



Präsident Garcia besichtigt das Gefängnis, in dem im Juni 1986 Dutzende von politischen Gefangenen von der Polizei ermordet wurden.

... Ich war Mitglied der Friedenskommission, die der Präsident im Jahr 1985 einberufen hatte. ... Wir traten von unseren Ämtern zurück, als das Massaker in den Gefängnissen stattfand. Fast vierhundert Menschen wurden in den Gefängnissen ermordet.

Wir haben – und das ist neu in Südamerika – eine Front aller linken Parteien geschaffen. Seit sieben Jahren gibt es diese Front, bestehend aus acht verschiedenen Parteien und sogenannten unabhängigen Persönlichkeiten, die wir unter einen Hut brachten und die bisher zusammenhielt. Das reicht von den Reformlinken bis zur marxistischen Linken jeder Couleur. Das ist die „Izquierda Unida“, die Vereinigte Linke; sie stellte in den Jahren 1983 bis 1986 sogar den ersten

sozialistischen und frei gewählten Bürgermeister in einer lateinamerikanischen Hauptstadt. Auf die Erfahrungen, die wir in Lima, aber auch in anderen Städten mit solch einer Kommunalverwaltung machten, blicken wir heute mit Stolz. In diesen Jahren wurden die Selbsthilfeorganisationen in den Slums gestärkt. In der Tat ist die Front der Vereinigten Linken (das ist keine Partei!) die einzige parlamentarische Opposition im Lande. Die traditionellen rechten Parteien, die Accion Popular und die PPC, das sind die dortigen Christlich-Sozialen – sind heute auf vielleicht 20 Prozent des Wählerpotentials zusammengeschrumpft. Zahlenmäßig sind sie also nicht bedeutend, obwohl sie natürlich Macht haben. So kontrollieren sie bis heute beispielsweise die Massenmedien. Aber alles, was man über die politische Lage und die Perspektiven in Peru sagt, muß von der Präsenz

von Sendero Luminoso einerseits, der der Armee andererseits ausgehen. *Könnte Sendero Luminoso eine Rolle sozusagen als bewaffneter Arm der Vereinigten Linken spielen?*

Sendero Luminoso ist ein sehr kompliziertes Gebilde. Diese Bewegung ist nicht vergleichbar mit anderen Guerillabewegungen Lateinamerikas. Sendero sieht sich keineswegs als der bewaffnete Arm der Linken. Sendero ist eine Bewegung, die aus einer Spaltung der Kommunistischen Partei 1964 hervorgegangen ist. Abimael Guzman, ein Philosophieprofessor, war der Gründer. Er gehörte zur chinesischen Gruppe der KP. Guzman war Professor an einer Provinzuniversität, in der Stadt Ayacucho, die seit 1980 das Zentrum der politischen Gewalt in Peru ist. Eine Reihe von

Hochschullehrern dieser Provinzuniversität, eine größere Zahl Lehrer (die Lehrer sind in Peru eine soziale Gruppe, die in den letzten fünfzehn Jahren verarmt ist) und Bauern aus der Gegend von Ayacucho – aus diesen Kontingenten setzten sich die ersten Gruppen des Sendero zusammen. Sie setzten sich seit 1972 in den Untergrund ab. Ihre Vorbereitungszeit für den bewaffneten Kampf dauerte also acht Jahre. Sie haben eine Organisation geschaffen, von der Zyniker in unserem Land sagen, sie sei die einzige funktionierende in Peru überhaupt.

Sendero hat eine maoistische Ideologie und Orientierung: das Primat des Landes über die Stadt. Zugleich ist das eine Bewegung fundamentalistischer Prägung, mit deutlichen Pol Pot-Elementen. Die Aktionen von Sendero Luminoso haben häufig Züge einer Grausamkeit, die in der Geschichte nur wenig Parallelen findet. Diese Grausamkeit richtet sich in der Regel gegen andere Kleinbauern, gegen andere kleine Leute, kleine Polizisten, die angegriffen und ermordet werden. Die soziale Basis der Senderos besteht fast ausschließlich aus Indios und aus Mischlingen mit starken Indio-Anteilen.

Stellen die Indios nicht die Mehrheit der Bevölkerung?

Durchaus. Zugleich sind das die Menschen, die im Land weniger zu sagen haben, die sich am wenigsten artikulieren können. Als ich Mitglied der Friedenskommission war, wurde ich Zeuge davon, wie außerordentlich schwierig es war, selbst Vertreter linker Parteien dazu zu bringen, sich für die Menschenrechte in Bezug auf Sendero einzusetzen. Anders als in Argentinien und Chile waren und sind die Führer der linken Parteien in der Izquierda Unida von der Repression, die entfaltet wird, kaum betroffen. Das hat damit zu tun, daß Peru im ethnischen und sozialen Sinn ein ziemlich desintegriertes Land ist. Die Gewalt in Peru stellt, anders als in Chile oder Argentinien, ein Problem der Rassendiskriminierung dar. Die Akteure der Gewalt und die Opfer gehören unterschiedlichen Rassen an. Die Indios oder die Mischlinge mit Indioanteilen bilden die überwiegende Mehrheit – ihre politische Präsenz ist bei uns jedoch kaum zu spüren...

Die Senderos bekennen sich nicht schriftlich zu ihren Taten; sie verstehen sich als Vertreter der sogenannten „oralen (mündlich überlieferten) Tradition“. Sie argumentieren nicht: Sie handeln. In der Regel heißt das: Erschießen. Und zwar Menschen, die nicht mit ihnen einverstanden sind. Eine Politik, die davon ausgeht: Es gibt nur zwei Gruppen von Peruanern – die für uns und die gegen uns sind

Die Differenzen zwischen Sendero und der Vereinigten Linken sind also

außerordentlich groß. Man kann sich eher vorstellen, daß Teile der APRA (Regierungspartei, d. Red.) und Teile der Vereinigten Linken zusammengehen, als daß Sendero mit den Vereinigten Linken ein Bündnis schließen würde.

Wenn Sie in einem Slum in Lima leben und fragen, für welche Partei die Menschen Sympathien haben, dann sagen sehr viele: für die Vereinigte Linke oder auch für die APRA. Das ist keineswegs eine Lüge. Aber wenn Sie den Blick der Menschen beobachten, nachdem diese erfahren haben, daß Sendero einen Erfolg hatte, dann spüren Sie eine Freude, die diesen durchaus nicht immer bewußt ist. Insofern kann man sagen, daß das Ausmaß der Grausamkeit der Taten Senderos auch Ausdruck des sozialen Verfalls in Peru sind.

So klein Peru ist und so unbedeutend es für die Weltpolitik sein mag – in jüngster Zeit taucht es häufig in den internationalen Schlagzeilen auf...

Peru ist in den letzten fünf Monaten zu einem offenen Schauplatz eines Kampfes zwischen den international traditionellen Rechten und den Reformkräften geworden. Am 28. Juli 1987 hat Präsident Garcia die Verstaatlichung des Finanzsystems verkündet. Daraufhin kam es schlagartig zu einer Polarisierung des Landes. Menschen, die bis zu diesem Tag eine „liberale“ Haltung zeigten, mußten jetzt Farbe bekennen: dafür oder dagegen.

In Peru gibt es seit rund sechs Jahren ein Institut, das sich „Libertad y Democracia“ nennt, also Freiheit und Demokratie. Der wichtigste Vertreter dieser Gruppe ist nach außen der Schriftsteller Mario Vargas Llosa. Er führte zusammen mit dem Institut und dessen Leiter de Soto den Kampf gegen die Reformbestrebungen der Regierung, die auch von der Linken unterstützt werden. Kurz zusammengefaßt greifen sie auf die alte, bekannte Theorie zurück: Ein armes Land wie Peru kann sich nur entwickeln, wenn der Staat abgebaut wird. So führten sie beispielsweise eine empirische Studie durch, in der sie aufzeigen, daß man in Peru etwa 350 Tage benötigt, um die Genehmigung zur Gründung einer kleinen Firma zu erhalten – in Miami braucht man hierzu nur drei Tage. Würden wir in Lima also Verhältnisse wie in Miami haben, dann wäre das prima. Darum, so sagen sie, muß man die freien Kräfte der Slumbewohner sich entfalten lassen. Dann kämen wir heraus aus der Armut. In jedem armen Peruaner steckt also ein potentieller Unternehmer! Mario Vargas Llosa hat auch in einer Rede auf der größten Kundgebung gegen die Verstaatlichung des Finanzsektors erklärt: „Ich möchte, daß alle Menschen, die hier sind, Bankiers werden. Wenn jeder von Euch ein Unternehmer würde,



Indianerinnen in einem peruanischen Gefängnis

wäre Peru nicht mehr arm ...“ Der bürokratische Staat sei ihr Hauptfeind ... das sagt er zu jenen, die weder Wasser- noch Stromversorgung und schon gar keine Abwasserbeseitigung haben. Die sollen „Überdruß am Staat“ bekommen...

Indien

Erfolgreiche Geiselnahme in Andhra Pradesh

Nach längeren zähen Verhandlungen haben bewaffnete Kämpfer der CPI/ML (Kommunistische Partei Indiens/Marxisten-Leninisten), „Volkskampfgruppen“, mit einer Geiselnahme erreicht, daß am 30.12.1987 acht ihrer Mitglieder aus dem Gefängnis in Haiderabad (Hauptstadt von Andhra Pradesh) freigelassen werden mußten. Im Bezirk Godavari hatten die Volkskampfgruppen neun Regierungsbeamte festgesetzt.

Mit der Entlassung der acht Inhaftierten hat die Regierung von Andhra Pradesh die wichtigste Forderung erfüllt. Erst im November hatte Ministerpräsident Rama Rao eine große Polizeioffensive vorbereitet. Der Kampf gegen die Naxalitenbewegung (nach dem Ort Naxalbari in Westbengalen, 1967 Beginn des bewaffneten Aufstandes) währt in Andhra Pradesh bereits 18 Jahre. 1974 war gegen 46 Aufständische in Haiderabad Anklage erhoben worden. Zum Prozeß kam es erst Ende 1985. Drei Angeklagte waren bis dahin „auf der Flucht erschossen“ worden und einige in der Haft

verstorben. Inzwischen hatte man erneut Mitglieder der Volkskampfgruppen inhaftiert. Seit 1983 sind nach amtlichen Angaben in Andhra Pradesh 65 Kämpfer in 115 „Gefechten“ getötet worden. Nach Angaben der Naxaliten liegt die Zahl der nicht selten bei der Gefangennahme Getöteten bei 150.

Seit etwa 1980 verfolgen die verschiedenen revolutionären Organisationen in Andhra Pradesh die Linie, Bauern, kleine Pächter, Landarbeiter und die Bevölkerung in „Komitees zur Verteidigung der Bürgerrechte“ zusammenzuschließen. Wenn diese ihre gewerkschaftlichen Interessen zu vertreten beginnen und die Polizei versucht, dies mittels Vergewaltigungen, Morden oder brutaler Schlägereien zu verhindern, greifen die bewaffneten Kräfte ein.

Die Zeitschrift „Frontier“ weist darauf hin, daß die CPI/ML in einer Stellungnahme ausdrücklich Wert darauf legt, gegen die polizeilichen Terrorismethoden vorzugehen und die Interessen der Bevölkerung zu wahren sucht. „Es gibt keinen Ärger mit der großen Masse der Polizisten, wenn sie sich benehmen und ihren normalen Verpflichtungen nachkommen ... einige sind nicht besser als professionelle Killer, die eine Bestrafung verdienen.“ Diese Basisarbeit hat eine breite Unterstützung durch die Landbevölkerung zur Folge. Die Zersplitterung in verschiedene regionale Gruppen hat eine ernsthafte Ausdehnung der Kämpfe bislang verhindert.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, 29.12.87 und 01./02.01.88; Frontier, 02.11.87 – (cog)

Chile

Haltung der Opposition zum Referendum

In einem Referendum will sich der chilenische Diktator Pinochet seine Gewaltherrschaft legitimieren lassen. Wie in der – auch durch ein betrügerisches Plebiszit abgesegneten – Verfassung von 1980 vorgesehen, wird bei dem Referendum nur ein einziger Kandidat zur Wahl stehen, aller Voraussicht nach Pinochet.

Während sich Pinochet in einem großangelegten und aus Steuergeldern finanzierten Wahlkampf als rüstiger Mann in Zivil und mit Kindern auf dem Arm fotografieren läßt, hat sich die chilenische Opposition noch nicht zu einem einheitlichen Vorgehen durchringen können. Während die einen zum Plebiszit „Nein“ sagen und Enthaltung propagieren, wollen die anderen mit „Nein“ stimmen und Pinochet so eine Niederlage zufügen. Bisher hat sich nur die liberale Humanistische Union, in das von der Dikta-

tur reglementierte Parteienregister eingeschrieben und ruft zur Einschreibung in die Wählerlisten auf, um dann mit Nein zu stimmen. Die Christdemokraten als stärkste Partei innerhalb der bürgerlichen Opposition propagieren die massive Eintragung in die Wählerlisten, wollen aber erst im Laufe des Januar eine endgültige Entscheidung bezüglich ihrer Haltung zum Plebiszit treffen. Dabei ist anzunehmen, daß sich der rechte Flügel durchsetzt, der die Massenmobilisierung hinten anstellt und gelegentlich – selbstredend unter dem Siegel der Gewaltfreiheit – als Druckmittel einsetzt, ansonsten jedoch die politische Auseinandersetzung mit dem Regime und das Neinvotum im Referendum befürwortet. Auch das Mitte-Links-Bündnis Vereinigte Linke (IU) will Ende Januar auf einer Nationalversammlung über das weitere taktische Vorgehen entscheiden. Ein Teil dieser Kräfte lehnt das Plebiszit ab, denunziert den Wahlbetrug und fordert freie Wahlen, andere schließen eine Beteiligung an einer „Nein“-Kampagne nicht mehr aus. Dagegen bezeichnen fünf revolutionäre Parteien (PS – Salvador Allende; PS-DC – Kollektive Leitung; PS-Unitario; MAPU; MIR) das Referendum als Farce und lehnen eine wie auch immer aussehende Beteiligung daran und den gesamten institutionellen Rahmen der Diktatur grundsätzlich ab. Nach einer Information der Nachrichtenagentur des Widerstands (AIR) aus Chile riefen diese fünf Parteien in einer am 12. Januar 1988 veröffentlichten gemeinsamen Erklärung „zur sozialen und bewaffneten Mobilisierung des Volkes auf, um die volksdemokratische revolutionäre Alternative voranzubringen.“ Die genannten Parteien verstärken die Koordination untereinander und rufen die Bevölkerung auf, vom Standpunkt des Volkes aus die Initiative zu ergreifen, die Forderungen der verschiedenen Teile des Volks zu vereinen und den Volksabstimmungsbetrug aktiv zu boykottieren. Eine solche klare Haltung trifft im Kern die allgemeine Ablehnung der Diktatur und das Streben der Mehrheit der chilenischen Bevölkerung nach Demokratie und die Hoffnungen der Basis aller Parteien der chilenischen Linken.

Zur Zeit hat sich knapp die Hälfte der Wahlberechtigten in die Wählerlisten eingetragen. Das Referendum soll 1988 stattfinden. Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Prognosen und der derzeitigen Konzeptlosigkeit der Opposition erhöht ein möglichst früher Wahltermin die Siegeschancen für Pinochet.

Selbst wenn Pinochet abgewählt werden sollte, behielte er ohnehin den Vorsitz im Nationalen Sicherheitsrat und das Oberkommando des Heeres und damit Schlüsselpositionen innerhalb des Regimes. – (At, Me)

Schweiz

Widerstand gegen Ausländerpolitik wächst

Langenthal, eine Kleinstadt im Kanton Bern, geriet im November letzten Jahres in die Schlagzeilen. „Jugendbanden“ terrorisierten offen tamilische Asylbewerber. Verfolgungsjagden auf Flüchtlinge wurden veranstaltet, ein von Tamilen bewohntes Haus insgesamt dreimal überfallen – die Polizei blieb untätig.

Vorfälle wie diese häufen sich in der Schweiz. Zusehends ungezügelter schüren Konservative und faschistische Parteien Rassismus, allen voran die „Nationale Aktion“ (NA), in der



Demonstration in Zürich gegen Abschiebungen

offen faschistische Kräfte stärker werden. „Elemente der nationalsozialistischen Rassenideologie“ fänden sich in Äußerungen von „führenden Personen, Mandatsträgern und Mitgliedern der Führungsspitze der NA, urteilte selbst ein Gericht im November 1987.

Doch die Hetze kommt nicht nur von Faschisten; das Regierungslager mischt kräftig mit. Die größte Regierungspartei der Schweiz FDP (Freie Demokratische Partei) bestreitet gegenwärtig z.B. in Basel den Parlamentswahlkampf mit Stimmungsmache gegen Flüchtlinge: „Wir wollen die Asylanträge einfach nicht ... Es muß doch einmal Schluß sein mit dieser largen Asylpolitik“, so ein FDP-Vertreter.

Die staatliche Politik gegen Flüchtlinge wird zusehends brutaler. Gaben die Behörden 1982 noch 75% der gestellten Asylanträge statt, waren es 1986 nur noch 15%. Die meisten Flüchtlinge werden schon an der Grenze abgewiesen; kein Monat vergeht, ohne daß abgelehnte Asylbewerber abgeschoben werden.

Seit Jahresanfang ist ein verschärftes Asylgesetz in Kraft, wonach

Flüchtlinge nur noch über bestimmte „Grenztore“ einreisen dürfen, abgelehnte Bewerber ohne große Umstände ins Gefängnis geworfen und bei „außerordentlich großem Zustrom“ die Grenzen vollständig dicht gemacht werden können.

In Langenthal gründete sich gegen die ausländerfeindlichen Umtriebe ein „Antirassistisches Komitee“. Es sammelte innerhalb kurzer Zeit 2000 Unterschriften und organisierte eine Demonstration. So wie in der Kleinstadt bei Bern wächst der Widerstand gegen staatliche Asylpolitik und Rassismus überall. Zahlreiche Initiativen haben sich gebildet, die örtlich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auftreten, sechs Dachorganisationen sind landesweit oder kantonale aktiv. Sie betreuen Asylbewerber, organisieren Aktionen und Demonstrationen oder nehmen (illegal) abgewiesene Flüchtlinge auf. Sie bestehen hauptsächlich aus Mitgliedern grün-alternativer und sozialistischer Organisationen, aber auch christliche Gruppen tragen die Oppositionsbewegung.

Als Reaktion auf das neue Asylgesetz schlossen sich diese Dachorganisationen Ende 1987 in einem „Komitee gegen die Aushöhlung des Asylrechts“ zusammen. Es hat eine Petition lanciert, in der u.a. das Recht auf Asyleingabe an den „Grenztoren“, Rechtsbeistand, Recht auf unabhängiges Beschwerdeverfahren, keine Abschiebungen etc. gefordert werden. Am 16.1. demonstrierten in Basel rund 2000 Menschen gegen die Ausländer- und Asylpolitik, zu der Asyl- und Flüchtlingskomitees landesweit aufrufen hatten. Sie forderten die Auflösung von Internierungslagern und Grenztoren. Außerdem vertraten sie: „Weg mit den Sondergesetzen für Flüchtlinge und AusländerInnen“. Quellenhinweis: WoZ, verschiedene Ausgaben, Oktober 1987 bis Januar 1988 – (jüg)

Großbritannien

Staatlicher Gesundheitsdienst verfällt

Mit einer einmaligen Sonderzahlung von 101,8 Millionen Pfund – etwa 306 Mio. DM – reagierte die Regierung Thatcher auf die zunehmende Kritik an der Verrottung des britischen staatlichen Gesundheitsdienstes. Diese Summe deckt weniger als die Hälfte der für 1988 erwarteten Defizite der regionalen Krankenhausorganisationen, die weitere Schließung von Stationen und ganzen Krankenhäusern ist also zu erwarten.

Die Wartezeiten für Hüftoperationen betragen inzwischen mehr als drei Monate, noch mehr für komplizierte Herzoperationen. Auf der Ge-

samt-Warteliste für dringende Fälle standen im März 48000 Patienten, auf der für weniger dringende Fälle 640000 Patienten. Mehr private Krankenhäuser, Blutbanken, Pflegeheime, Dialyseanlagen werde es geben, versprach die Regierung als Antwort auf dem Parteitag der Konservativen im Oktober.

Zur Zeit ist Minister Moore bemüht, den Privatkrankenhäusern noch mehr Patienten zuzutreiben. Denn die Geschäfte gehen nicht gut genug. Das London Bridge Krankenhaus bietet schon Rabatt, für 6000 DM wird das Hüftgelenk ersetzt, immerhin 1575 DM unter dem Normalpreis.

Statt die NHS-Krankenhäuser besser auszustatten, hat die Regierung Thatcher jetzt 150 Mio. DM bereitgestellt, mit denen Operationen für NHS-Patienten gekauft werden, z.B. 130 Mandeloperationen für je 600 DM im privaten Princess Grace Hospital. Gleichzeitig nehmen, vor allem zum Nutzen der Chefärzte-Einkommen, die Privatbetten im NHS zu und zählen jetzt 3000 von insgesamt 340000. Diese Privatbetten stellen für

NHS-Krankenhäuser oft die einzige Methode dar, an zusätzliche Gelder nach den Haushaltsstreichungen der Regierung heranzukommen.

Wegen der schlechten Grundversorgung im NHS gehen auch immer mehr Gewerkschaften dazu über, in Haustarifen die Versicherung in der privaten BUPA oder ähnlichen Einrichtungen zu vereinbaren. Inzwischen sind 9,2% – etwa 5 Mio. – Briten privat versichert oder Zusatzversichert. Das beschränkt sich aber auf besser bezahlte Arbeiter und Angestellte. Die meisten Arbeiter in unteren Lohngruppen bleiben auf den NHS angewiesen.

Ausgebildete Krankenschwestern und Pfleger verdienen im NHS etwa 3,80 Pfund (11,40 DM) pro Stunde. Lohnforderungen der Beschäftigten kontert die Regierung mit Mittelkürzungen, d.h. die Krankenhäuser müssen selbst die Lohnerhöhungen durch Streichungen bei der Patientenpflege finanzieren.

Quellenhinweis: Guardian, Financial Times, 07.12. und 08.12.; Labour Research, 11/87 – (hef)

Westeuropäischer Kriegspakt

Die Westeuropäische Union (WEU) operiert in der Golfregion

Die militärische Intervention der Imperialisten in den Golfkrieg hat in den letzten Monaten eine neue Lage geschaffen. Erstmals seit der britisch-französischen Suez-Aggression 1956 gegen Ägypten führen westeuropäische Mächte eine gemeinsame militärische Aktion durch. Dabei operieren sie außerhalb Westeuropas und sogar außerhalb des NATO-Operationsgebietes, zum Teil, wie Belgien, erstmals

seit 40 Jahren in einem Kriegsgebiet. Sie sind bei Schaffung eines westeuropäischen Kriegspaktes einen qualitativen Schritt näher gekommen. Dies beweist die Untersuchung der Ereignisse in ihrer Abfolge.

Anfang Juni 1987 hatten die Staats- und Regierungschefs der sieben größten imperialistischen Mächte, darunter die BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, auf ihrer Gipfelkonfe-



Die belgisch-niederländische Flottille beim Zwischenstopp im französischen Marinestützpunkt in Dschibouti.



Die Sowjetunion hat einen möglichen Termin für den Beginn ihres Truppenabzugs aus Afghanistan benannt: den 1. Mai 1988. Damit kann die nächste Runde der indirekten Verhandlungen zwischen Afghanistan und Pakistan über eine friedliche Lösung des Konflikts Anfang Februar zugleich die letzte Runde sein. Ob die in früheren Verhandlungen erreichte Regelung in Kraft treten und der sowjetische Truppenabzug beginnen kann, hängt jetzt davon ab, ob die USA ihrer Verpflichtung nachkommen, ihre Aufrüstung der Mujahedin (Bild) zu beenden. Bisher haben die USA lediglich angekündigt, die Beendigung ihrer Militärhilfe bei Beginn des sowjetischen Abzugs einzuleiten. – (scc)

USA: Für ein Jahr – dürfen Kommunisten rein

Unter den Dutzenden von Anhängen zum diesjährigen Haushaltsgesetz ist ein Gesetz, das das berüchtigte McCarran-Walter-Gesetz aus dem Jahre 1952 einschränkt. Dieses Gesetz schließt die Einreise aller Nicht-US-Bürger aus, von denen der Generalstaatsanwalt glaubt, daß sie „dem öffentlichen Interesse abträglich sein oder das Wohl oder die Sicherheit der USA gefährden könnten.“ Dazu gehören Anarchisten, Kommunisten und Homosexuelle. Die jetzige Gesetzesänderung, die für ein Jahr gilt, verbietet Einreiseverweigerung oder Deportation wegen politischer Überzeugung oder Organisationszugehörigkeit, läßt

aber z.B. Homosexualität und „Terrorismus“ als Ausschlußgründe bestehen. – (ger)

Streik der Migros-Arbeiter erfolgreich

Die Beschäftigten der Lebensmittelladenkette Migros in Istanbul haben ihren Streik Ende Dezember nach 132 Tagen beendet. Weder die Repressionsmaßnahmen des Konzerns noch der Polizeiterror konnten ihren Kampf brechen. Einem Bericht der türkischen Zeitung „SABAH“ zufolge haben sie ihre 18 Forderungen zu einem erheblichem Teil durchgesetzt; so haben sie eine Lohnerhöhung von 80% erkämpft. Zwei während des Streiks entlassene Arbeiter mußten wieder eingestellt werden. – (scc)

renz in Venedig die Ausweitung ihrer Intervention im Golfkrieg unter Benennung des Interventionsgrundes vereinbart: „... bekräftigen wir, daß der Grundsatz der freien Schifffahrt im Golf für uns und andere von ausschlaggebender Bedeutung ist und aufrechterhalten werden muß.“ (1)

Zu diesem Zeitpunkt hatten die USA längst unter dem Vorwand des „Geleitschutzes“ ihre direkte militärische Intervention im Golfkrieg begonnen und eine große Kriegsflotte in der Region zusammengezogen. Die britische Marine hatte bereits seit Beginn des Krieges militärische Präsenz im Golf demonstriert und die französische regelmäßige Demonstrationsfahrten vom französischen Flottenstützpunkt in Dschibouti (Afrika) aus unternommen. (2)

Kurz vor dem Gipfel hatten die USA auf dem NATO-Treffen in Brüssel ihre westeuropäischen Verbünde-

ten aufgefordert, sich an „gemeinschaftlichen Anstrengungen zur Sicherung der Ölversorgung“ zu beteiligen. NATO-Generalsekretär Carrington, Großbritannien, hatte daraufhin erklärt, daß die NATO für die Sicherung der Schifffahrt in der Golfregion nicht zuständig sei, und hinzugefügt, eventuelle militärische Aktionen von NATO-Mitgliedsländern müßten entweder bilateral oder „auf einem anderen Forum“ besprochen werden. (3)

Die „Österreichische Militärische Zeitschrift“ schreibt: „In weiterer Folge wurde ... die Beteiligung anderer europäischer NATO-Partner vor allem an den Minensuchaktivitäten im Golf in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft behandelt ...“ (4) Sicher ist, daß die Erklärungen der EG-Außenminister zum Golfkrieg seither eine neue Note bekamen. Vorher hatten sie ihre Interessen in relativ allgemein gehaltenen Formulierungen an-

gemeldet, so etwa in der Erklärung vom 26.1.87: Man sehe im Golfkrieg eine „Bedrohung des Friedens und der Sicherheit auf regionaler wie auch auf internationaler Ebene“. In der Erklärung vom Juli dagegen nahmen sie den mit der Gipfel-Erklärung vorgegebenen Interventionsgrund auf: Sie verurteilten die „Bedrohung der freien Schifffahrt im Golf“. (5)

Ende August tagte in Den Haag, Niederlande, die Westeuropäische Union (WEU) zu dem Zweck, „einen einheitlichen westeuropäischen Standpunkt zur Lage am Golf auszuarbeiten. Danach hieß es, „so das „Archiv der Gegenwart“, „die Teilnehmer ... hätten erklärt, die Lebensinteressen Europas erforderten es, daß die Freiheit der Golf-Schifffahrt zu allen Zeiten gesichert sei. Jede Aktion, die diesem Grundsatz zuwiderlaufe, werde von der WEU – die damit erstmals zu einer außereuropäischen Frage Stel-

Palästina: Kein Ende des Aufstandes

Ungeachtet der UN-Sicherheitsratsbeschlüsse und weltweiter Proteste hat Israel die ersten vier palästinensischen Gefangenen als „Rädelsführer“ in den Libanon abgeschoben. Trotz einer weiteren Verstärkung des Truppeneinsatzes in den besetzten Gebieten wurde der von der PLO ausgerufene dreitägige Generalstreik überall befolgt. Trotz Ausgangssperren kam es vor allem aus den Flüchtlingslagern heraus zu massiven Zusammenstößen mit dem Militär. Israelische Offiziere erklärten gegenüber der Presse, daß die Armee die Lage im Gazastreifen nicht mehr unter Kontrolle habe. Die Situation käme einer Anarchie nahe. Sobald sie aus einem Viertel abziehe, rückten Jugendliche ein. Die Straßen seien wegen brennender Barrikaden unpassierbar. Bestimmte Regionen wurden zu militärischem Sperrgebiet erklärt. Selbst der UN-Sonderbeauftragte Goulding wurde am Besuch der Flüchtlingslager Jabaliya und Shata im Gazastreifen gehindert. In einem Flugblatt der „Vereinten Nationalen Führung des Aufstands“, unterzeichnet von einem breiten Aktionsbündnis palästinensischer Organisationen in den besetzten Gebieten, wurde ein Forderungskatalog vorgelegt, darunter auch die Forderung nach freien Wahlen zu den Ortsräten in den besetzten Gebieten. Ohne auf irgendwelche Forderungen einzugehen und kaum irritiert von UN-Beschlüssen, denen selbst die USA zugestimmt hat, berät das israelische Kabinett über härtere Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung. Außenminister Genscher hat bei seinen Gesprächen in Syrien einen Besuch in Israel noch in diesem Monat angekündigt. – (bar)

Sri Lanka: Teeplücker fordern höhere Löhne

Bis Ende Januar läuft das Ultimatum der größten Gewerkschaft Sri Lankas, des „Ceylon Workers Congress“, an die Teeplantagenbesitzer, die Löhne der Teeplücker zu erhöhen, andernfalls will die Gewerkschaft zum Streik aufrufen. 50% des Staatshaushalts finanziert die Regierung Sri Lankas aus dem Export von Tee. Die 300000 Teeplücker, zumeist tamilischer Abstammung, fordern einen Mindestlohn von umgerechnet ca. 70 DM pro Monat, z.Zt. erhalten sie 45 DM. – (sie)

Brasilien: 2. Bundesstaat erlaubt Deutschunterricht

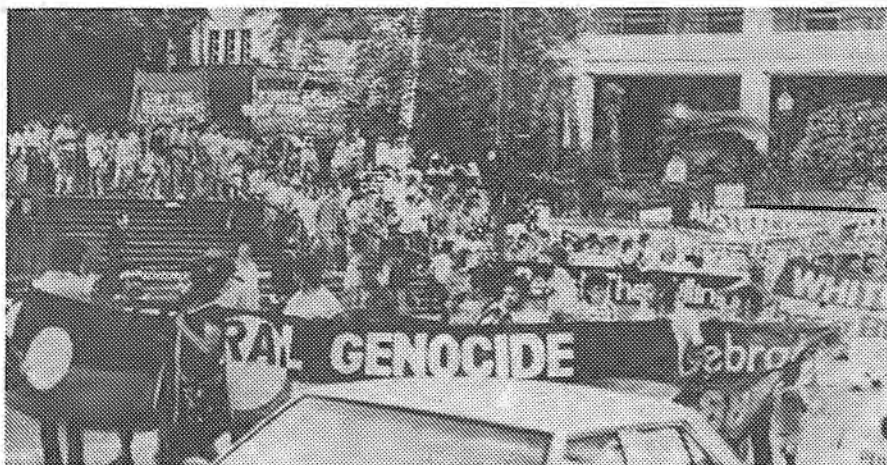
Nach Santa Catarina führte jetzt Rio Grande do Sul als zweiter brasilianischer Bundesstaat Deutsch als Fremdsprache an den allgemeinbildenden öffentlichen und privaten Schulen ein. Begründet wird die Zulassung mit dem hohen Anteil von „Deutschstämmigen“. Die BRD will das Lehrmaterial zur Verfügung stellen und auch Teile der Lehrerausbildung übernehmen. Seit Jahrzehnten betreibt die BRD u.a. über ihre Goetheinstitute die „Pflege des Deutschtums“ über Kulturveranstaltungen und Sprachkurse und fordert die Aufhebung von antifaschistischen und anti-deutschnationalistischen Gesetzen aus der Zeit des 2. Weltkrieges. Diese Verbote der damaligen brasilianischen Regierung richteten sich gegen die Pläne der deutschen Faschisten, gestützt auf Teile der deutschstämmigen Bevölkerung Brasiliens, Brasilien unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die Auslandsorganisation der NSDAP organisierte faschistische Aufmärsche und warb Freiwillige für die deutsche Expan-

sion in Europa. Die brasilianische Regierung verbot daraufhin den Deutschunterricht, deutsche Zeitungen und Bücher und beschlagnahmte deutsches Kapital. Brasilien nahm auf Seiten der Alliierten am 2. Weltkrieg teil. – (sie)

USA: Oberstes Gericht ermutigt zu Zensur von Schülern

Mit 5:3 Stimmen hat das oberste Gericht der USA die Zensur von zwei Artikeln in einer Schülerzeitung gebilligt. Die Gerichtsmehrheit hat den Fall genutzt, um der Schulleitung Zensurrechte nicht nur über Schülerzeitungen, sondern auch für Theater-

aufführungen und andere Schulveranstaltungen zuzuerkennen. Zensiert werden können Äußerungen, die „schlecht geschrieben“, „unzureichend untersucht“, „einseitig“ oder „vulgär“ sind. Die Gerichtsmehrheit hat es sogar geschafft, die „anerkannten Werte einer zivilisierten sozialen Ordnung“ in der Urteilsbegründung unterzubringen. Das weitreichende Urteil aus relativ geringem Anlaß macht klar, daß es nicht so sehr um Schülerzeitungen geht als um die Unterdrückung von z.B. Veranstaltungen gegen Armee- und CIA-Rekrutierung in den Schulen. – (her)



Gegen die 200-Jahr-Feiern der europäischen Kolonialisierung anlässlich der Ankunft von englischen Soldaten und Strafgefangenen am 26.01.1788 mobilisieren die Ureinwohner Australiens, die Aborigenes, zum „Jahr der Trauer“. Angesichts ihrer vielfältigen Proteste erklärten auch zwei Labour-Minister ihre Nichtteilnahme an den Kolonialfeierlichkeiten. Das Einlaufen einer nachgestalteten Flotte von englischen Segelschiffen am 26. Januar wollen die Aborigenes mit einer landesweiten Demonstration, zu der über 10000 Teilnehmer erwartet werden, verhindern. Auch die BRD beteiligt sich an den Kolonialfeiern, um deutlich zu machen, „daß die Deutschen einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau des Landes geleistet haben“ (BRD-Botschafter Schauer). Dazu gehört die Ankunft des Schulschiffes „Gorch Fock“, Kulturveranstaltungen und der Besuch von Kohl und Bangemann. – (sie)

lung bezog – scharf verurteilt.“ (6)

Der Berichterstatter hat insofern Unrecht, als die WEU bereits mehrfach zu „außereuropäischen Fragen“ Stellung bezogen hatte, so etwa zum Kolonialkrieg Großbritanniens um die Malwinen und zur französischen Militärintervention im Tschad. Die WEU-Versammlung 1984, die den Auftakt zur vielbeschworenen „Wiederbelebung der WEU“ bildete, hatte auch ausdrücklich festgehalten, daß der WEU-Vertrag „in keiner Weise auf rein europäische Angelegenheiten beschränkt“ ist. (7) Erstmals jedoch folgte direkt aus der „Stellungnahme“ ein im Rahmen der WEU koordinierter militärischer Einsatz.

Bereits am 17.8. waren zusätzlich zu den im Golf schon verstärkt operierenden Kriegsschiffen drei französische und vier britische Minensuchboote in Begleitung von Versorgungsschiffen in Richtung Golfregion aus-

gelaufen. Am 4.9. beschloß die italienische Regierung einstimmig, drei Minensuchboote und fünf Kriegsschiffe zur Eskortierung von Handelsschiffen in den Golf zu entsenden; das Parlament stimmte später gegen die Stimmen v.a. der KPI zu. Am 7.9. beschloß die niederländische und eine Woche später die belgische Regierung die Entsendung von Minensuchbooten. Die belgische Regierung beorderte darüber hinaus das Begleitschiff „Zinnia“, das der Ständigen NATO-Kampfgruppe Kanal zugeteilt ist, ebenfalls in den Golf. Dies wurde durch die Bundesmarine ermöglicht, die mit dem westdeutschen Tender „Saar“ die belgische „Zinnia“ bei der NATO-Kampfgruppe ersetzte. Außerdem verstärkte die Bundeswehr ihre Operationen im Mittelmeer.

Die belgische Regierung hat mehrfach betont, daß „die Intervention Belgiens ... nicht im Rahmen der NATO,

sondern im Rahmen der WEU (erfolge)“. (8) Das wird auch durch das Ausmaß der Zusammenarbeit bestätigt. Die niederländischen Minenräumer unterstehen dem belgischen Freigattenskapitän der „Zinnia“, der wiederum seine Einsatzbefehle aus einer gemeinsamen belgisch-niederländischen Kommandozentrale in Den Helder erhält. Für den militärischen Schutz der belgischen Minenräumer ist die britische Marine zuständig, und der französische Stützpunkt in Djibouti steht der belgisch-niederländischen Flottille zur Verfügung. (9) Quellenhinweis: (1) AdG, 10.6.87, S. 31127; (2) ÖMZ, 5/87, S. 456ff; (3) AdG, 21.8.87, S. 31353ff; (4) ÖMZ, 6/87, S. 556; (5) Europa-Archiv 17/87, S. D466ff; (6) AdG, 2.10.87, S. 31483; (7) Pol. Ber. 18/84, Dokumente der WEU; (8) AdG, 2.10.87, S. 31484; (9) Europäische Wehrkunde 12/87, S. 682ff. (scc)

HBV-Frauen Nordmark

Anträge der 1. HBV-Landesbezirksfrauenkonferenz

Am 9./10.1.88 fand für den Landesbezirk Nordmark der HBV die 1. Landesfrauenkonferenz statt. Wir dokumentieren hier einige der Anträge, die größtenteils an die HBV-Bundesfrauenkonferenz (April 1988) weitergeleitet werden.

„1. Der Hauptvorstand fordert den Gesetzgeber auf, Arbeitslosenhilfe unabhängig von der Partnerschaft/vom Familienstand zu zahlen.

Begründung: Während der Erwerbstätigkeit zahlt jede/r Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Deshalb muß auch jede/r einen selbständigen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben.

2. Die Arbeitszeitordnung (AZO), Fassung von 1938, muß verändert werden in Richtung Einschränkung der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen:

Wir fordern ein Arbeitszeitgesetz, das folgende Punkte enthält:

- Festschreibung der 40-Stunden-Woche, verteilt auf 8 Stunden an 5 Werktagen (Dieses soll die Norm des Arbeitstages sein).

- Mehrarbeit muß festgehalten werden als jede Stunde über der 40-Stunden-Woche bzw. über der tariflichen/einzelvertraglich festgelegten Arbeitszeit. Sie muß mit Zuschlägen vergütet werden.

- Die Pausenregelung, die z.Z. für Frauen gültig ist, muß auf alle Arbeitnehmer ausgeweitet werden.

- Beschränkung der Nacharbeit, da sie für alle Arbeitnehmer nicht reparabile gesundheitliche Beeinträchtigung bedeutet. Dort, wo sie unumgänglich ist, müssen die Bedingungen verbessert werden: Ausgleich in Freizeit, frühere Pensionierung, Arbeitszeit verkürzen und stärker bezahlen.

- Verbot der Sonntagsarbeit bei engen Ausnahmen (z.B. im Krankenhausbereich) ... fordert HBV-Landesbezirk, DGB-Landesbezirk und HBV-Bundesfrauenkonferenz auf, Maßnahmen zu ergreifen, um a) die Beschäftigten über den neuen verschlechternden Gesetzentwurf ... zu informieren, b) Widerstand zu formieren mit dem Ziel, die Verabschiedung dieses Gesetzes zu verhindern.

Begründung: Die Bundesregierung sieht in ihrem AZO-Entwurf wesentliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen vor:

- Über Wochen und Monate läßt er Arbeit von 10 Stunden pro Tag an 6 Tagen die Woche zu.

- Die Pausenregelung wird verschlechtert.

- Mehrarbeit gibt es nicht. Damit werden die Möglichkeiten für unbezahlte Mehrarbeit ohne Freizeitausgleich ausgeweitet.

- Das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen soll unter Hinweis auf die ‚Gleichbehandlung von Männern und Frauen‘ praktisch abgeschafft werden. Nacharbeit ist gesundheitsschädigend. Da verzichten wir gern auf die Gleichbehandlung.

- Sonntagsarbeit ist für viele ‚Arbeitsbereiche‘ ausdrücklich erlaubt, dort übrigens auch Nacharbeit für Arbeiterinnen.

Damit werden insgesamt Grenzen eines sog. normalen Arbeitstages weiter eingerissen. Die Arbeitszeiten werden den Maschinenlaufzeiten angepaßt ...

3. Die Landesbezirksfrauenkonferenz fordert bei der Einführung neuer Technologien

- volle Mitbestimmung der Betriebs-/Personalräte
- bessere soziale Absicherung

- besseren Gesundheitsschutz für Bildschirm-/Kassenarbeitsplätze

- mehr Mischarbeitsplätze

- keine Veränderung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze

- keine Herabstufung

- bessere Rationalisierungsschutzabkommen für alle Arbeitnehmer

- keine staatliche Förderung für neue Technologien

- Verpflichtung, bei Rationalisierung die Weiterbeschäftigung der Arbeitnehmer mit mindestens gleichwertiger Tätigkeit zu sichern

- Arbeitszeitverkürzung

- Verbot der Computerheimarbeit.

4. Der Hauptvorstand wird aufgefordert, sich beim Gesetzgeber weiterhin dafür einzusetzen, daß Schwangerschaftsabbruch nicht länger ein Straftatbestand ist und daß die §§ 218 ff Strafbuch gestrichen werden.

Begründung: Unabhängig davon, wie die einzelne betroffene Frau einen Schwangerschaftsabbruch moralisch bewertet, darf diese Bewertung niemals Grundlage strafrechtlicher Maßnahmen sein. Jede Frau hat das Recht, sich für oder gegen ein Kind zu entscheiden. Jede Frau hat das Recht, eine ungewollte Schwangerschaft abbrechen. Kinder haben das Recht, Wunsch Kinder zu sein ...

5. Die HBV ist aufgefordert, die Verhinderung des Beratungsgesetzes zu § 218 zu ihrer Sache zu machen und in entsprechende Aktivitäten umzusetzen.

Begründung: Das so harmlos betitelte ‚Beratungs‘-Gesetz sieht vor, daß die vor einem Schwangerschaftsabbruch durchzuführende Beratung grundsätzlich davon auszugehen hat, daß das Kind ausgetragen werden muß. Es handelt sich also nicht um Beratung der Schwangeren, sondern um ein Gesetz, das darauf angelegt ist, über den Entschluß der Frau hinwegzugehen ... Das Beratungsgesetz würde einen Schwangerschaftsabbruch nach der Notlagenindikation faktisch aushebeln, ohne daß der bestehende Paragraph 218 auch nur an einer Stelle geändert wird ...

6. Die Landesbezirksfrauenkonferenz fordert die Antragsberechtigung der Landesbezirksfrauenkonferenz an die Landesbezirkskonferenz.

7. Der Geschäftsführende Hauptvorstand wird aufgefordert, die Bundesregierung zu veranlassen, ihren Gesetzentwurf zur Strukturreform im Gesundheitswesen zurückzuziehen.

8. Die Landesbezirksfrauenkonferenz fordert alle Kolleginnen und Kollegen zum totalen Boykott südafrikanischer Waren auf. Entsprechende Aufklärung über gewerkschaftliche Publikationen sind durchzuführen. Weiterhin müssen wir noch stärker die Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen in Südafrika unterstützen.

Begründung: ‚Südafrika‘ ist der einzige Staat der Welt, der den Rassismus gesetzlich verankert hat. Die UNO hat 1973 Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Millionen stehen im Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung, gegen immer massiver werdenden Terror, der den wachsenden Widerstand brechen soll. Die Menschenwürde wird mit Füßen getreten, und die Mitglieder fortschrittlicher Organisationen und Gewerkschaften werden verfolgt, nach Belieben inhaftiert, überfallen oder getötet. Das Regime muß durch Boykott isoliert werden und gezwungen werden, ihre Politik der Menschenrechtsverletzungen aufzugeben. Der totale Boykott ist eine wirksame Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker Südafrikas.“

Auf der Konferenz wurden 600 DM für eine Druckmaschine für die CCAWUSA (südafrikanische Schwesterngewerkschaft der HBV) gesammelt. - (sj)

Republikaner wollen zur Landtagswahl kandidieren

Elmshorn. Auf dem Landesparteitag der Republikaner in der Baden-Württembergischen Stadt Ludwigsburg verkündete deren Vorsitzender Schönhuber, daß sie bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, die für den 8. Mai geplant sind, in allen 44 Wahlkreisen mit Direktkandidaten antreten wollen. Mit Blick auf die Vorgänge um Barschel behauptete deren Generalsekretär Neubauer, die Republikaner wären in Schleswig-Holstein die „einzige unbeschädigte Partei“, die dort in den Wahlkampf gehe. Lauthals suggerierte man die Möglichkeit des sofortigen Sprungs in den Landtag. Also mehr als 5% bei der Wahl. Einige gewichtige Probleme auf diesem Wege haben die Republikaner da noch zu bewältigen. Bei den Landtagswahlen im September 1987 konnten sie u.a. nicht antreten, da sie zwei Landesvorsitzende hatten, die sich um das Amt stritten, weil sie von verschiedenen Parteigliederungen gewählt waren. Es handelte sich um den ehemaligen CDU-„Vertriebenen“funktionär Schlee und um Palleske, früher Steuerpartei Fredersdorf. – (uwb, Volksfront)

Universität verweigert Kurden das Audimax!

Hamburg. Jedes Jahr am 21.3. findet das kurdische Neujahrsfest NEWROZ statt. Aus diesem Anlaß beantragte der Verein der Studenten aus Kurdistan, das Audimax überlassen zu bekommen, um dort, wie schon in den letzten Jahren, das Newrozfest durchzuführen. Die Verwaltung stellte „nach sorgfältiger Prüfung“ fest, daß die Antragsteller „sich künftig zur Durchführung ihrer Veranstaltungen um Räume außerhalb der Universität“ bemühen müssen. Die Begründung ist, daß die „durchgeführten Neujahrsfeste immer wieder zu erheblichen Verschmutzungen ... geführt“ hätten und Gefahren für das Personal nicht ausgeschlossen werden könnten. Außerdem wurden „im vergangenen Jahr (gemeint ist 1986) von unbekannten Tätern – wahrscheinlich in der Absicht ihre Veranstaltung zu verhindern oder zu beeinträchtigen – zahlreiche Scheiben des Audimax vor der Veranstaltung eingeworfen. Daß bereits, nachdem die Scheiben des Audimax eingeworfen wurden, wieder ein Neujahrsfest stattgefunden hat und die angeblichen hohen Reinigungskosten dadurch entstanden, daß eine Reinigungsfirma pauschal die Reinigung des Audimax berechnete, ohne dabei zwischen starker oder geringer Verschmutzung zu unterscheiden, all das ließ die Uni-Verwaltung unbeeindruckt.“ – (han)



Ludwigsburg. Ca. 200 Antifaschisten versperren den Zugang zur Halle, in der die Republikaner ihren Bundesparteitag unter dem Motto „Schluß mit Kriecherl und Zahlen – Deutschland zuerst“ abhielten. Die Polizei boxte die Republikaner einzeln durch. DKP, Volksfront und VVN verteilten gemeinsam ein Flugblatt. Autonome Antifaschisten hielten zwei Kundgebungen ab. – (heb)

NPD-Veranstaltung verhindert

München. Am 14.1. wollte die NPD in der Münchner Gaststätte „ZunftHaus“ einen sog. Infoabend durchführen. K.H. Vorsatz, Chefredakteur der „Deutschen Stimme“ und Mitglied des NPD-Parteipräsidiums, sollte zum Thema „Ist Frieden ohne deutsche Einheit möglich“ reden. Das Antifaschistische Bündnis mobilisierte dagegen. Geplant war, am Nachmittag des selben Tages und im selben Saal eine Informationsveranstaltung mit einem Referat über die Entwicklung der Faschisten in der BRD sowie Videofilmen durchzuführen. Ein Ziel war, den „Infoabend“ zu verhindern. Dem Wirt der Gaststätte wurde das Ganze anscheinend zu gefährlich – er schloß sein Lokal zu. Über 150 Antifaschisten aus verschiedenen Gruppen blieben bis 20 Uhr vor dem Lokal stehen, um ganz sicher zu sein, daß die Faschisten nicht in den Saal kommen. Die Polizei griff nicht ein. Die NPD will die Veranstaltung nachholen. – (ror)

Terrorurteil gegen Heiko S. bestätigt

Hamburg. Wie wir bereits berichteten, war Heiko wegen Totalverweigerung vom Amtsrichter Graue zu 10 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Am 30.12.87 wurde dieses Terrorurteil von der Kleinen Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts bestätigt. Die von Heiko angeführten Gründe für seine Totalverweigerung wies das Gericht zurück und behauptete, daß Heiko gegen die „verfassungsmäßige Ordnung aufbegehre“ und auch nicht als Gewissenstäter zu behandeln sei. Er habe nicht aus „innerem Drang heraus“ gehandelt, vielmehr „beurteile er alles einseitig“. Eine von der Staatsanwaltschaft (!)

geforderte Aussetzung der Strafe zur Bewährung komme nicht in Frage, weil Heiko, ohne Gewissenstäter zu sein, weiterhin den Zivildienst verweigern werde. – In der BRD ist die Anzahl derjenigen, die sowohl den Wehr- als auch den Zivildienst verweigern, von 22 in 1985 auf 126 in 1987 angestiegen. – (ano)

NPD-Landesparteitag fand nicht statt

Elmshorn. Am 7.1.88 fand auf Einladung der „Initiative gegen Neofaschismus“ eine Versammlung im Bürgerhaus statt, um gegen den geplanten Landesparteitag der NPD tätig zu werden. Es beteiligten sich Kräfte von Terre des Hommes bis ins autonome Spektrum. Der von der NPD angemeldete Raum wurde vom Hauptausschuß der Gemeinde verweigert. Begründet wurde dies mit der Satzung für das Bürgerhaus. Nur die Drohung der SPD-Fraktion, die Sitzung des Hauptausschuß zu verlassen, brachte Einstimmigkeit. Ein CDÜler wollte der Nutzung zustimmen, wenn die NPD „einen Saalschutz organisiert“. Die NPD klagte daraufhin beim VWG Schleswig. Auch die SPD rief zur Demonstration auf, und es wurden beide Anmeldungen koordiniert. Den Auftakt und die Demonstration oblag dem Bündnis und die Schlußkundgebung der SPD. Die NPD gewann die Klage vor dem VWG, doch sie verschob den Parteitag. An der Demonstration beteiligten sich ca. 600 Personen. Auf der Kundgebung redete der ehemalige Juso-Bundesvorsitzende, ein DGB-Funktionär, ein VVN-Vertreter und ein Grüner. Andere Redner wollte die SPD nicht zulassen, u.a. die DKP und die Volksfront. Dies führte zur Verärgerung von Teilnehmern, die darauf hinwiesen, daß dies nicht erneut geschehen dürfe. (uwb, Volksfront)

Spurbus

Neues von der Wirtschaftsförderung Daimler-Benz bekommt Vorführstrecke

Mannheim. „... natürlich von Vorteil, wenn wir in Mannheim, wo die Busse gebaut werden, eine Referenz nachweisen können ... ideal in der Umgebung, wo wir mit dem Bus präsent sind ...“ (Daimler-Benz-Manager Dr. Sobotta im MM, 30.12.87). Der Spurbus ist seit 1979 auf dem Markt und in zwei Städten im Einsatz. Für etwa 20 Interessenten wäre es gut, wenn sie das System im Einsatz beurteilen könnten. In Adelaide/Australien verläuft die Spur über eine stillgelegte Müllhalde von 6 km, in Essen wurde eine Straßenbahnlinie durch den Spurbus ersetzt.

Ähnliches strebt Daimler-Benz in Mannheim an. Der öffentliche Personennahverkehr im Rhein-Neckar-Raum ist vergleichsweise unterentwickelt. Die öffentlichen Gelder wur-

nünftigste Lösung. Das bestehende Schienennetz kann mitbenutzt werden, die Fahrgäste hätten viele Umsteigemöglichkeiten. Wesentlich billiger käme es außerdem.

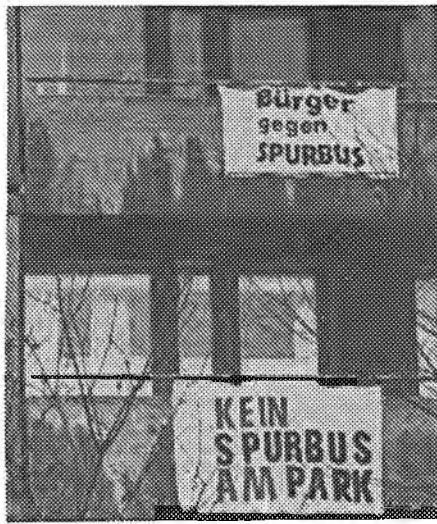
Ganz anders beim Spurbus. Die geplante Trasse führt durch die knappen Grünanlagen von dichtbesiedelten Wohngebieten und durch verkehrsberuhigte Straßen; Schulwege werden mehrfach gekreuzt. Er muß Nadelöhre passieren, wo er mit Sicherheit hängenbleiben wird, z.B. im Individualverkehr auf der Neckarbrücke. Die beiden Stücke, auf denen er überhaupt nur spurgeführt fahren kann, sind viel zu kurz, als daß sie Zeitgewinn bringen könnten, es sind eben Vorführstrecken.

Der Betrieb des Spurbusses ist teurer als die Straßenbahn. Da der Bus

natürlich auch Daimler-Benz nicht entgangen. Dr. Sobotta dazu: „Die positiven Aspekte des Systems gehen verloren, je mehr Nadelöhre nicht beseitigt werden. Allerdings ist es besser, die Hälfte der Engpässe zu beseitigen, als gar keine.“ (MM, 30.12.87) Daimler-Benz will die Trasse um jeden Preis.

Die Anwohner und Anwohnerinnen entlang der Trasse laufen Sturm dagegen. An der gesamten Strecke in der Neckarstadt hängen Transparente gegen „Spurbusiness“ an den Häusern. Eine Bürgerinitiative ist auf sämtlichen Informationsveranstaltungen, Bezirksbeiratsitzungen und überall anwesend, wo Gemeinderäte anzutreffen sind. Verschiedene spontane Unterschriftensammlungen wurden unterstützt. Die Bürgerinitiative mietete einen Bus und fuhr die geplante Strecke ab. Den teilnehmenden Politikern und Journalisten wurden die Auswirkungen der Trasse vor Augen geführt. Danach schwenkte die Lokalpresse um und berichtete kritisch über die Spurbusstrecke.

Wie man es dreht und wendet, einziger Sinn und Zweck der Spurbustrasse ist Wirtschaftsförderung für Daimler-Benz. Interessant ist nun, den OB dazu zu hören. Die Argumente gegen den Spurbus hat er noch nie entkräften können, weil das nicht geht. Also gibt er es einfach zu, so offen wie noch nie. – (per)



Rechts: Der Spurbus auf Betonschienen – sie „können mit Rasenstücken ausgelegt werden“. Links: Die Trasse ist gesäumt von Protesten der Anwohnerinnen und Anwohner.

den in den Straßenbau gesteckt. Jetzt geht die Geschichte allerdings weiter: Ein in sich stimmiges, ausbaufähiges Straßenbahnnetz wird durch einen Spurbus „ergänzt“ mit dem Ziel, es langfristig zurückzudrängen.

Der Spurbus ist ein normaler Bus, der mit seitlichen Spurrollen in zwei Betonschienen geführt wird. Sein Vorteil ist seine Flexibilität: an Engpässen weicht er auf seine eigene Trasse aus, sonst benutzt er die normale Straße. In der Spur fährt er sehr schnell und ohne Handsteuerung.

Als Wunsch-Vorführstrecke in Mannheim kommt die seit langem notwendige Anbindung der Gartenstadt an die Innenstadt infrage. Seit Kriegsende ist eine Trasse für die Straßenbahn freigehalten worden. Das wäre die umweltfreundlichste und ver-

nicht so viele Fahrgäste befördern kann wie die Straßenbahn, muß er im 6-Minuten-Takt fahren, dadurch steigen die Betriebskosten stark. Je mehr Fahrgäste den Bus benutzen, desto teurer wird er. Drei Gutachten der Stadtverwaltung kommen u.a. zu diesem Ergebnis, bis endlich das vierte Gutachten günstiger für den Spurbus rechnete. Das ging nur mit dem Trick, die Straßenbahntrasse auf derselben Strecke laufen zu lassen, was weder möglich noch nötig ist.

Endpunkt der Trasse ist das Quadrat K 1 am Rand der Innenstadt. Fahrgäste zum Bahnhof oder Krankenhaus oder sonst wohin müssen umsteigen. Ein Argument für den Spurbus – ohne Umsteigen schnell in die Stadt – stimmt also nicht.

Diese gravierenden Mängel sind

Personalmangel in den PLK

CDU gegen sofortigen Stellenausbau

Heilbronn Im Dezember wurde der Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses zur Situation in den Psychiatrischen Landeskrankenhäusern (PLK) im baden-württembergischen Landtag diskutiert. Der Ausschuß war von SPD und Grünen durchgesetzt worden, nachdem Gesundheits- und Sozialministerin Barbara Schäfer (CDU) sich geweigert hatte, einer Anhörung von Mitarbeitern der PLK im Sozialausschuß des Landtags zuzustimmen. In der Öffentlichkeit waren zuvor Auswirkungen von Personalmangel an den PLK zu Recht kritisiert worden. So das Vollstopfen von Patienten mit Beruhigungsmitteln und Sex-Hemmern, „Fixierungen“ (Festschnallen) statt Einzelbetreuungen, ja, sogar manche Selbstmorde wären mit mehr Personal zu verhindern gewesen.

Der Ausschuß kam übereinstimmend zu der Meinung, daß es an den neun PLK des Landes aus Personalmangel immer wieder zu „Engpässen der Versorgung“ komme und deshalb „eine personelle Verbesserung der Pflege und der Therapie“ notwendig

sei. Trotzdem scheiterte ein SPD-Antrag, in dem von der Landesregierung verlangt wird, im kommenden Jahr 500 zusätzliche Stellen im Behandlungsbereich der PLK vorzufinanzieren, bis Krankenkassen und Wohlfahrtsverbände durch erhöhte Pflegesätze die Finanzierung sicherstellen. Diesen Antrag, der auch von den Grünen und Teilen der FDP unterstützt wurde, lehnte die CDU-Mehrheit ab. SPD und Grüne sahen die Vorwürfe über die Verhältnisse in den PLK durch den Untersuchungsausschuß voll bestätigt, während die CDU auf einen Stufenplan vertröstete.

Nach einem spektakulärem Schwurgerichtsprozeß in Heilbronn (verhandelt wurde der „Totschlag“ eines PLK-Patienten an einer Krankenschwester, die während der Nachtschicht allein und für ca. 25 Patienten zuständig war), befaßte sich die Alternative Linke Liste mit der Personalsituation am nahegelegenen PLK Weinsberg. Als Ergebnis dieser Diskussion unterstützt die ALL die Forderungen des Personalrates und der ÖTV-Vertrauensleute nach Schaffung von rund 50 neuen Stellen (bei einer Belegschaft von ca. 480). Für diese Forderung haben die ÖTV-Vertrauensleute innerhalb von zehn Tagen bereits über 300 Unterschriften von PLK-Mitarbeitern gesammelt.

Quellenhinweis: Kommunalen ALLtag Nr 1/88 – (jom)

Hamburg

Kapitalisten sollen „mehr Flagge zeigen“

Hamburg. Die letztjährige Jahres-schlußansprache vor der „Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg“ wurde vom neuen Präsidenten der Handelskammer Hamburg gehalten. P. Möhrle, Geschäftsführer einer expandierenden Baumarktkette, schlug dabei andere Töne an als sein Vorgänger Illies.

1985 hatte Illies wachsende Kritik an den Konzernen – immerhin mußte Boehringer auf Senatsbeschluß seine Giftküche schließen – zurückgewiesen: „Es muß wieder Spaß machen, in Hamburg Geld zu verdienen!“ 1986 war er sich „sicher, daß viele Arbeitnehmer längst eine gesündere Einstellung zu den Gewinnen und zur Verbesserung der finanziellen Situation ihrer Unternehmen haben“. Bei Möhrle taucht der Begriff des „Arbeitnehmers“ gar nicht mehr auf. Im Gegenteil, die Profitmacherei wird zur sozialen Tat überhaupt erhoben und damit alle Kritik an ihr als unsozial und parasitär diffamiert: „Wir brauchen eine Senatspolitik, die noch eindeutiger auf die Stärkung unserer Wirtschaftskraft ausgerichtet und da-

mit letztlich noch sozialer ist“. Eine solche Senatspolitik „muß vor allem Entwicklungshemmnisse abbauen und damit den Strukturwandel fördern“. Als eines der größten Hemmnisse betrachtet Möhrle die Verschuldung des Stadtstaates. Am „Stabilitätskonzept II“, es reicht von der Streichung von Krankenhausbetten über Wegfall des Ersatzbauprogramms bei Kindertagesstätten bis zu Streichungen bei Schulkreide, kritisiert Möhrle: „Ich habe den Eindruck, daß die Eingriffe in den konsumtiven Haushaltsbereich zu schwach auszufallen drohen. Hierzu gehören die Personalkosten ebenso wie die Sozialausgaben.“ Und als „standortschädliche Maßnahme“ kritisiert die neueste Zeitschrift der Handelskammer die vorgesehene Senkung des Investitionsvolumens um 750 Mio. DM. Für die geplante Bezirksverwaltungsreform warnt Möhrle den Senat: „Gelegentlich habe ich den Eindruck: Je wichtiger ein Vorhaben für ganz Hamburg ist, um so schwieriger ist es im Bezirk durchzusetzen“. Verzögerungen müßten verhindert werden durch die Beseitigung weiterer „Kompetenzen der Bauleitplanung und der Verkehrsplanung auf die Bezirke“. Und überhaupt sollten durch eine Verwaltungsreform die Behördenvorgänge „einfacher und überschaubarer“ und „im Zweifel für die Arbeitsplätze getroffen werden“. Denn: „Widerstand gegen notwendige Vorhaben erklärt sich häufig mehr aus lokalem Eigennutz und weniger aus Sorge um die Umwelt“. Im Kampf gegen den „lokalen Eigennutz“ ruft er seinesgleichen zu verstärkten Aktivitäten auf: „Mehr Flagge zeigen sollten manche Unternehmen ... gegenüber der Bevölkerung in der Umgebung ihrer Betriebe.“ Durch „Tage der offenen Tür“ und Bürgerversammlungen Vorurteile abgebaut, Mißstimmungen vermieden und Einsichten in betriebliche Notwendigkeiten verstärkt werden“. Diese ideologische Offensive will jede Kritik an „betrieblichen Notwendigkeiten“ ins gesellschaftliche Abseits stellen. – (mij)

Krankenhaus Soltau

Kampf gegen Privatisierung des Reinigungsdienstes

Soltau. Nachdem erst vor kurzem die Wäschereien der beiden Kreiskrankenhäuser Soltau und Walsrode geschlossen wurden, deckte auf einer Vertreterversammlung der AOK Soltau eine Arbeitnehmer-Vertreterin der ÖTV Planungen für eine Privatisierung des Reinigungsdienstes in Soltau auf. 35 Beschäftigte wären von Entlassung betroffen. AOK-Direktor Plate begründete die Absichten mit Kostendämpfungsdruck. Gegenwärtig über 1 Mio.

DM für den Reinigungsdienst könnten auf ca. 440000 DM gesenkt werden.

Am 11.12.87 zogen dann die Putzfrauen und ÖTV-Mitglieder zu einer Vorstandssitzung der AOK Soltau und forderten in einer Protestnote, „alle denkbaren Bestrebungen, die zu einer Privatisierung führen könnten, zu unterlassen“. Der Personalrat des Soltauer Krankenhauses erklärte, er sehe den Reinigungsdienst „als unverzichtbaren Teil in unserer Zusammenarbeit im Dienst der Patienten des Kreiskrankenhauses“ an. Wenn der Landkreis zulasse, daß Kräfte einer Privat-



Demonstration der Reinigungskräfte vor der Sitzung des AOK-Vorstandes

firma im Reinigungsdienst tätig würden, könne dies das Zusammenspiel der verschiedenen Arbeitsabläufe nur verschlechtern. Die Betriebsversammlung der Endo-Klinik Wintermoor unterstützte einen Brief der ÖTV-Vertrauensleute, in dem Oberkreisdirektor und AOK-Geschäftsführer aufgefordert werden, auf eine Privatisierung zu verzichten. Eine Vernachlässigung der Krankenhaushygiene, bei Leistungsvorgaben von 240 qm/Stunde bei Privatfirmen naheliegend, könne in erhöhtem Maße zu Infektionen der Patienten führen. Die Beitragseinnahmen der AOK würden sinken, wenn die Reinigungskräfte des Krankenhauses bei einem privaten Arbeitgeber arbeiten würden mit Stundenlöhnen um 3-4 DM unter denen des öffentlichen Dienstes.

Auf der Kreistagssitzung im Dezember sah sich Oberkreisdirektor Schumacher gezwungen, Stellung zu nehmen. Die AOK sei treibende Kraft. Auf deren Wunsch habe der Landkreis schon vier „unverbindliche Angebote“ von privaten Reinigungsfirmen eingeholt. In einem Gespräch der Putzfrauen mit dem AOK-Geschäftsführer im Januar schob dieser die Verantwortung auf den Landkreis.

Problem ist, daß die anderen Gewerkschaften bisher nicht gegen die Privatisierungstendenzen Stellung bezogen haben. (sts)

Kommunale Finanzen

Entlastung der Industriebetriebe auf dem Rücken der Lohnabhängigen

Niedersachsen. In der 35. Plenarsitzung seiner 11. Wahlperiode behandelte der Niedersächsische Landtag die „Große Anfrage“ der SPD zur „Lage der kommunalen Finanzen seit 1980“. Es hat sich auf der Einnahmenseite etwas grundsätzlich geändert: 1986 gingen die Gewerbesteuer-einnahmen erstmals seit 1982 wieder zurück. Um sieben Prozentpunkte gegenüber 1985.

Die 1986 neu zusammengesetzte Landesregierung hat ihre Absichten schon im ersten Jahr deutlich gemacht: Abbau der Steuerbelastungen bei Konzernen und allen anderen Kapitaleignern. Die um ein Prozent niedrigeren Einnahmen aus der Gewer-

niert. Auch SPD-regierte Kommunen, so Hannover, melden keine Widerstände gegen den Abbau der Gewerbesteuer an. Außer den Grünen im nds. Landtag plädiert keine Fraktion für eine drastische Anhebung der Gewerbesteuer. Die Belastung kommunaler Ausgaben ist, wie allein schon die zweite Tabelle andeutet, enorm gestiegen. Es ist unverhüllte Absicht der politischen Reaktion und der Kapitalisten, die Reproduktionsbedingungen der arbeitenden Klassen ihren Expansionsbestrebungen und Konkurrenzvorteilen unterzuordnen und noch mehr einzuengen. Die nds. Landesregierung liefert die Rahmenbedingungen.

Einnahmen der Kommunen in Niedersachsen in Mio. DM

Jahr	Gesamt (Index)	Gewerbesteuer	in % von Gesamt
1981	14740,6 (100)	1952,1 (100)	13,2
1982	15493,7 (105)	1866,6 (096)	12,0
1983	15884,2 (108)	1945,6 (099)	12,2
1984	16340,6 (111)	2131,7 (109)	13,0
1985	17345,9 (118)	2333,3 (119)	13,4
1986	17802,0 (121)	2187,5 (112)	12,3

Quelle: Landtagsdrucksache 11/1661 – Antwort auf eine Große Anfrage

„Hilfe zum Lebensunterhalt“

1980	6567	100%
1982	11913	181%
1983	16223	247%
1984	21829	332%
1985	24893	379%

Ergänzend zum Arbeitslosengeld bzw. zur Arbeitslosenhilfe in Nds. gezahlt. Mittlere Spalte: Anzahl der betroffenen Haushalte.

besteuer gegenüber 1985 sind, nicht nur im Volumen von ca. 146 Mio. DM, eine brisante Angelegenheit. Hier wird eine oft angedeutete Maßnahme – die Abschaffung der Gewerbesteuer – faktisch eingeleitet. Nimmt man das Jahr 1981 als Maßstab, so haben sich die Einnahmen der Kommunen in Niedersachsen zwar auch nur um 21 Prozentpunkte erhöht, die Gewerbesteuer nahm jedoch lediglich um zwölf Prozent zu. Die Landesregierung stellte die Weichen zur weitgehendsten Entlastung der Konzerne, was auf der anderen Seite die Kommunen letztendlich zum Abbau kommunaler Leistungen zwingt, bzw. Gebührenerhöhungen gegen die Lohnabhängigen als Aufgabe defi-

Die Landtagsdebatte am 15. Oktober 1987 untermauert obige Positionen. Im folgenden Auszüge verschiedener Redebeiträge.

Milde (SPD): „... Der Landesregierung war und ist kein Betrag zu klein, um ihn nicht den Kommunen abzapfen. Ich nenne dazu nur einige Stichworte, die aus der jüngsten Zeit stammen: Kostenabwälzung aus der staatlich verordneten Volkszählung, Ausstellung der Personalausweise, Fortfall der Zahlung von Winterbeihilfen an Arbeitslose, Streichung der Weihnachtsbeihilfe für Sozialhilfeempfänger und die beabsichtigte 25prozentige Beteiligung des Landes an der Feuerschutzsteuer ...“

Gansäuer (CDU): „... Wir konkurrieren auf dem Weltmarkt doch nicht nur durch die Preise und auch nicht nur über unsere Produkte. Wir konkurrieren mit den Nationen in dieser Welt auch durch unser Steuersystem ... Die Bundesrepublik Deutschland ist in der Situation, daß jeder dritte Arbeitsplatz ... von der Exportindustrie abhängig ist ... Gerade deshalb muß der Staat seinen Beitrag dazu leisten, daß die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft im Ausland erhalten bleibt ...“

Rehkopf (FDP): „... zum Schluß

sage ich: Das Gebot heißt ‚Abspecken‘. Abspecken ist das Gebot der Stunde, auch für jedes Mitglied der Opposition ... Wie jeder Bürger ... sollten auch Kommunen und staatliche Instanzen ihr Ausgabeverhalten den Einnahmen anpassen und nicht den leichten Weg beschreiten, ihre Einnahmen an den Ausgaben zu orientieren.“ (Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU.)

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

„... Hier geht es doch um die Frage, wie weit durch die finanzpolitische Verantwortung des Landes für die Finanzierung der Kommunen eben Probleme und Verschlechterungen in den Kommunen aufgetreten sind ... Ich denke, wenn diese Verfahrensweise (Auflagen der Aufsichtsbehörden gegen Kommunalhaushalte, Anm. d. Red.) die Zukunft kommunaler Finanzprobleme und des Verhaltens der Aufsichtsbehörden kennzeichnet, dann haben wir einiges vor uns, wogegen in der nächsten Zeit zu kämpfen sein wird ... Der steigende Anteil der Sozialhilfeeats an den Ausgaben ... Koppelt man diese Tatsache mit den sinkenden Gewerbesteuer-einnahmen und den Auswirkungen der insgesamt sinkenden Ausgaben der öffentlichen Hände, ergibt sich daraus genau die Klemme, in der die Kommunen stecken ... Ich bin aber – um nun auch gegenüber der SPD deutlich zu machen, daß wir ihre Rolle in der Kommunalpolitik sehr kritisch sehen – der Meinung, daß die Art und Weise, in der hier von zwei Oberbürgermeistern der SPD argumentiert worden ist, unglaublich ist ... wir der Meinung sind, daß die Schlüsselzuweisungen in ihrer jetzigen Form ... weder ausreichend (sind), so daß sie neu strukturiert werden müssen ... Wir meinen ferner – im Gegensatz zu der von der FDP gerade in Niedersachsen immer wieder verkündeten Absicht zur Abschaffung der Gewerbesteuer –, daß entweder eine Revitalisierung oder aber eine Nachfolgeregelung für die Gewerbesteuer im Sinne einer starken eigenen Einnahmequelle der Gemeinden betrieben werden muß.“

Auch die Grünen im Niedersächsischen Landtag betreiben – trotz ihrer guten Kritik an den Positionen der Landesregierung – keine eindeutige Kampagne zur Erhöhung der Gewerbesteuer. Sie betrachten die Auseinandersetzung ausschließlich von der kommunalen Ebene. Die Klasseninteressen der Lohnabhängigen bleiben unerwähnt, Ansprüche gegenüber den Kapitalisten – mehr finanzielle Mittel von Konzernen und Industrie – werden nicht formuliert.

Quellenhinweis: Landtagsdrucksachen 11/1451, 11/1661; Protokoll der 35. Plenarsitzung vom 15. Oktober 1987 – (mal)

„Republikaner“

Veranstaltung empfindlich gestört

Wasser. Am 15.1. fand in Wasser bei Emmendingen eine Veranstaltung der „Republikaner“ statt. Als Hauptredner trat Konteradmiral a.D. Poser auf, früher in hohen Positionen von Bundeswehrführung und NATO-Generalstab sowie parteiloses Mitglied der Regierung Kiesinger, jetzt „Republikaner“, der u.a. nach eigenen Aussagen enge Beziehungen zum südafrikanischen Apartheid-Regime unterhält.

Gegen die Veranstaltung, die von einem Dutzend „Republikaner“-Anhängern besucht wurde, protestierten fast dreimal soviel Antifaschisten aus Emmendingen, Waldkirch und Freiburg. Die Freiburger Polizei – mit mindestens drei großen Einsatzwagen und etlichen Pkw anwesend – erhielt vor Beginn der Veranstaltung ein Flugblatt „Antifaschisten informieren die Polizei“, in dem sie aufgefordert wurde – „Pflichten erfüllen: Veranstaltung der REP auflösen!“ sowie „Hindern Sie uns nicht an der Wahrnehmung unserer Rechte!“ –, gegen die REP-Veranstaltung zu protestieren.

Nachdem die Antifaschisten den Versammlungsraum „besetzt“ hatten, erklärte das Landesvorstandsmitglied der „Republikaner“, Tönsmann, daß „in Absprache“ mit der Polizeiführung ein „anderes Verfahren“ gegenüber ihren Gegnern vereinbart worden sei. Tatsache ist: Freiburger Polizeiführung und Stadtverwaltung sahen sich aufgrund des öffentlichen Protests gegen den Ausschluß von 30 Antifaschisten von einer REP-Veranstaltung am 25.11.87 in Freiburg und des gegen diese Polizeimaßnahme laufenden Widerspruchsverfahrens gezwungen, die Antifaschisten in den Versammlungsraum der „Republikaner“ zu lassen (vgl. Pol. Ber. Nr. 1/88, S. 25). Tönsmann wußte genau Bescheid über das Widerspruchsverfahren und pflegt enge Kontakte zum Leiter der Schutzpolizei Tränkle.

Die Rede von Poser auf der Veranstaltung war dauerhaft begleitet von verbalem Protest, insbesondere wenn er etwa die Apartheid zu rechtfertigen suchte: Südafrika sei ein wunderschönes Land, in dem Weiße und Schwarze gemeinsam zusammenarbeiteten. Nach seiner Rede wurden von Seiten der Antifaschisten kurze Redebeiträge gehalten, die sich u.a. unter Bezug auf Posers Rede dafür aussprachen, die „Republikaner“ als rassistische, arbeitfeindliche, revanchistische Organisation nicht zu den Landtagswahlen zuzulassen. Nachdem Tönsmann die Antifaschisten „Internationalisten“ tituliert hatte, bekam er die „Internationalen“ zu hören.

Dem Ziel der „Republikaner“,



Republikaner-Chef Schönhuber

durch ungestörte öffentlich wirksame Propaganda eine Verbreiterung ihrer Basis zu erreichen, hat das Vorgehen der Antifaschisten empfindlich geschadet. Eine vorherige Absprache solcher Aktionen und eine noch bessere inhaltliche Vorbereitung durch Kritik der programmatischen Grundlagen der „Republikaner“ könnte bei nächster Gelegenheit noch besseres bewirken. Zudem ist es offensichtlich möglich, Polizei und Stadtverwaltung in gewisse Grenzen bezüglich ihrer Eingriffswünsche zu verweisen: Die Veranstaltung lief formal nach dem Versammlungsgesetz ab. Froh darüber können die „Republikaner“ aber nicht sein. – (ulb)

Berufsverbote

Bundesdisziplinargericht spricht Urteil gegen Steffen

Pinneberg/Frankfurt. Der Postbote Gustav Steffen, der wegen Kandidatur für die DKP seit drei Jahren unter Einbehaltung eines Teiles seiner Bezüge vom Dienst suspendiert war, wurde vom Bundesdisziplinargericht zu einer Gehaltskürzung von 5% für die nächsten vier Jahre verurteilt.

Überraschend war das Urteil insofern, als in den bisherigen Berufsverbotsprozessen das Bundesdisziplinargericht die Betroffenen in der Regel freigesprochen hatte und diese Urteile vom Bundesverwaltungsgericht in zweiter Instanz regelmäßig aufgehoben und die Kollegen entlassen worden waren. Das Bundesdisziplinargericht stellte fest, G. Steffen habe mit seinen Kandidaturen für die DKP zwar seine Treuepflicht als Beamter gegenüber dem Grundgesetz verletzt, von einer Entfernung aus dem Dienst habe jedoch abgesehen werden können, da Steffen bindend erklärt habe, er werde nicht mehr für die DKP kandidieren. Das Gericht verordnete daher, daß G. Steffen nicht mehr für die DKP kandidieren und auch in der

Partei keine Funktion mehr ausüben darf. Letzteres hatten G. Steffen und seine Verteidiger im Prozeß angeboten.

Während der Verhandlung beantragten die Rechtsanwälte von G. Steffen die Aussetzung des Verfahrens. Denn die Berufungsinstanz wäre die Disziplinarkammer des Bundesverwaltungsgerichts in Westberlin. Im Prozeß gegen den Postbeamten Axel Brück hatte die Verteidigung den Antrag gestellt, dieses Gericht als Berufungsinstanz in Frage zu stellen, da dort die Bundesdisziplinarordnung nicht gelten kann und es nicht in die Zuständigkeit der Bundesregierung bzw. des Bundespostministers fällt. Schließlich gilt in Westberlin alliiertes Recht. Dieser richtige Angriff auf die Anmaßung der Bundesregierung, Westberlin durch Ansiedlung von Bundesbehörden in die BRD anzubinden und damit einen Teil der Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren, hat im Fall des Postlers Brück die bürgerliche Klasse in Schwierigkeiten gebracht. Das Verfahren wurde bis zur Entscheidung dieser Frage ausgesetzt. Im Prozeß gegen G. Steffen lehnte das Gericht die Aussetzung des Verfahrens ab. Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag der Verteidigung, Prof. Samson von der ILO als Zeugen zu laden und von der Bundesregierung ein Gutachten einzuholen.

Auch wenn zu hoffen ist, daß die Bundesdisziplinaranwaltschaft keine Berufung gegen das Urteil einlegt und Gustav Steffen wieder als Postbote arbeiten kann, dürfte das Urteil im Kampf gegen die Berufsverbote und die Ausrichtung des öffentlichen Dienstes kein Fortschritt sein. Schließlich wird vom Gericht ein Maulkorb verordnet. Aktiver Kommunist darf kein Beschäftigter im öffentlichen Dienst sein. Denken darf man viel, danach handeln nicht. – (sch)



Mit der Verlegung des Prozesses nach Frankfurt sollte jegliche Solidarität wie oben vor dem Postamt unterbunden werden

Hoesch-Konzern

Hoesch – der Herr im Haus, oder: Geschichten aus dem Dortmunder Familienleben

1871 eint Bismarck das Reich, wird die Pariser Kommune zerschlagen und in Dortmund wird der Hoesch-Konzern gegründet. Schon zwei Jahre später betätigt sich Hoesch erstmals als Krisengewinnler: Während der Rezession von 1873 können nicht nur die Löhne gesenkt und der Konzern rationalisiert werden; vielmehr gelingt es, in Dortmund alles aufzukaufen, was irgendwie mit Kohle und Stahl zu tun hat. Ein Monopol entsteht.

1988 hat der Hoesch-Konzern wieder mal von einer Krise profitiert und sich vom Pleitegeier zum Spitzenkonzern in der westdeutschen Stahlindustrie gemausert. In den über 115 Jahren seines Bestehens hat der Konzern auch die Stadt Dortmund wie sein Eigentum behandelt, die Kommunalpolitik diktiert und staatliche Stellen seinen Interessen unterworfen. Wir haben im folgenden ein paar Auszüge aus dem Dortmunder Alltag aufgeschrieben.

Der Hafen

Bereits 1975 forderte Hoesch, der Dortmunder Hafen müsse ausgebaut werden zwecks besserer Wasserverbindungen u.a. für den Erztransport. Rund 200 Millionen (einschließlich Bundes- und Landesmittel) machte die öffentliche Hand schließlich locker für das Gesamtvorhaben. Hoesch verdiente gleich mit: Für acht Millionen Mark lieferte man die Spundwände für das Projekt. Kaum jedoch war der Hafenausbaubau (bis auf die Schleuse) fertig, präsentierte der Hoesch-Vorstand einen Vertrag mit der Deutschen Bundesbahn. Die wollte nun das Erz von Hoesch zu Sonderpreisen transportieren und so nahm der Konzern Abschied vom Dortmunder Hafen. Vorläufig zumindest, denn Hoesch kündigte sogleich an, bei einer Senkung des Transportpreises von 1,04 DM um 32 Pfennig je Tonne und bei Ausbau der Schleuse Henrichenburg sei man bereit zurückzukommen. Bis dahin verliert der Hafen rund 40% seines Frachtaufkommens und etliche Reedereiarbeiter ihre Arbeit, so bei Stinnes in Duisburg. Wie sagte doch der Pressesprecher der Hafendirektion? „Wäre Hoesch nicht gewesen, wäre diese Investition mit Sicherheit nicht gemacht worden.“

Das Arbeitsamt

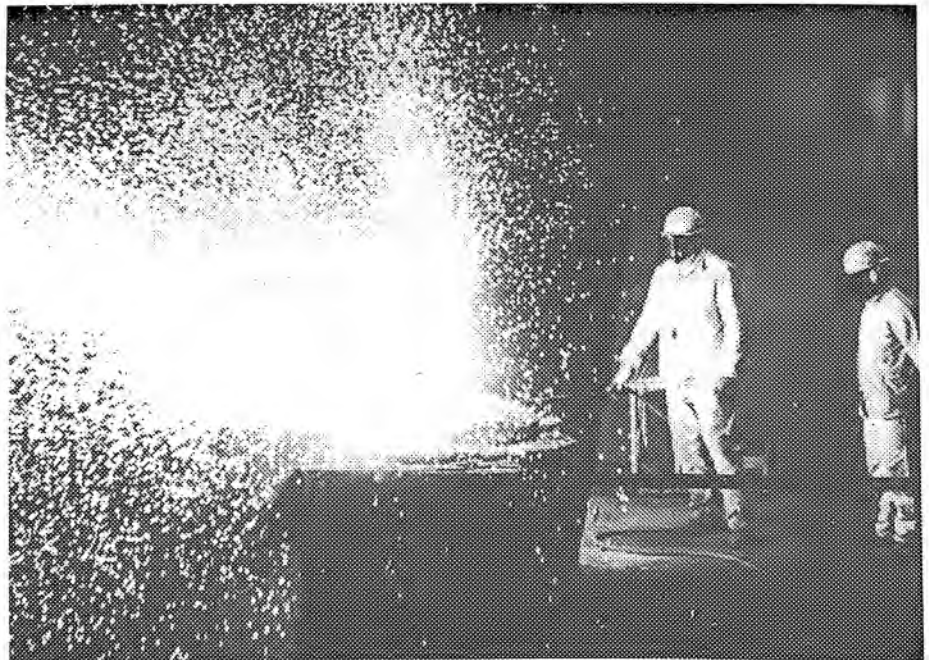
„Das Arbeitsamt ist fast eine Zweigstelle des Hoesch-Lohnbüros“, so die Aussage eines Hoeschianers. In der Tat, Hoesch versteht es, das Arbeitsförde-

rungsgesetz bis in seinen letzten Winkel und zu seinem letzten Paragraphen auszunutzen. Kein Wunder, zieht doch die Drohung mit Entlassungen durch einen Großkonzern immer.

Aufgrund der technischen Entwicklung benötigt Hoesch zunehmend mehr Facharbeiter; deren Anteil stieg von 25% 1970 auf über 30% 1982. Der arme Hoesch-Konzern erinnerte sich des Wohlfahrtsstaats und seines sozialen Netzes. So wie im folgenden Beispiel ist es mittlerweile ständige Übung: Hoesch entläßt einen Arbei-

vollem Lohnausgleich. Nur ein Hoeschianer hatte die Methode nicht ganz verstanden. Er zog nach Bayern in dem festen Glauben, das dortige Arbeitsamt sei genauso „zuvorkommend“ wie das Dortmunder; dem war nicht so, er wurde vermittelt und mußte für dasselbe Geld, das den Dortmunder Kollegen bezahlt wird, damit sie im Schrebergarten sitzen können, arbeiten gehen.

Nur nebenbei sei angemerkt, daß der Präsident des Landesarbeitsamts, Olaf Sund, neutraler Mann im Aufsichtsrat der Hoesch Stahl-AG ist.



Stahlerzeugung bei Hoesch

ter, dieser geht zum Arbeitsamt; kommt er dort wieder raus, hat er eine Umschulung mit allem drum und dran genehmigt. Zurück im Betrieb wird ihm erklärt, daß er nach erfolgter Umschulung wieder eingestellt werde und das Unternehmen ihm in der Zwischenzeit das Umschulungsgeld auf 100% seines bisherigen Lohns aufstocken werde. Darüber besteht sogar eine Betriebsvereinbarung. Die Umschulung selbst findet natürlich bei Hoesch statt.

Wer bei Hoesch über Sozialplan geht und sich arbeitslos meldet, wird vom Arbeitsamt in der Vermittlungskartei „vergessen“. Das heißt: Arbeitslosigkeit ohne die Befürchtung, in einen schlechten Job vermittelt zu werden und dazu ein Sozialplan, der die Aufstockung von Arbeitslosengeld und -hilfe auf 90-100% für mehrere Jahre vorsieht. Arbeitslosigkeit bei

Der Grund und Boden

Hoesch zieht Profit auch aus dem Boden. Der Konzern gehört zu den größten Grundbesitzern in Dortmund, unterhält eine eigene (gemeinnützige) Wohnungsbaugesellschaft und ist an mehreren anderen großen Wohnungsgesellschaften beteiligt. Darüber hinaus hält Hoesch Beteiligungen an der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), einem baupolitischen Bindeglied zwischen Landesregierung, Kommunen und Bauherren. Die LEG kauft u.a. im Auftrag des Landes Grundstücke (etwa für den Straßenbau) auf. Hoesch verkauft hin und wieder...

Hoesch wollte die Bundesstraße 236, weil eine Autobahnanbindung von der Westfalenhütte aus fehle; die B236 wurde gebaut. Das reicht dem Konzern nicht. Nach Süden will man

nämlich auch eine Autobahn, zum Düsseldorfer Flughafen. Der Dortmunder Stadtrat hat's kapiert. Die DüBoDo (Düsseldorf-Bochum-Dortmund) muß her. Der Haken ist nur, daß der Hoesch-Einfluß außerhalb der Stadtgrenzen an Gewicht verliert und Bochum und Düsseldorf nicht so recht wollen. Aber immerhin: Die Bundesstraße 1 durch Dortmund wird jetzt laut Ratsbeschluß untertunnelt. Ein Schleichweg sei die bisher, meinte Hoesch-Chef Rohwedder in einem Interview.

Die Hoesch-Wohnungsgesellschaft mbH vermietet einen Großteil ihrer Wohnungen als Werkwohnungen, der Rest geht über den „freien Markt“. 1983 hat die Gesellschaft die linke Seite eines Straßenzugs am Borsigplatz modernisiert, die rechte Seite hingegen nicht. Links wohnten Deutsche, rechts wohnten Türken. Überhaupt die Türken: In manche Wohngebiete kommen sie einfach nicht rein; in denen mit schlechtem Wohnungsstandard hingegen werden ihnen Wohnungen „angeboten“. Dazu muß man wissen, daß laut einer Be-

triebsvereinbarung dem Betriebsrat bei der Wohnungsvermietung und der Wohnungspolitik ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt ist und daß sich im Vorstand der Wohnungsgesellschaft häufig angearbeitete Betriebsräte befinden.

Die Zukunft

„Glaubt man manchen Politikern, sind die Stahlfirmen nicht nur für die Betriebswirtschaft zuständig, sondern sollen zusätzlich auch noch die Standorte erhalten, Ersatzarbeitsplätze schaffen, die Vergangenheit sozialfriedlich bewältigen und zugleich den Aufbruch in die Spitzentechnologie des 21. Jahrhunderts schaffen ... Die Verantwortung für die Wirtschafts- und Industriepolitik, für die wirtschaftliche Zukunft des Reviers und von NRW müssen schon die Politiker schultern, so schwierig die Aufgabe auch ist“ (Rohwedder in der Westdt. Allg. Zeitg.). Die WAZ weiter: „Insbesondere wirft der Hoesch-Chef den Politikern vor, mit Schlagworten unbedacht bei den betroffenen Arbeitnehmern einerseits Ängste zu schüren

(„Ein Flächenbrand droht.“), zum anderen Hoffnungen und Erwartungen zu wecken („Wir werden die Stilllegung nicht hinnehmen“ oder „Der Standort muß erhalten bleiben“), die niemand erfüllen könne, am allerwenigsten die Politiker selbst. „Wem also bringen solche Ergebnissadressen etwas?“ FDP-Minister Bangemann hat's fast wortgleich so verlauten lassen. Wer ist wohl wessen Vordenker?

Also: Es ist vorbei mit dem Stahl, daran sollte niemand rütteln und die Politiker sollten endlich das tun, wofür sie bezahlt werden, nämlich Verantwortung tragen – für die Gesundheit der Konzerne. In Dortmund hat man die Zeichen der Zeit erkannt: Die Stadt lockt verstärkt „High Tech“-Unternehmen in die Stadt, die Uni wird zur Forschungseinrichtung für Kapitalisten aus- und umgerüstet, ein Technologiezentrum wurde eröffnet usw. Keine Frage, wer von dieser neuen Sorte Kommunalpolitik (mit-) profitiert: Hoesch hat sich groß in den „High-Tech“-Bereich eingekauft.

– axg, Mak (BWK), Kalle (VSP)

Hoesch: Namen, Zahlen, Fakten

Die Aktien der Konzernmutter Hoesch AG befinden sich zu rund 14% in der Hand des niederländischen Konzerns Hoogovens, der Rest verteilt sich auf 100000 weitere Aktionäre. Das Sagen hat aber die Deutsche Bank: Die hat sich nämlich von den meisten Kleinaktionären die Rechte delegieren lassen. Die Deutsche Bank stellt auch den Aufsichtsratsvorsitzenden; ein weiteres Aufsichtsratsmandat hat z.B. der VW-Konzern. Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG ist der Sozialdemokrat Detlef Rohwedder, früherer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium; 1986 gewählt zum Manager des Jahres; er sitzt zugleich als Vorsitzender im Aufsichtsrat der 100%igen Hoesch-Tochter Hoesch Stahl-AG. VW ist in diesem Aufsichtsrat ebenfalls vertreten. Auf der Gehaltsliste der Stahl AG steht als Direktor der allgemeinen Verwaltung Günter Samtlebe – seines Zeichens Oberbürgermeister der Stadt Dortmund.

Zum Hoesch-Konzern gehören u.a. ein Handelsunternehmen, eine Maschinenfabrik, das „High-Tech“-Forschungsunternehmen mbp und (zu 75%) der Anlagenbauer Orenstein & Koppel. Letzterer hat gerade einen Großteil der Pleite gegangenen Weserhütte aufgekauft, an der O&K bereits seit 1984 zu 49% beteiligt

war. Das saarländische Werk der Weserhütte verfügt über solche Anlagen zur Stahlgewinnung, die Hoesch in Dortmund vor kurzem stillgelegt hatte.

Beschäftigt bei Hoesch sind noch 12000 Stahlwerker, 1973 waren es 26000. Insgesamt gibt es noch etwa 30000 Hoeschianer. Daß diese Einsparungen vermehrte Schinderei bedeuten, zeigt die Entwicklung der Pro-Kopf-Rohstahlproduktion: Sie stieg von 207 t im Jahr 1978 auf 300 t 1983. Zwischen der Hoesch AG und der Hoesch Stahl AG besteht ein Beherrschungsvertrag, d.h., Gewinne und Verluste werden an die Muttergesell-



Hoesch-Chef Rohwedder und FDP-Graf Lambsdorff

schaft weitergeleitet, die ihrerseits konzerninterne Verlustausgleiche vornimmt. Ende 1988 läuft dieser Vertrag aus. Die Stahl AG wird dann rechtlich auf sich allein gestellt sein. Das veranlaßte Konzern-Chef gegenüber Betriebsräten zu der Äußerung, „Ihr könnt dann die Stahl AG für eine Mark kaufen“; unbescheidenerweise erwiderten die Betriebsräte, wenn schon, dann hätten sie gern den ganzen Konzern.

Vor einigen Wochen hat Hoesch ein sogenanntes Spartensystem eingeführt: Innerhalb eines Betriebes wirtschaften einzelne Bereiche selbständig. Betriebswirtschaftlich und rechtlich besteht weiterhin ein Betrieb, die intern eigene Rechnungsführung jeder Sparte ermöglicht jedoch weitere Rationalisierungen und verschärften Druck auf die Beschäftigten, weil nunmehr jeder einzelne Teilbereich darauf angewiesen ist gewinnbringend zu arbeiten. Diese von Rohwedder schon lange angekündigte Spartenorganisation wurde jetzt gegen den Widerstand der Betriebsräte durchgesetzt.

Wieviel Wert Hoesch auf Sozialpartnerschaft legt, zeigt sich darin, daß nur Gewerkschaftsmitglieder eingestellt werden. Eine mit der IG Metall abgesprochene Praxis, die zwar nach der arbeitsrechtlichen Rechtsprechung nicht erlaubt ist, aber wie sagt Rohwedder? Jede Mark für betriebliche Sozialleistungen ist eine Investition.

Mehr Mitglieder bei DGB-Gewerkschaften

Zehn DGB-Gewerkschaften konnten im letzten Jahr ihre Mitgliederzahlen steigern. Die IG Metall zählt jetzt mehr als 2,6 Mio. Mitglieder (plus 10924). Die OTV hat 4000 Mitglieder mehr, insgesamt über 1,2 Mio. Die Gewerkschaft HBV bekam insbesondere aus den Bereichen Handel und Banken Zuwachs, 385166 (plus 8668). Zurückgegangen sind die Mitgliederzahlen u.a. bei der GEW, der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden und der Eisenbahnergewerkschaft. (Quelle: Welt der Arbeit, 14.1.1988) – (gba)

Personalreferat reagiert auf Forderungen

München. Im November 1987 demonstrierten ca. 5000 Beschäftigte des Münchner Gesundheitswesens gegen die schlechte Personallage und ungenügende Vergütung. Im Dezember hat das Betriebs- und Krankenhausreferat auf die Gewerkschaftsbewegung reagiert und auf einer Sitzung des Gesundheitsausschusses am 1.12.87 festgestellt: „Um die Belastungen des Pflegepersonals so schnell wie möglich zu mildern, schlägt das Betriebs-

Düsseldorfer. In 17 Städten führten am 8.1. die Mitglieder der Deutschen Postgewerkschaft Protestaktionen durch. Der Postminister hatte die Beschäftigten des Zustelldienstes gezwungen, eine ministerielle Werbebroschüre zur Privatisierung der Post zu verteilen. In einem Gewerkschaftsflugblatt heißt es: „Der Postminister benutzt die Beschäftigten der Post, um seine Pläne zur Zerschlagung der Bundespost an die Bürger zu verteilen.“ Bild: Autokorso in Düsseldorf. – (gba)

und Krankenhausreferat aufgrund nachfolgender Überlegungen vorab die sofortige Einstellung von Pflegepersonal vor.“

Einige SPD-Stadträtinnen haben am 8. Dezember u.a. die Frage gestellt, wie das Personalreferat sich den Abbau von über 30000 Überstunden vorstelle und in welchem Zeitraum die 120 Planstellen besetzt werden. Der Personalreferent Dr. Frieling hat nun für viele überraschend mit der Feststellung reagiert, daß die „Erhöhung der Attraktivität für Pflegeberufe und ein Ballungsraumzuschlag wegen hoher Lebenshaltungskosten in München“ erforderlich sei. – (rul)



Schlichtungsspruch zum Ladenschluß

Hamburg. Am 11.1. legte die Schlichtungsstelle zum Tarifvertrag über die Lage der Arbeitszeit im Einzelhandel einen Spruch vor, der gegen die Stimmen der Kapitalisten angenommen wurde. Darin heißt es: „Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit montags bis freitags endet spätestens um 18.30 Uhr. Am Sonnabend endet die Arbeitszeit spätestens um 14 Uhr; am 1. Sonntabend ... im Monat und an den vier aufeinanderfolgenden Sonntagen vor dem 24. Dezember spätestens um 18 Uhr ... Grundsätzlich sind Sonn- und Feiertage arbeitsfrei.“ Erklärungsfrist ist der 26.1. – (gba)

Ikea will längere Arbeitszeiten

Westberlin. Nachdem Ikea in der ersten Instanz hinnehmen mußte, daß drei Beschäftigten durch einstweilige Verfügung erlaubt wurde, die Plakette der HBV gegen eine Verlängerung der Ladenschlußzeiten weiter zu tragen, haben jetzt zwei Kammern des Landesarbeitsgerichts verschieden geurteilt. Zwei Beschäftigte dürfen ihre Meinung weiterhin im Betrieb sichtbar machen, dem Betriebsratsvorsitzenden Udo Hübner wurde dieses Recht vorläufig verweigert. Die Hauptverhandlung über die Sache findet am 28. März statt. In einem weiteren Prozeß gegen die Firma konnte der Betriebsrat einen Erfolg verbuchen: Der Spruch der Einigungsstelle über eine Betriebsvereinbarung zur

Arbeitszeit wurde bestätigt. Ikea darf nicht mehr länger als tarifvertraglich vorgesehen arbeiten lassen. Freie Tage, die bei dem rollierenden System auf Feiertage in der Woche fallen, werden nachgeholt. – (chk)

Daimler: Neue Firma zum Steuern sparen

Westberlin. Daimler-Benz hat die Fabrikanlagen in Westberlin im Werte von 900 Millionen DM an eine neu gegründete Daimler-Benz-Anlagen oHG überschrieben. Von dieser least der Konzern dann die Anlagen zurück. Das soll zu einer Steuerersparnis in Millionenhöhe führen. Mindestens 25 Beschäftigte muß die oHG haben. Wasserwechsler, Öler, Gärtner und einige Angestellte sind jetzt bei der oHG beschäftigt. Zwar hat der Betriebsrat die Gleichstellung mit den Beschäftigten der AG erreicht. Trotzdem, ein Anfang für eventuelle weitere Ausgliederungen ist gemacht. – (chk)

ABM: Schlimme Arbeitsbedingungen

Lüneburg. In einer ABM-„Natur- und Umweltschutz-Aktion“ müssen sechs Jugendliche im Wald mit Axt, Säge und Spaten Zäune um Schonungen bauen. Die Bezirksregierung, Stadt und Landkreis Lüneburg setzten durch, daß die Jugendlichen in dieser ABM täglich von 7.30 bis 16.15 Uhr draußen arbeiten müssen, auch bei Regen und Minusgraden, ohne eine Möglichkeit, sich unterstellen oder aufwärmen zu können. – (mic)



USA: Das Bild zeigt das Notquartier für Obdachlose im Rathaus der US-Hauptstadt Washington. Die derzeit in den USA herrschende Kälte mit Schneestürmen und Minusgraden um dreißig Grad Celsius, durch die bisher über zwanzig Menschen zu Tode kamen, trifft besonders die Obdachlosen, deren Zahl auf über drei Millionen geschätzt wird. Die Asyle sind überfüllt. In Washington wurden die Verwaltungsgebäude in Notunterkünfte verwandelt, die einen Teil der Obdachlosen aufnehmen. Andere versuchen zu überleben, indem sie über Luftschächten Planen spannen oder in windgeschützten Geschäftseingängen übernachten. Quelle: „UZ“, 9.1.88 (gba)

Kommissionen von BWK und VSP

**Dokumentiert: zwei weitere
Diskussionsergebnisse**

Wie in der „Gemeinsamen Beilage“ Nr. 3/87 berichtet, hatten sich die Leitungen von BWK und VSP auf eine Ausweitung der Kommissionstätigkeit zur Erarbeitung von begründeten Gliederungselementen für eine programmatische Erklärung geeinigt. Zwei Diskussionsergebnisse werden in dieser, ein weiteres in der nächsten Ausgabe der „Politischen Berichte“ dokumentiert. Die Diskussionsergebnisse haben noch keiner beteiligten Organisationen zur Beschlußfassung vorgelegen. – (scc)

**Arbeitsergebnisse der Kommission zum
Gliederungsteil „Revisionistische Länder“**

Der folgende Text stellt eine Zusammenfassung der von der Kommission erarbeiteten *gemeinsamen* Ansichten über die realsozialistischen Länder dar. Differenzen in der Einschätzung dieser Länder zwischen den VSP- und BWK-Mitgliedern der Kommission sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Die Kommission hat sich darauf verständigt, daß über die hier festgehaltenen Positionen hinaus in verschiedenen Bereichen ein weitergehender Klärungsbedarf in der Analyse realsozialistischer Länder besteht, und entsprechende Fragestellungen bzw. Arbeitsaufgaben entwickelt.

1. Notwendigkeit der Kritik der realsozialistischen Länder im Programm

Die Entwicklung der Gesellschaften, in denen das Proletariat im Bündnis mit anderen unterdrückten und ausgebeuteten Klassen die sozialistische Revolution durchgeführt hat, hin zu realsozialistischen Gesellschaften ist als Rückschlag der Weltrevolution zu charakterisieren. Für die Kommunisten auch in der BRD, die in den Kämpfen des Proletariats hier und heute in der BRD die gemeinsamen Interessen des internationalen Proletariats und der proletarischen Weltrevolution als Gesamtbewegung hervorheben, besteht die Notwendigkeit, sich mit den Ursachen des Rückschlags kritisch zu befassen.

Die Herausbildung der realsozialistischen Gesellschaften ist das Ergebnis von Klassenkämpfen, in denen das Proletariat in bezug auf die Durchsetzung seiner Interessen letztlich Niederlagen erlitten hat. In diesen Klassenkämpfen haben aber kommunistische Parteien eine dominierende Rolle gespielt und ihre politischen Vorstellungen weitgehend durchsetzen können. Insofern ergibt sich für revolutionäre Sozialisten, insbesondere hinsichtlich ihrer eigenen Theoriebildung und Programmatik, auch die Notwendigkeit, zu untersuchen, welche theoretischen und politischen Vorstellungen innerhalb der kommunistischen Parteien bzw. allgemein des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung die Herausbildung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die wir heute am Realsozialismus kritisieren, begünstigt haben.

Eine Differenz zwischen den BWK- und den VSP-Mitgliedern der Kommission besteht in der Frage, welche Bedeutung die realsozialistischen Verhältnisse für die Entwicklung des Massenbewußtseins der Arbeiter in der BRD haben.

Die Kommissionsmitglieder aus der VSP sind der Meinung, daß die Diskreditierung des Sozialismus durch die gesellschaftlichen Zustände in den realsozialistischen Ländern erheblich dazu beigetragen hat, daß das Ziel der sozialistischen Gesellschaft nicht mehr im breiten Bewußtsein der Arbeiterklasse gegenwärtig ist. Die Identifizierung von Sozialismus und Realsozialismus im Massenbewußtsein provoziert im Gegenteil erhebliche Zweifel an der Behauptung, eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft bringe der Arbeiterklasse tatsächlich Macht und eine grundlegende Verbesserung ihrer Lage. Solche Zweifel und Vorbehalte werden mit zunehmender Kritik an den in der BRD bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen nicht verschwinden. Dies erfordert von den revolutionären Sozialisten eine unmißverständliche Position in der Ablehnung der Verhältnisse in den realsozialistischen Ländern.

Die BWK-Mitglieder der Kommission bestreiten nicht die Ausstrahlungskraft internationaler revolutionärer Entwicklungen auf die Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD und bestreiten auch nicht, daß die realsozialistischen Länder eine solche Ausstrahlungskraft nicht haben. Sie sind aber der Auffassung, daß sich das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterbewegung in der Kritik der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse und in Abgrenzung gegen die imperialistische Bourgeoisie herausbildet und anders nicht, weder durch Ausmalung von Zukunftsperspektiven noch durch positive oder negative Beispiele. Die politische Reaktion hat im Laufe der Geschichte der BRD revolutionäre Bestrebungen mit antisozialistischer Hetze zu isolieren und zu unterdrücken versucht und hat ihre Expansionsbestrebungen gen Osten mit antisozialistischer Kritik an den Verhältnissen insbesondere in der DDR und der UdSSR, aber auch in den anderen Ländern des östlichen Europas verbunden. Die BWK-Mitglieder der Kommission wissen aus der Geschichte der Neuen Linken, daß diese nicht geringe Bestandteile dieser antisozialistischen Kritik mehr oder weniger kritiklos übernommen hat. Dies hat zur Herausbildung eines revolutionären Massenbewußtseins nichts Positives beigetragen, dem revolutionären Sozialismus vielmehr geschadet, weil dem Einfluß reaktionärer, chauvinistischer Ideologie Tür und Tor geöffnet, was zum Verlust zahlreicher Kräfte beigetragen hat. Diese in der Neuen Linken jahrelang gängige Art und Weise der Kritik, die eine „unmißverständliche Position in der Ablehnung“ deutlich machen wollte, hat im übrigen zur Analyse der realsozialistischen Gesellschaften und dazu, aus den Erfahrungen des Klassenkampfes dort zu lernen, nicht beigetragen. Wie sollte sie dann zur Herausbildung revolutionären Massenbewußtseins beigetragen haben oder zukünftig beitragen können?

2. Produktionsverhältnisse

Die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch deren Verstaatlichung beseitigt nicht die Grundlagen jeder Klassenspaltung und Klassenunterdrückung und gewährleistet nicht, daß die gesellschaftliche Produktion von den Produzenten selbst geleitet wird.

Die überkommene Organisation der Arbeit ist der wesentliche Ausgangspunkt für die Ungleichheit der Mitglieder der realsozialistischen Gesellschaften. Die Entwicklung der Arbeitsteilung – insbesondere die Trennung von Hand- und Kopfarbeit –, wie sie sich in den früheren Klassengesellschaften herausgebildet hatte, die Zementierung bzw. Vertiefung dieser Arbeitsteilung in den realsozialistischen Gesellschaften ist antiemanzipatorisch.

Für klärungsbedürftig hält die Kommission die Frage, inwieweit die Fortexistenz und Vertiefung der Arbeitsteilung nach Regionen, die eine stark zentralistische Ausprägung des Plans bedingt, eine wesentliche Ursache dafür ist, daß im Realsozialismus der Einfluß der Produzenten auf den Plan äußerst gering ist.

In den realsozialistischen Ländern bestimmen nicht die Produzenten, was mit den Früchten ihrer Arbeit geschieht. Sie haben keinen tatsächlichen Einfluß auf die Leitung der gesellschaftlichen Produktion und auf die Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Produkts.

Die Arbeiterklasse wird ausgebeutet. Es gibt eine gesellschaftliche Gruppe, die aufgrund ihrer Stellung im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß fremde Arbeit kommandiert und sich die Produkte fremder Arbeit aneignet.

Die Kommission hält die Frage für klärungsbedürftig, wie diese gesellschaftliche Gruppe sozial und klassenmäßig zu charakterisieren ist und welche spezifische Form das Ausbeutungsverhältnis in den realsozialistischen Gesellschaften annimmt.

Die BWK-Mitglieder der Kommission vertreten dazu: „In den sozialistischen Ländern, die einen ständigen Abwehrkampf gegen die Versuche des Imperialismus zu führen haben, die Herrschaft des Privateigentums wiederzuerrichten, sind durch die Entwicklung der werktätigen Intelligenz zur Klasse Klassenwidersprüche neuer Art entstanden ... Die Verfestigung statt Umwälzung der alten Arbeitsteilung, insbesondere die Trennung von Hand- und Kopfarbeit, ist die Basis für die neue Ausbeutung der Arbeiterklasse.“ (Materialien zur Programmdiskussion, Febr. 1987, S. 35) Wir sprechen dabei aus folgenden Gründen von *neuer* Ausbeutung, unterschieden von der Ausbeutung in der bürgerlichen Gesellschaft: Die wesentliche Form des Eigentums in den realsozialistischen Ländern ist das Staatseigentum und nicht das Pri-

vateigentum. Die wesentliche Aneignungsform ist nicht die Herstellung eines reinen Geldverhältnisses zwischen formell gleichen, inhaltlich völlig verschieden bestimmten Privateigentümern – nämlich nichtarbeitenden Eigentümern und arbeitenden Nichteigentümern –, sondern der Staatsplan und die in ihn eingeschlossene Verteilung von Arbeit, Arbeitsmitteln und Lebensmitteln. Die Mitglieder dieser Gesellschaft beziehen sich aufeinander nicht als Privateigentümer, sondern als Werktätige. Eine Scheidung in bezug auf das Staatseigentum findet statt zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen gesellschaftlicher Leitung, Disposition über Produktionsmittel und Arbeit auf dem einen Pol, Arbeit zur Vermehrung des Staatseigentums und Ausschluß von der gesellschaftlichen Leitung auf dem anderen Pol. –

Bestrebungen und Tendenzen in den realsozialistischen Gesellschaften, Widersprüche und Krisen des Wirtschaftssystems durch eine Erweiterung bereits vorhandener Marktelemente auf Kosten des staatlichen Eigentums und der staatlichen Planung zu lösen, richten sich gegen grundlegende Interessen der Arbeiterklasse in den betreffenden Ländern.

Gegen die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats gerichtet sind die bestehenden Tendenzen zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit und im Realsozialismus angewandten Normen und Kriterien der Verteilung.

Eine Abkoppelung der realsozialistischen Länder vom Weltmarkt war und ist sowohl möglich wie auch notwendig. Die Bestrebungen und Tendenzen in diesen Ländern zu einer verstärkten Integration in den Weltmarkt enthalten keine Perspektive auf eine Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche der realsozialistischen Gesellschaften. Sie werden vielmehr eine Verschärfung dieser Widersprüche, insbesondere der Ausbeutung des Proletariats, mit sich bringen.

Für klärungsbedürftig hält die Kommission die Frage der „internationalen Arbeitsteilung von neuem Typ“ zwischen den realsozialistischen Ländern im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der beteiligten Länder (Umfang, Bedeutung der Verflechtung etc.) und im Hinblick auf eine in dieser Arbeitsteilung möglicherweise angelegte weitere Entrechtung der Produzenten.

3. Staat

Das Absterben des Staates als eine Bedingung für die fortschreitende Emanzipation der Arbeiterklasse und der gesamten Gesellschaft kann nicht im Selbstlauf erfolgen. Notwendig sind vielmehr Maßnahmen des siegreichen Proletariats (bzw. des von ihm geführten Klassenbündnisses), die das Absterben des Staates beschleunigen. Demgegenüber ist für die realsozialistischen Gesellschaften gerade ein starker zentraler Staatsapparat kennzeichnend.

In diesen Gesellschaften nimmt der Staat die Form einer politischen Macht an, die von den Produzenten losgelöst und ihrem Einfluß weitgehend entzogen ist. Dieser Staat wird von der herrschenden gesellschaftlichen Gruppe zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen die Arbeiterklasse eingesetzt.

Die politische Entwicklung des Realsozialismus zeigt, daß für die Verteidigung der Emanzipationsinteressen der Produzenten rechtlich verbürgte Grundrechte unabdingbar sind.

Für notwendig im Sinne einer weiteren Klärung hält die Kommission eine Auseinandersetzung mit den Positionen, mittels derer die kommunistischen Parteien den starken Zentralstaat ideologisch legitimieren.

4. Klassenkampf

Wir unterstützen in den realsozialistischen Ländern die proletarischen Emanzipationsbestrebungen und alle Formen der sozialen und politischen Bewegung, die diese Bestrebungen fördern. Auffassungen, die darin eine Schwächung des Realsozialismus gegenüber der existierenden imperialistischen Bedrohung sehen, lehnen wir ab. Eine Auseinandersetzung mit solchen, auch in der BRD-Linken verbreiteten, Auffassungen ist allerdings notwendig.

Die Kommissionsmitglieder waren sich darüber im klaren, daß eine Anwendung dieser allgemeinen Aussagen auf konkrete Oppositionsbewegungen in den realsozialistischen Ländern nicht immer einfach sein wird und daß bestehende Differenzen in der Frage, welche Bewegungen zu unterstützen sind, damit noch nicht beseitigt sind.

5. Internationale Beziehungen

Wir befürworten, daß die realsozialistischen Länder die antiimperialistischen Bewegungen der Dritten Welt politisch und materiell unterstützen. Dabei sind allerdings Beziehungen zwischen den realsozialistischen Ländern und den Ländern/Befreiungsbewegungen der Dritten Welt wie überhaupt zu allen anderen Ländern unterschiedlicher wie auch vergleichbarer Gesellschaftsordnung unverzichtbar, die beruhen auf: Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, Verzicht auf militärische Aggressionen, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil. Wir kritisieren die Verletzung dieser Prinzipien, wie sie am krassesten zum Ausdruck kam in den sowjetischen Aggressionen gegen die CSSR und Afghanistan, der chinesischen Aggression gegen Vietnam, der vietnamesischen Aggression gegen Kampuchea usw. und die Rechtfertigung solcher Handlungen mit dem „proletarischen Internationalismus“. Die Verletzung dieser Prinzipien stärkt, wie in jedem Fall nachweisbar, den Imperialismus und schwächt die internationale Einheitsfront der werktätigen Klassen gegen den Imperialismus.

Zu klären ist, welche Prinzipien einer wirklich revolutionären Außenpolitik zugrunde liegen müßten.
gka, sec (BWK); DS, HJS (VSP)

Ergebnisse der Kommission zum Gliederungsteil „Frauenunterdrückung/Frauenbefreiung“

1. Die Kommission hat sich am 10.11.87 und am 30.11.87 getroffen. Vom BWK waren Martin und Tobias anwesend, von der VSP Erika und Gerti. Aufgabe der Kommission ist die Erarbeitung eines begründeten Gliederungsentwurfes zum Thema Frauenpolitik für ein gemeinsames programmatisches Dokument von BWK und VSP. Die Kommission wurde im Rahmen der Vereinbarungsverhandlungen von BWK und VSP gebildet, nachdem die VSP den Wunsch geäußert hatte, die Arbeit der Verhandlungskommission durch weitere Kräfte zu unterstützen. Der BWK ist diesem Wunsch nachgekommen, indem Mitglieder des Bundesvorstandes sich für einzelne Themen gemeldet haben.

Wenn in diesem Protokoll davon die Rede ist, daß „der BWK“ oder „die VSP“ etwas meint, erklärt ..., sind damit die auf der Kommissionssitzung Anwesenden gemeint. Auf jeweilige Beschlüsse wird gesondert hingewiesen.

2. Von der VSP wurde der Wunsch geäußert, über das Thema auch mit weiblichen Mitgliedern des BWK sprechen zu können. Die Vertreter des BWK erklären dazu:

Bei der Besetzung von Gremien und Arbeitsgruppen achtet der BWK darauf, daß verschiedene Lebenserfahrungen repräsentiert sind (z.B. Frauen/Männer, Leute mit und ohne Abitur etc.). Wegen der zeitlichen Dringlichkeit der Besetzung zusätzlicher Arbeitsgruppen hat der BWK in diesem Fall nur aufgrund freiwilliger Meldungen im Bundesvorstand verfahren können. Weibliche Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich für diese Arbeitsgruppe nicht gemeldet. Eine beschlußmäßige Verpflichtung auf Mitarbeit für weibliche Mitglieder, mit der Begründung, sie seien weiblich, ist im BWK statutarisch verboten (Antidiskriminierungsbestimmung).

Die Vertreter des BWK weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in der zentralen Verhandlungskommission vom BWK zwei weibliche und ein männliches Mitglied arbeiten, von der VSP jedoch zwei männliche Mitglieder.

3. Vom BWK werden zum Thema drei Dokumente von Delegiertenkonferenzen benannt:

„Entschließung zur Frauenbewegung“, veröffentlicht in „Ergebnisse der 5. ordentlichen DK des BWK, 1985“, und das Statut des BWK, veröffentlicht u.a. in „Materialien zur Programmdiskussion, 1987“. Als eine Auswirkung der Aufnahme einer Antidiskriminierungsbestimmung in das Statut des BWK hat der Bundesvorstand zur letzten DK einen Bericht „Überlegungen zur Diskriminierung“ vorgelegt. Dieser Bericht wurde von der DK ge-

billigt und in den Politischen Berichten Nr. 22/87 abgedruckt.

Von der VSP wird dargelegt, daß in Programm und Statut der VSP Ausführungen zum Thema enthalten sind. Diese Festlegungen sollen durch Beschluß über eine Frauenplattform der VSP ergänzt werden. Dazu gibt es einen Antrag an die 1. Delegiertenkonferenz der VSP, der in der Beilage (2) zur SoZ Nr. 20 abgedruckt ist. Dort sind auch Diskussionsbeiträge zur statutarischen Behandlung von Gewalt gegen Frauen enthalten.

4. Darüber, welche Fragen (wie) in einem gemeinsamen Programm behandelt werden müssen, wurden verschiedene Meinungen zusammengetragen. Darüber, daß die folgenden Punkte im Programm behandelt werden müssen, bestand Einigkeit, es konnte aber nur kurz darüber diskutiert werden:

- Was ist Frauenunterdrückung, wie ist der Zusammenhang zwischen Klassenunterdrückung und Geschlechterunterdrückung? Die „klassische“ Position von Haupt- und Nebenwiderspruch ist nicht haltbar. (VSP)
- Welches Interesse hat der Kapitalismus am Patriarchat? Welche Rolle spielt dabei die Kleinfamilie? Kritik der Familie und der Geschlechterrollen. (VSP)
- Was ist die materielle Basis, die Wurzel des Patriarchats in der modernen Gesellschaft? Welche Rolle spielen hier einerseits Tradition und andererseits neue Entwicklungen in der Gesellschaft? (BWK)
- Wie steht man zur Frauenbewegung und deren Forderungen, welche Forderungen sind besonders wichtig? (VSP)
- Die Entwicklung der eigenen programmatischen Position muß eine Stellungnahme zur Positionsentwicklung bei den Grünen und Autonomen enthalten. (BWK)
- Wie vermitteln sich Klassenunterdrückung und Frauenunterdrückung. Wie vermittelt sich das konkret in der Gesellschaft der BRD bzw. in den entwickelten kapitalistischen Ländern? Ohne eine wissenschaftliche Klärung dieser Frage sei keine Solidarität auf marxistischer Grundlage möglich. (BWK)
- Befreiung der Frau oder Befreiung des Menschen? (BWK)

In der Diskussion gehen die Meinungen über die Frage, was behandelt werden muß, nicht so sehr auseinander. Unterschiedliche Standpunkte wurden jedoch dort deutlich, wo konkrete Antworten auf jene Fragestellungen besprochen wurden. Differenzen wurden in der Diskussion bei folgenden Fragen sichtbar:

1. Es wurden verschiedene Meinungen zur Frage geäußert, was die gesellschaftliche Wurzel des Patriarchats sei. Es wird von BWK und VSP dargelegt, daß zu diesem Punkt innerhalb der Organisationen Debatten geführt werden, bei denen es noch nicht zu einer abschließenden Standpunktbildung und -darlegung gekommen sei.

2. Es war strittig, ob die Untersuchung der Produktionsverhältnisse zur Klärung der angesprochenen Fragen notwendig und ausreichend ist (BWK) oder ob dies eine „klassisch“ verengte Sichtweise ist, die in der Theoriebildung bisher nicht erfaßte Faktoren bzw. Bereiche unberücksichtigt läßt (VSP). Die Diskussion über diese Frage konnte nicht vertieft werden. Es war nicht klar, ob die Meinungsverschiedenheiten aus einer unterschiedlichen Definition des Begriffs „Produktionsverhältnisse“ resultieren oder andere Ursachen haben.

3. Die VSP geht davon aus, daß die Frauenunterdrückung kein Nebenwiderspruch ist, sondern als eigenständige Unterdrückung unabhängig von der Klassenzugehörigkeit besteht. D.h. die Unterdrückung der Frau durch den Mann findet in der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie statt. Dabei geht es nicht um einzelne Patriarchen, sondern darum, daß alle gesellschaftlichen Strukturen patriarchalisch sind. Vom BWK wird dagegen erklärt, daß das Patriarchat in erster Linie in Abhängigkeit besteht, und zwar in Abhängigkeit von Einkommensquellen. Daher sei die Stellung der Frau in den verschiedenen Klassen verschieden. In der heutigen Monopolbourgeoisie gäbe es z.B. wahrscheinlich kein Patriarchat.

In der Kommission wurde Einvernehmen über folgende Punkte erzielt:

1. Das Patriarchat hat seine Wurzel *nicht* in der Natur des Mannes. Es ist nicht biologisch bestimmt, sondern sozial.
2. Bei der Kritik des Patriarchats sind Verhältnis und Zusammenwirken von Tradition und Neubildung patriarchalischer Ideologie und Wirklichkeit zu berücksichtigen. Es muß ausge-

führt werden, auf welchen Beziehungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft das Patriarchat beruht.

3. Das Patriarchat heute baut auf kulturellen Überlieferungen vorkapitalistischer Zeiten auf. Die patriarchalische Ideologie ist ein fester Bestandteil der abendländischen Kultur und trägt zur Stabilisierung patriarchalischer Strukturen im Kapitalismus bei. Worin bestehen die Grundpfeiler dieser Ideologie, und was ist dagegen einzuwenden?

Die Ausarbeitung des Punktes 3 muß nach Meinung der VSP ergänzt werden um internationale Aspekte des Kampfes gegen das Patriarchat. Die VSP geht davon aus, daß es weltweit ein Patriarchat gibt. Dies ist Grundlage einer weltweiten Frauenbewegung, zu der im Programm Position bezogen werden muß.

4. Die Familie muß als Stützpfeiler des Patriarchats kritisiert werden. Die Kommission begrüßte in diesem Zusammenhang die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe „Konservative Frauenpolitik“ des Kongresses Revolutionärer Sozialist(inn)en im November 1986, in denen es u.a. heißt:

„Wir wenden uns gegen die Idealisierung der Familie, die biologistische Rollenzuschreibung der Frau als Hausfrau und Mutter, gegen alle Versuche, Frauen das Recht auf Erwerbsarbeit unter Hinweis auf ihre Rolle als Mutter, Alten- und Krankenpflegerin zu bestreiten.“

Die Arbeitsgruppe warnt vor allen Vorstellungen, die einer reformierten Familie emanzipatorische Wirkung beimessen. Die Familie als Ausdruck und Stützpfeiler des Patriarchats ist auf Unselbständigkeit, Abhängigkeit und Unterdrückung insbesondere der Frau gegründet.

Die Arbeitsgruppe wendet sich gegen eine Politik, die Frauen in die Rolle von Zuverdienerinnen verweist. Kapovaz, Teilzeitarbeit, Hausfrauenschichten usw. schaffen nicht Frauen Zugang zur Erwerbsarbeit, von der sie leben können, sondern dienen dazu, die Erwerbsarbeit von Frauen billigt auszubeuten und auf untergeordnete Tätigkeiten zu beschränken.“

Die Kommission teilt diese Feststellungen.

5. Die geschlechtsspezifische Verteilung der Erwerbsarbeit in Verbindung mit dem bestehenden Lohnsystem ist ein weiterer Stützpfeiler des Patriarchats und muß bekämpft werden. Es soll in dieser Hinsicht eine Verständigung über die gewerkschaftliche Politik in diesem Bereich stattfinden. Bestrebungen, die auf eine Erhöhung des Frauenanteils in sogenannten „Männerberufen“ abzielen, sind zu unterstützen.

Als besonders diskriminierend werden von der Kommission jene Berufe empfunden, die exklusiv auf ein Geschlecht beschränkt sind (z.B. Sekretärin). In solchen Berufen gehört die gesellschaftlich aufgezwungene Geschlechterrolle zu den Qualitätsmerkmalen. Es sollen alle Bestrebungen zur Aufhebung dieser Diskriminierung unterstützt werden.

Ein entscheidender Faktor zur Erzeugung und Zementierung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ist das Nachfrageverhalten der Kapitalisten auf dem „freien“ Arbeitsmarkt. Es muß überlegt werden, wie diesem Nachfrageverhalten Schranken gesetzt werden können (Quotenregelungen usw.).

Bei der Diskussion über die Stellung zur Frauenbewegung und verschiedene Forderungen aus der Frauenbewegung bestand Einigkeit darüber, daß es sich bei der Frauenbewegung nicht um eine programmatisch einheitlich zu fassende Bewegung handelt, sondern verschiedenste Strömungen vorhanden sind.

Die VSP bezieht sich auf die „autonome Frauenbewegung“, möchte diese unterstützen bzw. begreift sich als Teil dieser Bewegung.

Die Vertreter des BWK erklären, daß es bei Stellungnahmen zur Frauenbewegung nötig sei, jeweils die Positionen zu benennen, die man unterstützt bzw. ablehnt. Sie sähen sich als Marxisten jenen Kräften aus der Frauenbewegung verbunden, die nach Emanzipation durch Überwindung des Geschlechterdualismus streben.

Eine kurze Diskussion über die Forderung nach einem Verbot von Pornographie ergab, daß die VSP diese Forderung in die Frauenplattform aufgenommen hat. Der BWK hat hierzu keine Beschlüsse gefaßt. Die Vertreter des BWK kritisierten die „EMMA“-Kampagne in verschiedener Hinsicht und lehnten aus ihrer Sicht eine Unterstützung der Kampagne ab. (4.1.1988, Protokoll: Erika und Tobias)

Bücher

Antifaschistische Kinder- und Jugendbücher

Damals war es Friedrich

Unter diesem Titel hat H. P. Richter die Geschichte der Freundschaft zwischen einem jüdischen und einem deutschen Jungen im faschistischen Deutschland bis 1942 dargestellt. Das Buch stand auf der Auswahlliste zum Deutschen Jugendbuchpreis. In den USA erhielt es einen Preis für das beste Jugendbuch eines nichtamerikanischen Autors. Diese breite Billigung durch maßgebliche Erzieher ist bedenklich. Zwar erfahren Jugendliche von zahlreichen Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber den Juden. Aber für die Leser gibt es keine Erklärung, in wessen Interesse die faschistische Herrschaft errichtet wurde. Einige Kleinbürger erscheinen als Nutznießer des Pogroms am 30.11.1938, der Enteignung und Verhaftung von Juden. Von Kapitalisten ist keine Rede. Entsprechend verkürzt ist die Darstellung von Widerstandskämpfen. Als fortgeschrittenste Position bietet Richter die Rede eines Lehrers dar, der die Mitschüler des jüdischen Jungen Friedrich bittet, dessen Freunde zu bleiben, im übrigen aber als Tatsache und als Begründung der Judenverfolgung darlegt, die Christen trügen den Juden noch immer nach, daß diese Jesus gekreuzigt hätten. (Hans Peter Richter, Damals war es Friedrich, dtv 7800, 4,80 DM – anl)

Als Hitler das rosa Kaninchen stahl

Das rosa Kaninchen ist eines der Kuscheltiere von Anna, die mit neun Jahren mit ihrer Familie am Wahltag 1933 aus Berlin flüchtet. Anna läßt das Kaninchen mit vielen Spielsachen zurück, und es wird mit dem Hausrat der Familie wenige Tage später beschlagnahmt. Erst bei den Fluchtvorbereitungen wird es Anna klar, daß sie Jüdin ist. Das Buch hat deutlich autobiographi-

schen Hintergrund; der Vater der Autorin, die in England lebt, war Alfred Kerr, ein berühmter Feuilletonist der Weimarer Republik. Judith Kerr schildert Annas Leben in Berlin, die Flucht nach Zürich, später nach Paris, am Ende des Buches nach London. Anna und ihr zwei Jahre älterer Bruder Max erleben den drastischen Niedergang des Familieneinkommens (der Vater kann im Ausland kaum Geld verdienen) teilweise als Abenteuer, haben aber auch mit erheblichen

MTB Zeitgeschichte Berlin, 8. März 1933: Der Massenwahn kündigt sich an. Anna retet mit ihrer Familie in die Schweiz. Es ist der allerletzte Moment.

Judith Kerr **Als Hitler das rosa Kaninchen stahl**



Deutscher Jugendbuchpreis

Schwierigkeiten zu kämpfen: beim Finden neuer Freunde, bei der Auseinandersetzung mit Antisemitismus, beim Zurechtfinden in fremden Schulsystemen und dem Erlernen des Französischen. Über den Onkel Julius, der in Berlin zurückbleibt und mit Anna korrespondiert, bis er sich das Leben nimmt, bleibt die Verbindung zur Entwicklung im faschistischen Deutschland bestehen. Das Buch ist bei allem Ernst humorvoll und für Zehnjährige interessant. So wird etwa der entsetzte Ausruf der wohlhabenden Großmutter bei einem Besuch in Annas Pariser Wohnung, „So sollten Kinder nicht aufwachsen“, zum geflügelten Wort in der Familie. Das Buch erschien 1971, auf deutsch 1973 und 1987. (Judith Kerr, Als Hitler das rosa Kaninchen stahl, Ravensburger Taschenbuch 600, DM 5,80 – ael)

Das Tagebuch der Anne Frank

Zu ihrem 13. Geburtstag im Juni 1942 erhält Anne F. ein Tagebuch geschenkt. Ab diesem Zeitpunkt schreibt sie darin Briefe an eine gedachte Freundin. Anne will sich mit ihr über alles, was sie beschäftigt, auseinandersetzen: Rebellion gegen die Erwachsenen, ihre eigenen Bedürfnisse, über die politische Situation, die ihre Entwicklung belastet. Anne F. ist Jüdin. Die Familie emigrierte 1933 nach Holland und ist 1942 gezwungen auch hier vor den Faschisten zu fliehen, indem sie mit vier weiteren Personen in ein Hinterhaus in Amsterdam zieht – abgeschlossen durch eine Geheimtür. Holländische Freunde versorgen sie. Anne F. schildert die alltäglichen Schwierigkeiten im Zusammenleben und erzählt von den Hoffnungen der „Untergetauchten“: „Vater hat zum 20. Mai (1944, d. Verf.) fünf Flaschen Yoghurt bei einer Wette ... verloren. Die Invasion ist wirklich noch nicht gekommen. Ich kann ruhig sagen, daß ganz Amsterdam, ganz Niederland, ja, die ganze Westküste von Europa bis herunter nach Spanien Tag und Nacht von der Invasion spricht und debattiert, darauf wettet und ... hofft!“ Nach der Invasion am 6.6.1944 werden Zukunftspläne geschmiedet. Anne rechnet damit, im Oktober wieder auf die Schule gehen. Im August 1944 werden alle verhaftet, im März 1945 stirbt sie im Konzentrationslager Bergen-Belsen. (Das Tagebuch der Anne Frank, dtv-Taschenbuch – ccs)

Der überaus starke Willibald

In einem großen Haus lebt friedlich ein Mäuserudel – so lange, bis eines Tages der überaus starke Willibald die Angst der Mäuse vor der großen getigerten Katze ausnutzt und sich zum Boß erklärt. Von nun hat jeder auf sein Kommando zu hören. Nur Lillimaus, die wegen ihres weißen Fells und ihrer roten Augen in die Bibliothek verbannt wird, wehrt sich. Ihre Chance sind die Bücher, in de-

nen sie zu stöbern beginnt. Sie bringt sich das Lesen bei und beginnt mit den Geschichten, die sie erzählt, den Keim des Mißtrauens und des Widerstandes gegen Willibald und seine Clique zu säen.

Anschaulich und spannend wird Aufstieg und Niedergang des Mäuseran-Willibald erzählt; wie er sich Privilegien verschafft und dazu äußere (die Katze) und innere Feindbilder (Lillimaus, die Albinomaus) aufbaut, indem er gegen die Andersartigkeit hetzt; wie alle Freiheiten im Rudel eingeschränkt werden und das für Ziele (den Mäusehimmel, d.h. den Speck unter der Küchendecke), die unerreichbar sind und sogar einige Mäuse das Leben kosten. Wenn am Ende Willibald entmachtet ist und wieder demokratische Verhältnisse im Rudel einkehren, haben alle dazugelernt. (Willi Fährmann, Der überaus starke Willibald, Arena-Verlag, 1983, für Kinder ab 6 Jahren – u.b.)

Jüdische Kinder im Faschismus

Die Schriftstellerin Klara Ascher-Pinkhoff erhielt den Deutschen Jugendbuchpreis für das 1962 erstmals erschienene Buch. In den Kinderbüchereien ist es für Kinder ab zwölf Jahren empfohlen. Die Geschichten sind in historischer Reihenfolge gruppiert – die Anfänge der Judenverfolgung, die Gettobildung, die Absonderung der Kinder in besonderen Schulen, die zahlreichen Verbote; die ersten Sammeltransporte; Kinder in den Konzentrations- und Vernichtungslagern. K. Ascher-Pinkhoff beschreibt, wie für viele Kinder die rassistische Verfolgung völlig unverständlich ist, weil sie von den Erwachsenen auch nicht unterrichtet werden über das, was wirklich passiert. Der Widerstand gegen den Faschismus erscheint bei ihr entweder als die Bemühungen verschiedener Organisationen, Kinder ins nicht von den Faschisten besetzte Ausland zu evakuieren, oder als die Mißachtung der faschistischen Rassenge-

setze und -verordnungen durch die normalen Leute in Deutschland. Gegen die Behauptung, „von allem nichts gewußt zu haben“, stellt die Autorin die Feststellung, daß auch die Kinder dieser Zeit bemerkt haben müssen, daß und welche Verfolgung stattfand. Sie war für die Kinder genauso wie für die Erwachsenen unübersehbar. Über die Ursachen der Verfolgung und die politischen und wirtschaftlichen Absichten erfährt man allerdings kaum etwas in dem Buch. (Klara Ascher-Pinkhoff, Sternkinder, C. Dressler-Verlag, 28,- DM – uld)

Bummi – Tiergeschichten

Der Schriftsteller Friedrich Wolf, der insbesondere in der Weimarer Republik mit Theaterstücken wie „Cyankali“ berühmt wurde, ist in der BRD leider weitgehend unbekannt. Seine Werke werden nicht aufgelegt, und auch im Schulunterricht findet er keinerlei Erwähnung. Noch weniger bekannt sein dürfte, daß er neben seinen zahlreichen

Die meisten Tiergeschichten haben keinen direkten politischen Hintergrund, anders die Geschichte von „Kiki“, dem kleinen Hühnerhund:

Eines Tages taucht er in einem Straflager, am Rande der Pyrenäen auf und freundet sich insbesondere mit den inhaftierten spanischen Freiheitskämpfern an. Als der Wiener Berthel sich gegen die Schikanen der Posten zur Wehr setzt und deswegen geschlagen wird, greift Kiki den Posten an (Bild). Ein andermal sollen die Interbrigadisten zwangsweise an einer feierlichen Fahnenhissung teilnehmen, doch Kiki läßt die ganze Zeremonie platzen, indem er zum Hornistensignal begleitend jault. Kiki wird von den Posten gehetzt und soll erschossen werden, falls er jemals wieder im Lager auftaucht. Dennoch erscheint Kiki wieder außerhalb der Baracke. Von den Posten wird er in einen Stacheldrahtverhau gejagt und von allen Seiten mit Bajonetten bedroht und auch verletzt. Die Interbrigadisten protestieren lautstark und die Wachtposten wen-



Dramen auch Kindergeschichten geschrieben hat, wie die in der Überschrift erwähnten Tiergeschichten. Dazu schreibt er: „Und wenn man in diesem Büchlein nicht bloß den sichtbaren Worttext liest, sondern auch etwas den Unterton zu hören vermag, so wird man vielleicht in jeder dieser Tiergeschichten ein Motiv vernehmen – nicht das des ‚Kampfes der Klauen und Zähne‘ sondern die leise Melodie der Freundschaft und gegenseitigen Hilfe ...“

den sich nun gegen sie. Kiki rettet sich in dem Tumult. Schwer verletzt schleppt er sich in die Baracke. Trotz aller Bemühungen gelingt es den Interbrigadisten nicht, Kiki gesund zu pflegen. Auch das Kantine Mädchen Peppa hilft ihnen dabei, die sich bei dieser Gelegenheit mit den Interbrigadisten anfreundet. Peppa beerdigt Kiki in Freiheit außerhalb des Lagers. (F. Wolf, Bummi – Tiergeschichten, Aufbau-Verlag Berlin, DDR – gug)

Bürgerliche Schriften zu „Dienstleistungen“

Angebotsorientierte Theorie und Dienstleistungen

Eine Politik, die der Vertretung und Förderung proletarischer Interessen in und gegenüber den öffentlichen Einrichtungen verpflichtet ist, sieht sich gegenwärtig zahlreichen Schwierigkeiten gegenüber. Wie soll der anhaltenden „Privatisierung“ öffentlicher Einrichtungen und dem damit verbundenen Angriff auf Löhne und Arbeitsbedingungen der in solchen Einrichtungen Beschäftigten entgegengetreten werden? Wie sollen die von reaktionärer Seite unter Losungen wie „Subsidiarität“, „Zurück zur Familie, zur Nachbarschaftshilfe“ usw. bestrittenen Ansprüche aller Lohnabhängigen auf solche öffentlichen Dienstleistungen verteidigt werden? Wie die belastende Spaltung in diesen Fragen zwischen Lohnabhängigen mit gehobenen Einkommen, die von der imperialistischen Reaktion auf den Pfad der Privatversicherung, der Privatschulen usw. gelockt werden, und den Lohnabhängigen in den unteren Lohnzonen, die sich solche Privat-,freiheiten“ gar nicht leisten können, entgegengewirkt werden? Die folgenden Rezensionen – in der Reihenfolge des Erscheinens der Schriften – versuchen einen Überblick zu geben über die auf reaktionärer Seite umlaufenden Vorstellungen und Absichten hinsichtlich der Gestaltung und Zukunft des „Dienstleistungssektors“, speziell der öffentlichen Dienste. – (alk, chc, rül, zem)

Jean Fourastié: „Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts“ (1954)

Der französische Autor gilt als einer der „Klassiker“ der bürgerlichen Theorien über die „Dienstleistungsgesellschaft“. Fourastié muß zur angebotsorientierten Richtung gerechnet werden: Ein Trend zur Dienstleistungsgesellschaft sei aus der unterschiedlichen Entwicklung der Produktivität zu erklären (eine andere Richtung sucht Erklärungen auf der Nachfrageseite: wachsende Einkommen ergäben wachsende Ausgaben für hochwertige Güter und Dienstleistungen). Nach Fourastié besteht eine historische Tendenz zur Verschiebung in der Beschäftigtenstruktur. Der technische Fortschritt (gleichbedeutend mit der Produktivität je Arbeitsstunde) entwickle sich in verschiedenen Produktionszweigen ungleich:

„Ich möchte als *primär* alle Produktionszweige mit mittelmäßigem technischem Fortschritt (Landwirtschaft), als *sekundär* alle Wirtschaftszweige mit starkem technischem Fortschritt (im wesentlichen Industrie) und als *tertiär* alle wirtschaftlichen Tätigkeiten bezeichnen, die nur einen geringen technischen Fortschritt kannten und kennen (Handel, Verwaltung, freie Berufe, Dienstleistungsberufe u.ä.).“ (S. 30)

Daraus folgt nach Fourastié, daß die Nachfrage nach Arbeitskraft im sekundären Bereich kontinuierlich abnimmt, auch der primäre Bereich gibt Arbeitskräfte ab, die freigesetzten Arbeitskräften können nur im arbeitsintensiven Dienstleistungsbereich Beschäftigung finden. Während zu Beginn des Kapitalismus um 1800 noch 80% aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und nur je 10% im sekundären und tertiären Bereich beschäftigt waren, würde der primäre Bereich auf rund 10% absinken, der sekundäre auf zunächst 45% ansteigen, um dann bis etwa zum Jahre 2000 wieder auf 10% abzusinken. Der Anteil des tertiären Sektors betrüge dann 80%. Diese Entwicklung sei auch deshalb unvermeidlich, weil das Nachfrageverhalten verschieden elastisch sei:

„Sättigung des Verbrauchs tritt zuerst bei den primären Gütern ein, später bei den sekundären. Hingegen bleibt die Erzeugung der tertiären Güter, die nicht vom technischen Fortschritt profitieren, immer so gering, daß keinerlei Erscheinungen der Verbrauchssättigung zu befürchten sind: die Nachfrage immer breiterer Volksschichten nach

tertiären Gütern und Dienstleistungen nimmt unaufhörlich zu.“ (S. 32)

Fourastié gehört vielleicht mit Keynes zusammen zu den theoretischen Vätern des Sozialliberalismus. Er entwickelt eine Strategie, die den Staatsapparat als wichtiges Instrument zur Förderung des „technischen Fortschritts“, also der beschleunigten Kapitalakkumulation, benutzt und die politisch ein Bündnisangebot an die akademisch gebildeten Lohnabhängigen gegen die Arbeiterbewegung darstellt. Diese Strategie tritt als Theorie vom „Wohlfahrtsstaat“ an, das mag wahrscheinlich der Grund sein, warum das Buch in der BRD vom DGB-eigenen Bund-Verlag veröffentlicht wurde, und das Vorwort der „deutschen Arbeiterbewegung“ begeistert empfiehlt, es sich als „wissenschaftliche Erkenntnis“ anzueignen. Fourastié malt die Zukunft der „tertiären Zivilisation“ aus:

„Geistige Bildung und Kultur werden glänzend sein; die Hälfte oder drei Viertel der Bevölkerung werden eine hochschulmäßige Bildung haben. Bildungsstand, aufgelockertes Wohnen, Freizügigkeit und Initiative selbst in untergeordneter Arbeit und die Vielfalt der Verkehrsmittel und Erholungsmöglichkeiten werden in wenigen Generationen die individualistischen, persönlichen Neigungen des Menschen fördern und entwickeln.“ (S. 310f.)

Für Fourastié ist es gar keine Frage, wer die Nutznießer des Wohlfahrtsstaates sein werden. Er unterscheidet zwischen „Lebensweise“ und „Lebensstandard“ als Merkmalen des Wohlstands. Ersteres beziehe sich darauf, „daß der Mensch mit steigendem Realeinkommen Wünsche und Bedürfnisse entwickelt, die sich durch sein Geldeinkommen nicht befriedigen lassen. Er wird z.B. anspruchsvoll in der Wahl seines Berufes“. (S. 244) Aber auch bei den Dingen des „Lebensstandards“ entwickle sich der Trend weg von dem Banalen (Lebensmitteln, Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs) hin auf „Dinge, die nicht vom Fließband kommen, auf Bucheinbände, wie sie nicht jeder hat, auf ein Tafelservice mit den eigenen Initialen, auf Originalgemälde und echt französische Weine“. (S. 275) Und vor allem Dingen gibt's dann noch den „kollektiven Hunger nach Tertiärem“, der sich darin ausdrücke, daß die geistige Arbeit zunehmend bedeutender werde, „daß *Kartoffeln am Schreibtisch angebaut werden*“. (S. 276). Nun verschweigt Fourastié aber keineswegs, was das Schicksal jener sein wird, die sich weiterhin nach den Kartoffeln bücken müssen und nicht von vergoldeten Tellern essen. So seien etwa Überproduktionskrisen mit Arbeitslosigkeit unvermeidlich:

„Eine Wirtschaftskrise tritt zu einem bestimmten Zeitpunkt ein, weil die wirtschaftliche Entwicklung eine Änderung der Produktion erfordert. Es wäre utopisch, zu glauben, daß dies ohne Störungen und ohne Leiden für den Menschen vor sich gehen könnte.“ (S. 220) Und er fordert eine Ergänzung der keynesianischen Politik der Wirtschaftsbelebung durch zusätzliche (staatliche) Nachfrage: „Eine wirkliche Abhilfe für Krisen darf nicht allein in irgendwelchen finanzpolitischen Maßnahmen gesucht werden, sondern in einer dauernden Erforschung der Wünsche des Verbrauchers, in einer möglichst genauen Anpassung der Struktur der wachsenden Produktion an die Struktur des wachsenden Verbrauchs und endlich in einer geschickten Lenkung der Arbeitskräfte aus den ‚gesättigten‘ in die Wirtschaftszweige, die den kaufkräftigen Bedarf nicht voll befriedigen können.“ (S. 221)

Fourastié deutet an, welche Opfer die Arbeiter neben hoher Mobilität noch zu bringen hätten: Eine Verkürzung der Arbeitszeit, schreibt er, „könnte den unbefriedigten tertiären Bedarf so hoch ansteigen lassen, daß dadurch der Lebensstandard nicht weit über seiner jetzigen Höhe blockiert würde. Die Menschheit muß sich also fragen: Sollten wir diese Beschränkung des Lebensstandards hinnehmen oder die jetzige Arbeitszeit beibehalten und dadurch versuchen, ihn zu erhöhen? Die Antwort wird nicht leicht zu finden sein, da ein Mensch, der sich dieser Probleme nicht bewußt ist und dem anderes weit mehr am

Herzen liegt als Geist, Kultur und Zivilisation allzugern nicht mehr arbeitet, als zu direkten Befriedigung der dringlichsten Bedürfnisse notwendig ist.“ (S. 281)

Die Lockung mit der Karriere vom Handarbeiter zum Kopfarbeiter für (fast) jedermann (mit „Geist, Kultur ...“) wird ergänzt durch Drohungen gegen diejenigen, die trotzdem ihre „dringlichsten Bedürfnisse“ befriedigt haben wollen:

„Schon heute erleben wir, daß ein- oder zweihunderttausend Arbeiter einer Schlüsselindustrie das Wirtschaftsleben einer Nation bedrohen können. In der tertiären Zivilisation werden einige Hunderte von Spezialisten die Herren über das Schicksal von Millionen von Menschen sein. Dies läßt die Notwendigkeit eines Staates ahnen, der die Wahrung der Gemeininteressen durchsetzen kann.“ (S. 311)

Jean Fourastié, *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*, Paris 1949, deutsche Ausgabe: Bund-Verlag, Köln 1954

Milton Friedman: „Kapitalismus und Freiheit“ (1971)

Milton Friedman, Professor in Chicago (USA), gilt als einer der „Väter“ der „angebotsorientierten Wirtschaftstheorie“ oder des „Monetarismus“. Die Aufsatzsammlung „Kapitalismus und Freiheit“, entstanden nach Vorlesungen in den Jahren 1956/57, wurde erstmals Anfang der 60er Jahre unter der Regierung Kennedy in den USA veröffentlicht.

Friedman selbst bezeichnet sich im Vorwort als Liberaler und Anhänger von Jeremias Bentham. Wie schon dieser reaktionäre englische Soziologe des 19. Jahrhunderts verfolgt er das Ziel, für alle reaktionären Angriffe auf Lohnabhängigeninteressen eine Rechtfertigung zu fabrizieren. Diese lautet: Nur so sei „Bürgerfreiheit“ möglich.

In seinem Aufsatz „Die Rolle des Staates in einer freien Gesellschaft“ beschreibt er, daß „Bürgerfreiheit“ nur durch Zerstörung des Zusammenschlusses der Lohnabhängigen gegenüber den Kapitalisten zu erreichen ist: „Ein äußerst schwieriges und für diesen Sektor spezifisches Problem bilden die Zusammenschlüsse der Arbeiter ... Die Freiheit, sich zusammenzuschließen und die Freiheit, miteinander zu konkurrieren, erweisen sich hier als ein besonders akutes Problem.“ (S. 50)

Wie der Angriff auf dieses „Problem“ im einzelnen entwickelt werden soll, skizziert Friedman dann oft nur knapp. Interessant ist ein Vergleich seiner Vorschläge mit dem Wirken der Regierung Kohl. So sind laut Friedman mit bürgerlicher Freiheit unvereinbar:

- ein staatliches Post- und Fernmeldemonopol;
- alle Preissubventionen für die Landwirtschaft;
- Mietkontrollen, jeder gemeinnützige Wohnungsbau;
- gesetzliche Mindestlöhne und Höchstzinsen;
- jede staatliche Kontrolle von Banken, Transportwesen, Rundfunk und Fernsehen.

In dem Aufsatz „Die Rolle des Staates im Erziehungswesen“ entwickelt Friedman, wie und warum das Schulwesen privat sein soll. Als Ziel propagiert er die Abwälzung aller Ausbildungskosten von den Kapitalisten auf die Lohnabhängigen. Am besten sei es, „die Kosten für die Erziehung (gemeint ist die Schulausbildung, d. Red.) den Eltern direkt aufzuerlegen.“ Begründung: „Dies würde die ganze Staatsmaschine zum Verschwinden bringen, die heute noch erforderlich ist, um die Steuern von allen Einwohnern während ihres ganzen Lebens einzutreiben und sie meist diesen Leuten nur zurückzugeben während der Zeit, in der ihre Kinder auf der Schule sind.“ Scheinbar polemisiert er damit gegen den sogenannten „Familienlastenausgleich“: Ehegattensplitting, Kindergeld, Kinderfreibeträge usw. In Wirklichkeit sollen die Kapitalisten restlos von Ausbildungskosten befreit werden.

Dazu entwickelt er folgendes Modell: Alle Schulen werden privat betrieben als Geschäft und konkurrieren um Schüler. Die Eltern der Schüler erhalten staatliche „Gutscheine“. Mit diesen kaufen sie sich „Unterricht“. Die

Kontrolle darüber, daß die „Gutscheine“ für die Ausbildung der Kinder verwendet wurden, soll über die jährlichen Steuererklärungen erfolgen. So bekämen die Eltern die „Freiheit“, ihre Kinder dort auszubilden, wo sie wollten, und darin, worin sie wollten, während gleichzeitig die Schulen sich um eine „gute“ Ausbildung bemühen müßten und – so Friedman mehr beiläufig – auch die Gehälter der Lehrkräfte auf „Marktniveau“ gesenkt würden. Als einzig erlaubten Einwand gegen sein Modell läßt Friedman die Gefahr des Überhandnehmens religiöser Schulen gelten. Diese Gefahr sei früher real gewesen, heute jedoch wegen der Verstärkung und der damit gestiegenen „Wahlfreiheit“ vernachlässigbar.

Seine volle Pracht entfaltet dieses „private Schulsystem“ in Verbindung mit beruflicher und Hochschulausbildung. Der staatliche „Gutschein“ soll nämlich nur die „Ausbildung zum Staatsbürger“ – was immer das sein soll, bleibt im Dunkeln – finanzieren helfen. Jede berufliche und Hochschulausbildung dagegen sei private „Investition“ der Auszubildenden „in sich selbst“ und damit auch privat zu finanzieren – durch Zuschüsse der Eltern, eigene Arbeit oder durch Kredit. Das Gesamtmodell also ist: Ein privates Bildungswesen, evtl. von großen Konzernen direkt betrieben, mit Ausbildungsplänen, die ohne jedes staatliche Dazwischentreten an der Nachfrage der großen Konzerne ausgerichtet sind. Da alle Rechtsverhältnisse über den „Kauf“ und „Verkauf“ von Ausbildung vermittelt sind, wären die Lohnabhängigen gegenüber solchen Schulen völlig rechtlos. Jede Einflußnahme wäre über Geld vermittelt und folglich auch nach Einkommen gestaffelt. Das Modell spekuliert stark auf die Bereitschaft in besser verdienenden Einkommensschichten, viel Geld für die Ausbildung und Laufbahnförderung ihrer Kinder auszugeben. In den unteren Lohnzonen dagegen wäre vermutlich ein schnelles Ausbreiten von Analphabetismus die Folge.

Das Bändchen schließt mit einer Polemik gegen staatliche Sozialversicherungen. Friedman greift scheinbar nicht den Rentenanspruch der Lohnabhängigen, sondern nur die staatliche Organisation dieser Versicherungen an.

Die Lohnabhängigen sollen sich privat versichern. Ob der Kapitalist überhaupt noch Versicherungsbeiträge zahlt, soll dem individuellen Kontrakt des einzelnen Lohnabhängigen mit ihm oder günstigstenfalls dem Tarifvertrag überlassen sein. Der Grundsatz der kollektiven Hilfe der Lohnabhängigen untereinander und der Grundsatz, daß die Kapitalisten für Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit des Lohnabhängigen zu zahlen haben, wären beide gleichermaßen aufgehoben, ja auf den Kopf gestellt: Versichert wäre der, der jung ist, gesund ist, arbeitsfähig ist und einen Ausbeuter findet. Schlecht bis gar nicht versichert ist, wer keinen Ausbeuter findet, krank ist, evtl. dauernd arbeitsunfähig. Die Solidarität der Lohnabhängigen untereinander wäre zerstört, jede Verpflichtung der Kapitalisten zur Zahlung für die Leben und Gesundheit der Lohnabhängigen ruinierenden Folgen ihrer Wirtschaft aufgehoben. Und die „Versicherung“ derer, die noch Ausbeuter finden? Sie bestünde aus betrieblichen Kranken- und Rentenfonds, stünde also den Expansionsschlachten der großen Konzerne zur Verfügung. Ein brutales Verelendenlassen aller angeblichen „Versager“ dieser Wirtschaftsordnung wäre ebenso die Folge wie eine äußerst enge Anbindung des gesamten Lebens der in Beschäftigung befindlichen Lohnabhängigen an den Erfolg „ihres Konzerns“ in der imperialistischen Konkurrenz.

Milton Friedman, *Kapitalismus und Freiheit*, Seewald Verlag, Stuttgart 1971

Rationalisierungskuratorium: „Auf dem Wege zur Dienstleistungsgesellschaft“ (1971)

In der Reihe „Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland“, herausgegeben vom Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft, erschien 1971 der Bericht „Auf dem Wege zur Dienstleistungsindustrie“. Laut Vorwort des Her-

ausgebers ist der Bericht Ergebnis eines von 1963–68 dauernden Forschungsvorhabens, das auf Anregung von Dr. Günther Friedrichs, dem Leiter der Automationsabteilung beim Vorstand der IG Metall, zurückgehen soll.

Die Autoren teilen Dienstleistungen in zwei Gruppen: Erstens die „consumer services“, worunter alle Dienstleistungen subsumiert werden, die ausschließlich oder vorwiegend konsumptive Endnachfrage decken, zweitens die „business-services“, die alle Dienstleistungen umfassen, die ausschließlich oder vorwiegend Nicht-Endnachfrage, die auf vorgelagerten Stufen wirtschaftlicher Aktivität auftritt, decken. Die technischen und organisatorischen Rationalisierungsmaßnahmen werden für die Bereiche öffentlicher Personennahverkehr, Deutsche Bundespost, öffentliche Gaswirtschaft, öffentliche Elektrizitätsversorgung, und den Einzelhandel referiert untergliedert nach:

1.) unternehmensinterne prozeßverändernde Rationalisierungen: großangelegte Verwendung von EDV-Anlagen (z.B. öffentlicher Nahverkehr: Einsatz EDV-Anlagen im Verwaltungsbereich, Lohn-, Gehaltsabrechnung, Lagerhaltung, Fahrgeldabrechnung ...); Zentralisierungsmaßnahmen im Verwaltungsdienst, Brief-, Paketzustelldienst, Briefverteilung; Mechanisierung und Automation im Brief-, Päckchen- Paketverteilendienst.

2.) kooperative prozeßverändernde Rationalisierungen, die durch Zusammenarbeit mehrerer Unternehmen entstehen.

Die Untersuchung der ökonomischen Entwicklung der fünf Branchen ergibt bei steigendem Kapitaleinsatz, gleichbleibender bzw. leicht sinkender Beschäftigtenzahl, kontinuierlich steigende Zuwachsraten der „Arbeitsproduktivität von durchschnittlich jährlich 6,2%“ im Zeitraum 1955–66.

Mechanisierung von Dienstleistungsprozessen

Die Studie stellt tätigkeitsbezogene und gesellschaftliche Schranken für die Mechanisierung und Zergliederung von Arbeitsprozessen im Dienstleistungsbereich fest: „Eine Mechanisierung der Phasen des Dienstleistungsprozesses, in denen Nachfrager und Leistender persönlich in Berührung kommen, scheitert oft daran, daß es sich nicht um gleichförmige, wiederholbare Arbeitsvorgänge handelt, die genügend oft wiederkehren, um sie von technischen Einrichtungen ausführen zu lassen. Aus diesem Grunde haben technische Aggregate im Dienstleistungssektor oft nur ergänzenden Charakter: Sie übernehmen Teilfunktionen, ohne den Mechanisierungsgrad der Leistungserstellung und damit die Arbeitssituation grundlegend zu verändern. (...) Die persönliche Anwesenheit des Leistenden im Dienstleistungsprozeß ist jedoch nur eine zweier gleich charakteristischer Bedingungen für die Erstellung von Diensten; sie ist sogar die relativ weniger entscheidende, wenn man bedenkt, daß es grundsätzlich möglich und denkbar ist, nach Überwindung rechtlicher, institutioneller und technisch lösbarer Mechanisierungswiderstände Maschinen und Organisationsformen zu entwickeln und einzuführen, die den Einsatz unmittelbarer persönlicher Dienstleistung ganz oder weitgehend überflüssig machen.“ (82f)

Die folgenden Fallstudien zeigen die tiefgreifenden Auswirkungen, nachdem Verwaltungstätigkeiten zergliedert und mechanisiert worden sind: Personaleinsparungen bei zumindest gleichem Arbeitsumfang bis zu 50%; Reduktion der mittleren Angestelltenhierarchie; Fortfall eines Großteils direkt „produktiver“ Tätigkeiten; starke Zunahme von Kontroll- und Prüfarbeiten an Arbeitsplätzen, die im Verwaltungsprozess die Funktion von Schaltstellen bzw. Zwischengliedern haben; erhöhte Bedeutung von Hilfs- und Schreibfähigkeiten sowie Codieraufgaben, deren Arbeitsinhalt sich ebenfalls nicht verändert; Polarisierung der Belegschaft in einen Teil gering qualifizierter Beschäftigter mit überwiegend mechanischen Arbeiten und das hochqualifizierte EDV-Personal. Die Löhne sinken durch flächige Abgruppierungen, vereinzelte Lohnsteigerungen „sind primär Ausdruck der Knappheit von EDV-Personal auf dem Arbeitsmarkt“.

Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern sich vielfältig: ein Großteil muß zur Schichtarbeit übergehen „wegen der Ausnutzung der EDV-Anlagen“ – für die Autoren ein naturgesetzlicher Vorgang; das quantitative Arbeitspensum steigt durch den Arbeitsrhythmus technischen Anlagen: „Verschärfend zur Erhöhung der Leistungsnormen kam noch hinzu, daß Fehler des einzelnen schneller offenbar wurden und den Arbeitsablauf empfindlicher stören konnten als vorher, weil die technisierte Gehaltsabrechnung zu Korrekturen während des Arbeitsprozesses weniger Gelegenheit bot als das langsame und flexible manuelle Verfahren. Auf diese Weise stieg für viele Beschäftigte mit dem Leistungsdruck auch die Fremdbestimmtheit des Arbeitsrhythmus.“ (97)

Prozeßteilung im öffentlichen Nahverkehr

Bei der Umstellung auf den Einmannbetrieb in Nahverkehrsmitteln werden die früheren Funktionen der Fahrgastbedienung automatisiert und völlig auf diesen abgewälzt, der Schaffner abgeschafft, dem Fahrer zusätzliche Funktionen aufgesteckt: „Die Übertragung zusätzlicher Funktionen auf den Fahrer bedeutet für dessen Arbeitsplatz eine Steigerung der Anforderungen durch den Zwang, neben der erhöhten Verantwortung für die Sicherheit der Fahrzeuge und der Fahrgäste auch zusätzliche Handgriffe zur Überwachung und Bedienung ausführen zu müssen. An diesem Beispiel zeigen sich deutlich die negativen Folgen einer nur kostenorientierten Modernisierungspolitik für die betriebliche Arbeitssituation ... Unter dem starken Kostendruck im Personennahverkehr, der die Reduktion von Arbeitsplätzen dringend erfordert, werden die Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten an jenen Arbeitsplätzen gesteigert, die einer Mechanisierung oder gar Automatisierung nicht zugänglich sind. Zu diesem Zweck werden auf dem Wege der Arbeitsrationalisierung nicht mechanisierte und damit ausgegliederte Restfunktionen auf Arbeitsplätzen vereinigt, die vom Mechanisierungsprozeß ohnehin ausgenommen sind ... stößt die Rationalisierung mit dem Erreichen der Grenze der Belastbarkeit beim Fahrpersonal auf eine weitere Schranke, die die Bemühungen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Leistungsangebots zusätzlich behindern wird.“ (111f)

Bei diesen Umwälzungen der Arbeitsprozesse sinkt die Qualifikationsanforderung, die nervliche Belastung steigt, die Isolation der Arbeitskraft wird verstärkt.

Umwälzung der Arbeitsorganisation im Einzelhandel durch Selbstbedienung

Zahlreiche Funktionen wie das Transportieren der Waren zur Kasse wurden dem Kunden übertragen; die nicht auszugliedernden Funktionen wurden neu definiert und auf das Ladenpersonal so verteilt, daß jeweils ein Beschäftigter nach Möglichkeit für nur eine Funktion zuständig war. Da aber wegen des begrenzten Umfangs der meisten Tätigkeiten die so zerteilten Funktionen mit Ausnahme des Kassierervorgangs die Arbeitskraft eines Beschäftigten für einen Arbeitsgang in der Regel nicht ausfüllten, wurde Mehrstellenarbeit eingerichtet. Folge sind stumpfsinnige Tätigkeiten: „Durch die Verschärfung der Arbeitsteilung büßten viele Tätigkeiten vor allem im Ladenbereich des Einzelhandels die ursprünglich vorhandenen Merkmale der Vielseitigkeit und des (relativen) Abwechslungsreichtums ein und nahmen den Charakter repetitiver Teilarbeiten an, die sich durch Monotonie und stete Wiederholung der gleichen Arbeitsakte auszeichnen. Das gilt insbesondere für Kassiertätigkeiten, die durch technische Verbesserungen der Kasse selbst zwar um einige Tätigkeiten reduziert werden konnten, bei denen die so erreichte Arbeitserleichterung aber durch die Steigerung des Arbeitstempos und die größere Eintönigkeit der Verrichtung bei weitem überkompensiert wurde.“ (121f)

Gewünschtes Ergebnis dieser Taylorisierung ist eine drastische Polarisierung der Qualifikations- und entsprechend der Lohnstruktur im Einzelhandel: „Diese Polarisierung der Qualifikationsstruktur hängt dagegen eindeutig ab von dem Grad der Arbeitsteilung und damit der Spezialisierung der einzelnen Tätigkeiten: Je höher der Grad der

Spezialisierung, in umso stärkerem Maße werden die in der traditionellen Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann erworbenen Kenntnisse abgewertet, die Arbeiten nehmen im Extremfall (Mehrstellenarbeit) sogar den Charakter von Hilfstätigkeiten an. Umgekehrt erhöhen sich die Qualifikationen bei den Beschäftigten mit den dispositiven Funktionen, die daher in einigen der untersuchten Unternehmen zusätzlich zur normalen Ausbildung des Einzelhandelskaufmanns besondere innerbetriebliche Schulungskurse besuchen und in einigen Fällen Prüfungen ablegen müssen, um ihre Fähigkeit zur Personalführung, Betriebsorganisation und Warendisposition nachzuweisen ... Für 30,4% der Belegschaft reichen die erworbenen Kenntnisse nicht aus, für die Tätigkeit weiterer 52,2% sind sie wertlos, und nur 17,4% sind funktionsgerecht ausgebildet. Vor der Umstellung auf Selbstbedienung war das anders: 90% der Belegschaft waren damals mit der traditionellen Ausbildung für ihre Tätigkeit im großen und ganzen richtig ausgebildet.“ (125f)

Die letzten Kapitel beschreiben, wie die absehbare Gegenwehr der Beschäftigten gegen diese Umwälzungen in der Arbeitsorganisation abgepuffert wurde: Ausnutzen der hohen Frauenfluktuation, Überalternlassen der Belegschaften in Kraftwerken vor der Umstellung und danach Frühpensionieren, Abstimmung mit Betriebsräten und Gewerkschaften im Vorfeld mittels Sozialplänen u.a.m.

Werner Fricke u.a., *Auf dem Wege zur Dienstleistungsindustrie, erarbeitet im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ffm: EVA 1971, 245 S.*

Institut der deutschen Wirtschaft:

„Trend zur Dienstleistungsgesellschaft?“ (1976)

Neben einer recht informativen Übersicht über verschiedene Wirtschaftstheorien zur Entwicklung des Dienstleistungssektors enthält die sechzigseitige Broschüre einen empirischen Teil zur Entwicklung des tertiären Sektors in der BRD. Danach sei in den Jahren 1950 bis 1975 zwar eine zunehmende Beschäftigung im Dienstleistungssektor festzustellen, der Anteil dieses Wirtschaftsbereichs am Bruttosozialprodukt sei in den 50er und 60er Jahren aber sogar zurückgegangen. Das habe zwei Gründe: „... die Verlagerung der Nachfrage nach Gütern höherer Qualität hat vor allem eine Expansion des sekundären Sektors bewirkt. Weiterhin haben die unterdurchschnittlich wachsenden tertiären Leistungen des Staates in diesen Jahren zu einer Verschiebung der Sektoren zu Lasten des tertiären Sektors beigetragen. Darin äußert sich die privatwirtschaftliche Ausrichtung der Volkswirtschaft, die in der Bundesrepublik Deutschland mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft verbunden war.“ (S. 33f.)

Anders dann in den 70er Jahren: „Das überproportionale Wachstum des tertiären Sektors in den 70er Jahren geht zu einem Drittel auf die Ausweitung der Dienstleistungsproduktion des Staates und zu etwa zwei Dritteln auf den Anstieg der Produktion der Dienstleistungsunternehmen zurück, wobei das Schwergewicht im Geld- und Versicherungswesen lag.“ (S. 35) Die Broschüre deutet damit an, daß tatsächlich nicht der „Wohlfahrtsstaat“ ausgebrochen war, sondern die wachsende Stärke der Industriekonzerne Anforderungen stellte. Mit wachsender Ausdehnung der Lohnarbeit mußten zuvor privat organisierte Reproduktionsleistungen jetzt vom Staat angeboten werden (mehr Kindergärten z.B.). Die zunehmende Monopolisierung ermöglichte und erforderte die Auslagerung bestimmter zuvor in der Regie einzelner Kapitale erfolgter Tätigkeiten, so trug der wachsende Kapitalexport wesentlich zum Aufblühen der Banken bei.

Die Beschäftigung im tertiären Sektor hat sich in diesen Jahren differenziert entwickelt: Neben Bereichen, in denen die Produktivität stieg und die Beschäftigung zurückging (z.B. Verkehr, Handel), gab es überdurchschnittliche Beschäftigungszunahme bei Banken, Versicherungen sowie beim Staat, zugleich verbunden mit deutlichem Produktivi-

tätsrückgang. Zusammengefaßt:

„Die strukturellen Wandlungen innerhalb des tertiären Sektors waren ein Abbild der durch die Entwicklung im sekundären Sektor (d.h. der Industrie, Red.) veränderten Anforderungen an die vermittelnde Funktion dieses Sektors.“ (S. 39)

Gegen alle Ideologien, daß der tertiäre Sektor die gesellschaftliche Entwicklung zunehmend bestimme – etwa daß die Banken die eigentliche Herrschaft ausüben – stellt das Institut der deutschen Wirtschaft unmißverständlich fest: „Eine empirische Analyse des tertiären Sektors zeigt, daß diesem Sektor keine volkswirtschaftliche Leitfunktion zukommen kann.“ (S. 57) Diese Führungsrolle des industriellen Monopolkapitals würde auch künftig bestehen bleiben. „Vor allem Bereiche der sekundären Produktion mit hohem technologischem ‚know-how‘ sowie die Herstellung von Produkten, die Dienstleistungen für den Konsum mit-enthalten, werden überproportional wachsen.“ (S. 45)

Auf dem Arbeitsmarkt sei eine weitere Verschiebung zu erwarten wegen der relativ niedrigen Produktivität des tertiären Bereichs. Allerdings dürften keine „investitionshemmenden struktur- oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ diesen Wandel aufhalten. „Auch der Tarifpolitik kommt zur Aufstockung des Arbeitsplatzangebotes im tertiären Bereich eine Schlüsselstellung zu ... Tarifbewegungen, die die im Vergleich zum tertiären Sektor überdurchschnittlichen Produktivitätsverbesserungen im industriellen Bereich dort einseitig dem Faktor Arbeit zugute kommen lassen, würde eine Verlagerung des Arbeitskräfteeinsatzes von der sekundären zur tertiären Produktion abschwächen oder gar verhindern.“ (S. 46)

Man erkennt hier bereits die in den folgenden Jahren umgesetzte Lohn- und Arbeitsmarktpolitik der Kapitalistenverbände. Die industrielle Lohnarbeit muß billig sein, um zunehmend Arbeitskräfte aus den Familien – die Alten, Junge, die sonst vielleicht eine Ausbildung gemacht hätten, die Frauen – in alle möglichen Arten von Dienstleistungsbeschäftigungen zu treiben.

Die Monopolbourgeoisie schafft damit auch ein Angebot an Dienstleistungen, das ausgerichtet ist auf die Bedürfnisse jener „besonders qualifizierten Arbeitskräfte“, die man bei der „Entwicklung innovativ wirkender fortschrittlicher Technologien“ benötigt.

Gerhard Voss, Trend zur Dienstleistungsgesellschaft, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln 1976

Gartner/Riessman: „Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft“ (1978)

Die US-amerikanischen Autoren Alan Gartner und Frank Riessman leiten ihr Buch „Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft“ mit zwei Zitaten ein: eines kommt von Daniel Bell, einem der Propagandisten der neuen „postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft“ und das zweite von Herbert Marcuse, einem Vertreter der kritischen Theorie. Er war ein in der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre gerne zitierter Autor. Auf dem Buchrücken faßt der Verlag zusammen, was seiner Meinung nach zwischen dieser Zitaten-Klammer steht: „Diese wichtige und originelle Arbeit hat zwei Hauptziele: eine alternative Interpretation der gegenwärtig als ‚postindustriell‘ bezeichneten Gesellschaft zu liefern und – zweitens – eine Strategie für die Produktion von Dienstleistungen zu entwickeln, in der der Konsument die Hauptrolle spielt. Ziel dieser Strategie: der Konsument als Produzent.“

Das „Alternative“ an den Positionen von Gartner und Riessman ist, Interessen der werktätigen Intelligenz an ersten Sicherung und Legitimation ihrer Position in den öffentlichen Diensten, zweitens dazu erforderlicher Effizienzsteigerung und Rationalisierung und drittens nach Herrschaft zu begründen und befestigen. Dazu werden Elemente der kritischen Theorie aus dem Kopf der werktätigen Intelligenz unter ihre Füße und Sitze gestellt.

Diese Elemente der kritischen Theorie sind u.a.: „die

Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“ gibt es nicht mehr, (damit auch keinen Kampf um allgemeine gesetzliche und tarifliche Regelungen); die „Randgruppen“ (Marcuse) leben auf in den „neuen sozialen Bewegungen“ der „Jugendlichen, Frauen, Ausländer“, sie sollen aus Objekten der öffentlichen Dienstleistungen zur ihren Mitproduzenten werden. Als Beispiele nennen die Autoren: nichtdiplomier- te Lehrer werden eingesetzt, die einen guten „Draht“ zur Jugend haben, kurz geschulte Sozialarbeiter erhöhen die Effizienz, wenn sie aus dem Stadtteil kommen. Das ist die erfolgreiche Heranziehung von Nichtprofessionellen. So- dann aber kann die Effizienz öffentlicher Dienstleistungen gesteigert werden, wenn die „Konsumenten“ öffentlicher Dienstleistungen aus Objekten der Bepflegung zu aktiven Mitarbeitern werden: der mitarbeitende Patient, der lern- freudige Schüler. Wie aber soll das geschehen, wenn die Schule nun mal keinen Spaß macht? Durch die Übernahme von Bewegungen und Bestrebungen, die sich nicht zu- letzt aus den Mängeln öffentlicher Dienstleistungen erge- ben unter die Knute derselben. Die Autoren nennen hier z.B.: Einrichtungen zur Hausaufgabenhilfe, Selbsthilfe- gruppen von Kranken etc.

Das ganze Buch ist mehr eine Aneinanderreihung von Essays, die um diese Gedanken kreisen. Wiederholungen sind unvermeidlich, Fakten dünn gesät. Behandelt werden ausschließlich die sogenannten Bereiche der „persönlichen Dienstleistungen“, also Schule, Medizin, Sozialhilfe und -fürsorge. Von öffentlichen Diensten im Bereich der Ver- sorgung und Infrastruktur ist nicht die Rede, von Polizei, Gefängnissen, Militär auch nicht.

Der Angelpunkt aller Darstellungen ist die einfache Feststellung, daß die sogenannten „persönlichen“ Dienst- leistungen – privat und öffentlich – „arbeitsintensiv“ sind, an Menschen verrichtet werden und damit stets auch For- men notwendiger und/oder möglicher Kooperation enthal- ten. An dieser Stelle aber gabeln sich die theoretischen und praktischen Konsequenzen. Entweder diese Feststellung wird zu einem zusätzlichen Element der Forderung nach der Kontrolle öffentlicher Dienstleistungen durch die Lohnabhängigen, oder sie wird zum Ausgangspunkt der Organisierung „produktiverer“, billigerer Dienstleistungen unter der Fuchtel der „Professionellen“. Gartner/Riess- man streifen Fragen der Kommunalpolitik, aber ihr Ziel ist die Festigung und Absicherung der Stellung der werk- tätigen Intelligenz, also der „Professionellen“.

Alan Gartner, Frank Riessman, Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft, zur politischen Ökonomie des ter- tiären Sektors, Frankfurt 1978

Landeszentrale für politische Bildung:

„Zuviel Staat – Grenzen der Staatstätigkeit“ (1982)

In einem von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 1982 herausgegebenen Sammelband zum Staat, widmet sich Dr. Bernd Guggenberger von der Universität Bielefeld dem von ihm so genannten Legitimi- tätsdilemma des Leistungsstaates, welches er auf den Ver- lust einer „wertbezogenen Legitimationsfähigkeit“, „eines tragfähigen Weltbildes“, das irreversible Zerbrechen „tradi- tioneller Herrschaftslegitimierung“ (186) zurückführt:

„In der Industriegesellschaft legitimiert sich Herrschaft vorwiegend durch die *Stabilität* und *Funktionsstüchtigkeit* des Systems. Der augenfällige *Nutzen*, den jeder einzelne aus den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zieht, scheint Grund genug, Herrschaft für hinreichend gerechtfertigt zu halten. Diese Fixierung auf den Aspekt der *Nützlichkeit* aber unter- bindet zunächst alle weitergehenden Fragen nach den Zie- len und Zwecken der Herrschaft, den Sinn des Daseins überhaupt, dem guten, erfüllten Leben. (...) Legitimitäts- fragen sind und waren – historisch gesehen – immer Fra- gen des Bürgerkriegs, Fragen auf Leben und Tod also. Legitimität beanspruchen heißt: auf Gehorsam pochen. Der Verlust der Legitimität ist mit dem Verwirken des Fol- ge- und Gehorsamsanspruchs gleichzusetzen. Legitimität beanspruchen kann aber aussichtsreich nur, wer überzeu-

gend darzutun vermag, daß er namens und im wohlverstandenen Interesse des Ganzen spricht und politisch auftritt.“

Guggenberger konstatiert Gefahren, die von der grünen Richtung ausgehen, welche die Legitimität politischer Entscheidungen nicht an den tradierten Orientierungen der herkömmlichen Arbeits- und Leistungswelt mißt, sondern an einem „Ethos des sozialen Wohlbefindens, der immateriellen Lebensqualität, der humanen Zuträglichkeit und der Verantwortung auch für kommende Generationen. (...) Die Mittelschicht als der neue Instabilitätsfaktor verdeutlicht, daß es keine sichere Relation mehr gibt zwischen Einkommens- und Zufriedenheitsniveau.“ (200). In vielen Gebieten der Politik wie Kernenergie, Gentechnik, Datenerfassung, Verkehrs- und Städteplanung, Waffentechnologie, Expansion in den Weltraum sind bei vielen Bürgern politische Entscheidungen mit dem „Bewußtsein der Folgeirreversibilität“ befrachtet, so daß die mehrheitliche Entscheidungsfindung keine legitimierende Wirkung mehr entfaltet.“

Zuviel Staat – Die Grenzen der Staatstätigkeit, hrsg. v. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Kohlhammer: Stuttgart 1982, 204 S.

P. Gross: „Die Verheißungen der Dienstleistungsgesellschaft“ (1983)

Das Buch basiert auf einer Habilitationsschrift, die der Verfasser 1979 an der Universität Konstanz eingereicht hat. Zur Einführung schreibt der Verfasser: „Als der dynamischste, für die Zukunft der Arbeit bedeutsamste Sektor gilt der Dienstleistungsbereich“ (S. 7) und ergänzt: „Mit der Expansion des tertiären Sektors werden große Hoffnungen verknüpft.“ (ebda.) Welche Hoffnungen er meint, beschreibt Gross so: „Von besonderer Aktualität ... sind ... die im Rahmen der Sozialpolitik, also kollektiv finanzierten und von öffentlichen Trägern erbrachten personenbezogenen Dienstleistungen.“ (S. 8) „Ihre Erbringung erfordert ... eine persönliche Kooperation zwischen dem Dienstleistenden und dem Dienstleistungnehmer.“ (ebda.) Dies führe bei Sozialwissenschaftlern zu Ideen der Überwindung der „Erwerbsgesellschaft“: „Die auf Effizienz angelegte Produktion gerät in eine zwischenmenschliche Dynamik, welche dem Sozialwissenschaftler ein neues, weites und bislang überaus spekulatives Feld eröffnet.“ (ebda.) Von diesen „Propheten der Dienstleistungsgesellschaft“ und ihrer „postindustriellen Heilsgeschichte“ setzt sich der Autor schon in der Einführung ab, wenngleich er mit ihnen übereinstimmt, „daß die personenbezogenen Dienstleistungen eine Front darstellen, an der in Gegenwart und Zukunft entscheidende Auseinandersetzungen ausgetragen werden.“ (S. 10)

Im Abschnitt „Die Dienstleistungen als Wendepunkte nachindustrieller Entwicklungen“ befaßt Gross sich dann mit einer genaueren Definition der Dienstleistungen: „In den Termini von Produktion und Konsumtion ausgedrückt, fallen mithin Produktions- und Konsumtionsprozeß räumlich und zeitlich zusammen.“ (S. 15) „In einer gewissen Weise ist ... der ‚Konsument‘ an der Erbringung der Leistung beteiligt.“ (S. 17) Dies bedeutet freilich keineswegs eine auch nur annähernd gleiche Rechtsstellung z.B. von Patient und Arzt: „Bei den meisten personenbezogenen Dienstleistungen, insbesondere bei den traditionellen Professionen bzw. freien Berufen, sind indes Produzenten und Konsumenten ... alles andere als gleichberechtigte Marktpartner.“

Gross versucht, die These von den zunehmenden Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor statistisch zu widerlegen. Interessant dabei: Die Berufsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit zählte 1970 mit 2,6 Mio. „Dienstleistenden“ genau so viele wie 1950, freilich mit bedeutenden Unterschieden bei den einzelnen Berufen. So fiel die Zahl der „Hauswirtschaftsverwalter“ in dieser Zeit von 693300 auf 228600, die der Grenzschutz- und Polizeibediensteten stieg von 114000 auf 603200, die der Krankenschwestern

und -pfleger von 181600 auf 273500, die der Lehrer von 249200 auf 461600. (S. 34f.) Gross' Folgerung: Die These vom ständigen „Anwachsen“ des Dienstleistungssektors müsse bezweifelt werden. Vieles davon sei in Wirklichkeit nur eine betriebliche und arbeitsorganisatorische Scheidung, z.B. durch Auslagerung von Verwaltungsbereichen aus Industriekonzernen. Sein entscheidender Einwand gegen Theorien, wonach das Wachstum der Dienstleistungen ein „Fortschritt“ für die Gesellschaft sei: die „Zunahme personenbezogener Dienstleistungen (beruht) möglicherweise letztlich einfach auf einer einfachen Substitution (Ersetzung, d. Red.) unentgeltlicher Hilfesysteme im Rahmen der Familie, der Nachbarschaft und anderer Primärgruppen durch unentgeltliche, institutionelle Dienstleistungssysteme.“ (S. 42) Seine These: Wachsende Dienstleistungen sind ein Ergebnis der Zerstörung der Familie, also Zeichen von Rückschritt. Er untersucht dann das Verhältnis Arzt – Patient im Krankenhaus und zitiert zahlreiche Schriften, die Kritik an der Objekt-Rolle des Patienten üben. „Die Möglichkeiten der Laien, das Krankheitsspektrum zu differenzieren, und ihre Fähigkeiten, Krankheits-episoden selber zu bewältigen, ist im Rahmen der laien- und volksmedizinischen Untersuchungen behandelt worden; diese haben eindrucksvolle Ergebnisse erbracht.“ (S. 62) Er beschreibt die „Lizenz“vergabe im Dienstleistungssektor, d.h. die (staatlich) eingeschränkte Erlaubnis zur Berufsausübung als eine wichtige Besonderheit des öffentlichen Dienstleistungssektors: „Es gibt wohl keine Berufstätigkeit, die in einer gleichermaßen komplizierten und schwer objektivierbaren Weise institutionell geregelt und normiert ist.“ Diese Lizenzvergabe sei oft eine Übergabe hoheitlicher Gewalt an den Lizenzträger (der Arzt darf Patienten auch gegen den Willen des Kapitalisten krank schreiben, sie gegen ihren Willen in eine psychiatrische Anstalt einweisen usw.) Standeskodex der Ärzte, ärztliche Schweige- und Hilfspflicht, öffentliche Tarife für ärztliche Dienste als Beschränkung der Tariffreiheit zählten gleichermaßen zu diesen Normierungen. Kurz gestreift wird auch die Beschränkung der Berufszulassung durch Numerus Clausus, Eingangsprüfungen usw. Gross schlußfolgert: All dies sei auch ein Zeichen „der schwachen Stellung des Leistungnehmers“. (S. 80)

Damit ist der Widerspruch beschrieben (Arzt contra Patient), den Gross empfiehlt zu benutzen. Gegen Angehörige der werktätigen Intelligenz empfiehlt Gross, sie als Kostentreiber anzugreifen: vor allem die „Professionen“, also Ärzte, Psychiater usw., trieben aus eigennützigen Motiven den „Bedarf“ an ihren Dienstleistungen in die Höhe. „Andererseits wachsen aber auch die Ansprüche der Klienten. Wird die Schuld an Krankheiten und Störungen nicht mehr individualisiert, sondern der Familie, der Biographie oder allgemein der Gesellschaft zugeschrieben, so neigen die Klienten dazu, ihre eigene Verantwortlichkeit zu minimalisieren und immer neue Wiedergutmachungsansprüche zu stellen.“ (S. 144)

Dagegen Gross: Richtig sei die „Reprivatisierung und Kommerzialisierung staatlicher oder staatlich gesteuerter Dienstleistungssysteme“. Ohne aber der „Relativierung des Bedürftigkeitsbegriffs“ entgegenzutreten, d.h. faktisch den Krankheitsbegriff der Weltgesundheitsorganisation durch eine neue, äußerst enge Definition von Krankheit zu ersetzen, sei das weitere Ausufern des Sozialstaats nicht zu stoppen. Gross zum Schluß: „Es ist abzusehen, daß der sozialpolitische Prinzipienstreit um Selbsthilfe oder Staatshilfe, wie er am Anfang der deutschen Sozialpolitik stand, erneut entbrennen wird. Diesmal allerdings nicht am Umfang der materiellen, sondern der immateriellen Hilfen. Und diesmal geht es nicht um Überführung von Selbsthilfeverbänden in staatliche Versicherungsgemeinschaften, sondern um die Organisation neuer Formen von Solidargemeinschaften unterhalb unserer weitgespannten sozialstaatlichen Leistungssysteme.“ (S. 149)

Peter Gross, *Die Verheißungen der Dienstleistungsgesellschaft*, Westdeutscher Verlag 1983

Lenins Parteitheorie (II)

In den 70er Jahren beutete die BRD-Linke die „Was tun?“-Periode für dem Leninismus entgegengesetzte Zwecke aus

Die 3. ordentliche Delegiertenkonferenz des BWK hat 1983 festgehalten, daß „sich die sozialistischen Parteigründungen der letzten zehn, 15 Jahre heute als Begleiterscheinung des Parteibildungsprozesses der Grün-Alternativen“ darstellen. In der „68er-Bewegung“ wurde der Marxismus modern, weil er eine Kritik des Wirkens der Kapitalistenklasse ermöglichte in einer Zeit, da eine den Klasseninteressen dieser Bewegung entsprechende Kritik nicht ausgearbeitet war.

Mit der Herausbildung von „ökologisch, gewaltfrei, ba-

sisdemokratisch“ einher ging dann auch der Zerfall der „ML-Bewegung“. „Ihre Unfähigkeit, die Quellen proletarischer Parteibildung zu erschließen, führte zu einer enormen theoretischen Abhängigkeit von Revolutionsmodellen, historischen und auswärtigen, die oft auf abstoßende Weise auf Brauchbarkeit getestet wurden.“ (1) Die Zitate auf Seite 39, die vorab zu lesen empfohlen sei, machen dies hinreichend deutlich. Um Reklamationen vorzubeugen: Natürlich sind die Zitate aus dem Zusammenhang gerissen; woraus denn auch sonst?

Auffällig und erinnerlich ist, daß Lenin-Zitate so verwandt wurden, als seien diese direkt für die Auseinandersetzung in der BRD geschrieben worden. Dabei wurden nicht nur sämtliche Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens über Bord gekippt, sondern auch Lenins Hinweise für den Umgang mit seinen Ausarbeitungen fröhlich mißachtet. (2, 3, 4) Statt Lenins Werk einer geschichtskritischen Betrachtung zu unterziehen, um zu prüfen, inwiefern daraus Hilfestellung für den Parteaufbau in der BRD zu gewinnen ist, wurde Lenin umstandslos und wortwörtlich zum Richter auch für Tagesaufgaben erhoben. Verblüffend dabei: alle fanden das normal und in Ordnung. Eine Erklärung dafür findet sich in einer Häufung von oberflächlichen Gemeinsamkeiten, von denen hier nur einige genannt seien: Zergliederung der revolutionären Bewegung in Zirkel, Trennung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung, Ausarbeitung einer Bündnispolitik, Notwendigkeit der Programmstellung, Konzentration der Bewegung in den großen Städten, heftige Auseinandersetzung zwischen den marxistischen Kräften um die „richtige Linie“. Der Leninismus der Periode bis 1905 nutzte den Marxismus als Instrument zur Schaffung der proletarischen Partei. Ausgesprochen viele Lenin-Interpreten aus den 70er Jahren haben heute ihre Heimstatt bei den oder im Umfeld der Grünen. Insofern sie versuchten, den Leninismus für ihre frühen Übungen zu alternativer Parteibildung zu instrumentalisieren, konnte das Ergebnis nur grausig sein. Eine revolutionäre Theorie wurde ihres Inhaltes beraubt, mit den Buchdeckeln jedoch aufeinander eingedroschen. Hierzu einige Beispiele:

Demokratischer Kampf

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) bezog sich bei der Verteidigung seiner Konzeption des „demokratischen Kampfes“ auf Lenin. So wird in dem umseitig abgedruckten Zitat vertreten, daß die Lehre aus „Was tun?“ sei, die Arbeiterklasse

zum „Vorkämpfer der Demokratie (Lenin)“ heranzubilden. Begründungs-Verrenkungen gab es viele, bei denen die schlichte Tatsache außer Sicht geriet, daß Lenin in den ganzen hier zur Befassung stehenden Jahren die Begriffe „politisch“ und „demokratisch“ sinngleich verwandte für „Kampf gegen die Selbstherrschaft“. Als politischen und demokratischen Kampf, auch diese Begriffe können gegeneinander ersetzt werden, bezeichnete Lenin die Etappe der bürgerlichen Revolution, die durchzuführen erste Aufgabe der Arbeiterbewegung sei. „Weshalb muß der Sturz der Selbstherrschaft die erste Aufgabe der russischen Arbeiterklasse sein? ... weil sie (unter der Selbstherrschaft, Red.) nicht festgefügte Massenorganisationen gründen und vor allen werktätigen Massen das Banner der sozialen Revolution entfalten kann, und weil sie nicht die Massen lehren kann, für diese Revolution zu kämpfen. Nur bei politischer Freiheit ist ein entschlossener Kampf der gesamten Arbeiterklasse gegen die Klasse der Bourgeoisie möglich, und das Endziel dieses Kampfes besteht darin, daß das Proletariat die politische Macht erobert und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Eben diese Erkämpfung der politischen Macht durch das organisierte Proletariat, ... diese Machtergreifung aber haben die russischen Sozialdemokraten den russischen Arbeitern niemals als nächste Aufgabe gestellt. Die russischen Sozialdemokraten haben stets gesagt, daß die russische Arbeiterklasse nur bei politischer Freiheit, bei einem an breiter Front geführten Kampf der Massen fähig sein wird, die Organisationen für diesen endgültigen Sieg des Sozialismus zu schaffen.“ (5) Aus Lenins aktueller Aufgabenstellung – Sturz des Zarismus im Bündnis mit allen antifeudalen Klassen – wurde die Theorie des „demokratischen Kampfes“ gedreht. Da in der BRD antifeudale Aufgaben im wesentlichen nicht mehr bestehen, war die Konsequenz des Konzeptes, die Arbeiterklasse zum „Vorkämpfer der Demokratie“ heranzubilden, die Orientie-

rung des Kampfes der Arbeiterklasse auf die Erreichung einer besseren bürgerlichen Republik. Die Unterordnung proletarischer Interessen unter bürgerlich-fortschrittliche wurde begründet mit Höherentwicklung des Kampfes o.ä.

Ökonomischer und politischer Kampf

Ein entschiedener Freund von „Höherentwicklung“ war und ist auch der Kommunistische Bund (KB). Das Auseinanderteilen des „politischen“ und „wirtschaftlichen“ Kampfes unter Berufung auf „Was tun“, das von vielen, wahrscheinlich allen Zirkeln gepflegt wurde, war nichts als ein dreister Kunstgriff, um proletarische Interessen links liegen lassen zu können. Eine Rangordnung für den „politischen“ und „wirtschaftlichen“ Kampf war gar nicht der Strauß, den Lenin mit den seinerzeitigen Ökonomen ausgefochten hatte. Soll die Arbeiterklasse der Bourgeoisie die Führung in der bürgerlichen Revolution überlassen oder sie selbst zu erringen suchen? – so stand die Frage (s.a. Pol. Ber. 1/88). – (Eine beidseitig hinkende Parallele zum Ökonomismus heute wäre, den rechtlos gehaltenen ausländischen Arbeitern zu empfehlen, den Kampf für ihre rechtliche Gleichstellung der SPD zu überlassen).

Ansonsten galt und gilt: „Seit jener Zeit (1866, erster Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation, Red.) wurde in den Arbeiterparteien der verschiedenen Länder wiederholt die Frage aufgeworfen ..., ob im gegebenen Zeitpunkt dem ökonomischen oder dem politischen Kampf des Proletariats etwas mehr oder etwas weniger Aufmerksamkeit zu schenken sei ... Die Überzeugung, daß der einheitliche Klassenkampf notwendigerweise den politischen Kampf und den ökonomischen Kampf in sich vereinigen muß, ist der internationalen Sozialdemokratie in Fleisch und Blut übergegangen. Die geschichtliche Erfahrung zeugt ferner unwiderleglich davon, daß das Fehlen der Freiheit oder die Unterdrückung der politischen Rechte des Proletariats es stets notwendig

machen, den politischen Kampf in den Vordergrund zu stellen.“ (6) Es bedarf der bürgerlichen Revolution, um sodann im „einheitlichen Klassenkampf“ zum Sozialismus fortschreiten zu können – das ist die Aussage. Lenin anzudichten, er halte den „wirtschaftlichen“ Kampf für zweitrangig, ist offensichtlich interessegeleitet. Er maß im Gegenteil dem wirtschaftlichen Kampf, der die Lage der Massen bessert, hohe Bedeutung zu. „Je verschiedener solche Reformen in Rußland sind, je höher sie das Lebensniveau der werktätigen Massen heben, um so schärfer und reiner wird der (schon jetzt) wichtigste und grundlegende soziale Gegensatz im russischen Leben (Bourgeoisie/Proletariat, Red.) hervortreten.“ (7)

Das Vorhandensein revolutionärer Gruppierungen heute trotz parlamentarischer Existenz der Grünen belegt, daß es eine doch erkleckliche Anzahl von Leuten gibt, die an Arbeiterinteressen orientierte Politik wollen. Sie sollten Schluß damit machen, die Aufgaben, die sich im Klassenkampf stellen, vorab nach „hoch“ und „nieder“ vorzusortieren, stattdessen die Wirklichkeit erklären und verändern, wie sie nun einmal sich darstellt. Es muß ja nicht immer gleich ein Schaubild sein. So könnte man sich auch der Gemütlichkeit entledigen, die sich stets einstellt, wenn man allein in „großer Politik“ macht (und sich deshalb besonders leninistisch vor kommt).

Kampf um die „Führung“

Die in den 70er Jahren gepflegte Vernichtungskonkurrenz der kommunistischen Bünde untereinander gehörte zu den überaus schädlichen, für Außenstehende abstoßenden, weil aus der (kommunistischen) Sache nicht zu erklärenden Erscheinungen dieser Jahre. Von Lenin übernommen wurde die teils scharfe Form der Auseinandersetzung, „verdrängt“ wurde, daß ihr das Bestreben zugrunde lag, alle

marxistischen Zirkel, eben auch die „Ökonomen“, in der revolutionären Partei zu vereinigen. Auf die Situation in der BRD angewandt, hätte dies in etwa bedeutet, vor der inhaltlichen Abgrenzung überhaupt anzuerkennen, daß es sich bei den verschiedenen revolutionären Organisationen in der BRD um versprengte Haufen der (zu bildenden) proletarischen Partei handelt. Stattdessen wurde nachgerade angestrebt, möglichst viele Mücken als Elefanten zu deklarieren, um die Schlechtigkeit der anderen und die eigene Einzigartigkeit herauszustellen. Wegen des sich bereits in den „ML-Organisationen“ austobenden Führungsanspruches der werktätigen Intelligenz konnte sich das auch vorhandene Wollen nach solidarischer Zusammenarbeit im Kampf gegen die Kapitalisten nicht durchsetzen. Heute sind, siehe z.B. „Gemeinsame Beilage“, Fortschritte unverkennbar, wenn gleich das Element der formalen Abgrenzung noch bei allzuvielen Organisationen anzutreffen ist.

Seinerzeit sprach die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) aus, was den anderen zumindest nicht fremd war. Ihren Anspruch, die einzige, vor allem weil erste Partei der westdeutschen Arbeiterklasse zu sein, mußte sie verteidigen gegen Vorhaltungen, daß die russische Erfahrung zeige, daß das „Zirkelwesen“ objektiv notwendig und ein Vorläufer der Parteibildung sei. Darauf schilderte die KPD/ML einige der konkreten russischen Umstände, die das Zirkelwesen hervorbrachten, schloß, daß diese Umstände heute nicht vorlägen, weswegen von der Notwendigkeit der Zirkelphase nicht unter Berufung auf Lenin die Rede sein könne. Die Argumentation „übersah“, daß die Zirkel in der BRD schlicht existierten. Es folgte, was folgen mußte: Wer nicht sein ganzes Bestreben darauf richtete, seinen Zirkel in den Zirkel KPD/ML zu überführen, der war „kein Kommunist“.

Theorie und Praxis

Die Kommunistische Gruppen (Neue Hauptseite Theorie) – KG(NHT) werden für sich beanspruchen, zumindest für die Jahre bis 1895/96 eine geschichtskritische Aufarbeitung der Erfahrungen der russischen Revolutionäre geleistet zu haben. Tatsächlich liegt aber der untaugliche Versuch vor, mehr als zehn Jahre Geschichte in das Schema der „Neuen Hauptseite Theorie“ zu pressen, von der die Genossen der KG meinen, daß sie der „praktischen“ Unterstützung des real stattfindenden Klassenkampfes durch die revolutionären Sozialisten voranzugehen habe.

Plechanow und Genossen kämpften in der nichtmarxistischen revolutionären Bewegung der „Volkstümmer“. Diese scheiterte, weil ihre auf einen Bauern-Sozialismus gegründeten Ziele die stattfindende Entfaltung des Kapitalismus in Rußland nicht berücksichtigten. So wurden auch Taktik und Mittel falsch bestimmt. Eine politische Orientierung auf Unterstützung des Proletariats fand nicht statt. Kurzum: die Theorie entsprach nicht der Wirklichkeit. Nach Genf geflüchtet, arbeiteten Plechanow und andere ihre „praktischen“ Erfahrungen auf. Sie wurden Marxisten, weil der Marxismus die Entwicklung der russischen Gesellschaft erklären konnte.

Die KG tun nun so, als sei diese theoretische Arbeit nicht Ergebnis „praktischer“ Erfahrungen gewesen. Wenn Lenins Aussage richtig ist, daß die Theorie die Fragen klären muß, die die Praxis aufwirft, dann ist richtig: Ohne revolutionäre Praxis keine revolutionäre Theorie (und umgekehrt – klar!) Ansonsten sind wir gespannt: In diesem Jahr neigt sich das erste Jahrzehnt seit Proklamation der NHT dem Ende zu, ein Zeitraum, den die Autoren seinerzeit als Maximum an Neuer Hauptseite sich vornahmen.

*

Der BWK, dies war zu bearbeiten, braucht sich nicht den Schuh der unzureichenden Beachtung von Lenins Parteikonzeption anzuziehen. Sicher würde eine gemeinsame Aufarbeitung von Lenins Parteitheorie durch verschiedene Organisationen weitere Anknüpfungspunkte für die heutige Arbeit ergeben. Vorher sollten eingedenk des eigenen Standes der Arbeit Vorwürfe vom Kaliber „unleninistisch“ nicht auf andere abgefeuert werden. – Überhaupt haben wir den Eindruck gewonnen, daß Lenin, seinerzeit um einen Rat gefragt, vor allem geantwortet hätte: a) am Marxismus festhalten, b) selber nachdenken. (1) Aus der Diskussion der Organisation – Materialien zur Programmdiskussion (BWK, 1987); (2) LW 6/490; (3) LW 13/93; (4) ebd., 99; (5) LW 4/259f.; (6) ebd., 170; (7) LW 1/526 – (wal, gea, han, hep, kai, wer)

Fehler in der ROTEN FAHNE Nr. 22:

„Dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter verleihen“?

In der letzten Nummer der ROTEN FAHNE Nr. 22/81 auf Seite 3 wird in dem Artikel „Kein Lohnverzicht für Panzer und Raketen“ unkritisch eine falsche Losung aufgegriffen, die auf der Bonner Friedensdemonstration getragen wurde: „Kein Lohnverzicht für die Aufrüstung – Gegen den Abbau der Sozialleistungen“ – so lautete ein Transparent auf der Bonner Demonstration. Davon hätte es viel mehr geben müssen, um dem gewachsen zu sein, was auf die Werktätigen zukommt.“ Damit wurde die Illusion erweckt, als könnte dem

Lehnen des Bonner Aufrüstungskurses notwendig, wodurch die gemeinsame Basis in den Betrieben künstlich verengt wird.

• Es wird der Eindruck erweckt, als würde mit dem Kampf gegen Lohnverzicht auch gleichzeitig ein Kampf gegen die Aufrüstung geführt. Dadurch wird objektiv vom eigentlichen politi-

Ein in „Rote Fahne“ 22/81 (herausgegeben vom KABD, der heutigen MLPD) abgedrucktes Transparent „Kein Lohnverzicht für die Aufrüstung – Gegen den Abbau der Sozialleistungen“ stieß auf Kritik. Man erfuhr zwar nicht, daß und was die Anführungszeichen mit Lenin zu tun hatten, dafür aber: „Wird die Losung aber als politische Losung verstanden, dann ist sie grundsätzlich falsch ... als könnten mit dem rein wirtschaftlichen Kampf politische Angriffe abgewehrt werden.“ (Rote Fahne 1/82)

Dokumentenauswahl: Westdeutsche Linke zu Lenins Parteitheorie

KBW: „Ideologischer Aufbau (der Partei, Red.) und ideologische Offensive kann nichts anderes bedeuten als den hartnäckigen und unerbittlichen Kampf gegen alle falschen und bürgerlichen Auffassungen, die die Bourgeoisie offen und heimlich in die eigenen Reihen und in die Arbeiterklasse hineinträgt. Wichtige Instrumente dieses Kampfes sind die Polemik und die allseitigen politischen Enthüllungen ... Die bloße Beschwörung des ideologischen Aufbaus der Partei und der ideologischen Offensive kann sich in der Praxis auch gut mit dem Gehabe eines Gewerkschaftssekretärs vertragen, der sich darauf beschränkt, den 'ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und die Regierung' zu propagieren und als Allheilmittel gegen die Lage der Arbeiterklasse den Lohnkampf und den Kampf für Arbeiterforderungen anzubieten ... Vorkämpferin aller ausgebeuteten und unterdrückten Klassen kann die Arbeiterklasse nur werden, wenn die Marxisten-Leninisten umfassendes politisches Wissen in die Arbeiterklasse hineinbringen und die Arbeiterklasse zum 'Vorkämpfer der Demokratie' (Lenin) heranbilden. Nur so kann die Arbeiterklasse den Kampf für ihre eigene Befreiung führen und das Volk für den Sturz des bürgerlichen Staates gewinnen. Dies ist die Lehre, die Lenin in 'Was tun?' entwickelt. - (js)“ (Lenin: „Was tun?“: Erneute Lektüre von Lenins Polemik gegen bürgerliche Arbeiterpolitik, in: Kommunistische Volkszeitung 47/75)

KB (nachfolgende Polemik richtet sich gegen die „Bremer Thesen“ des KBB, Vorläuferorganisation des KBW): „Wir sagen ..., daß es gerade *darum* gehen muß, die Entwicklung der Arbeiterbewegung an solchen Fragen voranzutreiben, die sich ihr durchaus noch nicht unmittelbar 'stellen', weil nämlich der wirtschaftliche Kampf sie nicht etwa darauf 'stößt' - wie etwa Abbau demokratischer Rechte, Berufsverbot gegen 'extremistische' Intellektuelle, Kommunisten-Jagd, Bürgerkriegs-Vorbereitungen, Situation an den Schulen u.a.m. ... Wenn die Arbeiter gegenwärtig fast nur den wirtschaftlichen Kampf führen, wie kommen sie dann überhaupt zum politischen (demokratischen) Kampf? ... Die Thesen erklären das so: In jedem ökonomischen Kampf, und sei er noch so begrenzt, 'nehmen' die Arbeiter 'sich Rechte, die ihnen der bürgerliche Staat ausdrücklich verweigern

will'. Deshalb ist der demokratische Kampf sozusagen im Ansatz in jedem ökonomischen Kampf schon enthalten, und dies bewußt zu machen, sei die Aufgabe der Kommunisten, um die Arbeiter in den demokratischen Kampf einzubeziehen ('heranzuführen' sagt die DKP dazu). Das ist genau die alte, abgedroschene ökonomische Geschichte: der ökonomische Kampf 'stößt die Arbeiter auf die Frage ihrer Rechtlosigkeit', deshalb ist der ökonomische Kampf 'das weitest anwendbare Mittel' zur Einbeziehung der Massen in den aktiven politischen Kampf. Allerdings enthält der wirtschaftliche Kampf immer auch politische Elemente, z.B. den Einsatz der bürgerlichen Presse, Konfrontation mit der Polizei etc., die unbedingt in der Massenagitation aufgenommen werden müssen. Niemals aber darf von uns eine derartige 'politische Agitation auf ökonomischem Boden' als wichtigstes oder gar *einziges* Mittel angesehen werden, um die Arbeiter in den demokratischen (politischen) Kampf 'einzubeziehen', wie es in den Bremer Thesen geschieht.“ (Taktisches Wirrwarr, Zur Politik des Zirkelblocks (KBW), Arbeiterkampf 32/1973)

KPD/ML: „Zusammengefaßt mußten in Rußland die Voraussetzungen marxistischer Politik und grundlegende Fragen der Revolution geklärt werden, sowie zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Opportunisten die Prinzipien der revolutionären Kampfpartei des Proletariats, der bolschewistischen Partei, entwickelt werden. Deshalb war die Zirkelphase in Rußland durch die besonderen historischen Bedingungen notwendig ... Jeder Kommunist muß sich darüber im Klaren sein, daß neben der bestehenden kommunistischen Partei nicht eine zweite aufgebaut werden kann. Wer diese für die sozialistische Revolution entscheidende Frage umgeht oder mißachtet, auf dem Zirkelwesen beharrt oder meint, eine 'bessere' kommunistische Partei aufzubauen, ist kein Kommunist ... Der einzige Grund, den es für einen Kommunisten gibt, eine neue kommunistische Partei aufzubauen, ist die unwiderrufliche Entartung der kommunistischen Partei zu einer Agentur der Bourgeoisie (wie bei der KPD). Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die KPD/ML nicht entartet ist. Sie ist deshalb nach wie vor die Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin. Es ist deshalb die Pflicht jedes Kommunisten, diese Par-

tei zu unterstützen. Die Genossen in den sich kommunistisch nennenden Zirkeln erfüllen ihr Aufgabe als Kommunisten nur, wenn sie gegen alle Versuche, die Zersplitterung der revolutionären Bewegung aufrechtzuerhalten, mit ihrer ganzen Kraft für die Einheit aller Kommunisten in der bestehenden kommunistischen Partei, der KPD/ML, kämpfen.“ (Der Aufbau der bolschewistischen Partei im Kampf gegen den modernen Revisionismus, in: Der Weg der Partei 2/74)

KG(NHT) (Vorläufer): „Als Lenin Ende 1895 den 'Kampfbund' auf die Massenbewegung der Arbeiter orientierte, konnte dessen Propaganda und Agitation nicht nur auf die Schriften von Marx und Engels zurückgreifen. Vor allem konnte sie sich stützen auf die Tätigkeit der 'Gruppe Befreiung der Arbeit' um Plechanow ... Es ist nämlich zu bedenken, daß 1883/84, als Plechanow und seine Mitstreiter ihre Tätigkeit aufnahmen, der Marxismus bereits sozusagen 'fix und fertig' ausgearbeitet war ... Man könnte also fragen, wieso über zehn Jahre notwendig waren, um in Rußland den Marxismus zu verbreiten, so daß es bis 1895/96 dauerte, bis Lenin ihn mit der Arbeiterbewegung verbinden konnte ... Ein Blick in die Veröffentlichungen der ersten russischen Sozialdemokraten belehrt uns, warum diese Zeit erforderlich war. Die allgemeinen Lehrsätze des Marxismus, seine 'Prinzipien', waren schon relativ lange in Rußland bekannt ... Und doch schlug die Geburtsstunde des russischen Marxismus erst, als Plechanow und seine Genossen begannen, den Marxismus auf Rußland und die Probleme der russischen Revolution *anzuwenden*. Die 'allgemeingültigen Lehren, mußten erst *russische Gestalt annehmen*, bevor sie ihre Wirksamkeit entfalten konnten. Ebenso wie heute das Vorhandensein und die 'Verteidigung' der 'Prinzipien' unfruchtbar bleibt, solange nicht die Lehrsätze des Marxismus auf die Erforschung der Realität zur Erarbeitung der Theorie der westdeutschen Revolution angewandt werden, war dasselbe vor neunzig Jahren in Rußland der Fall ... Es mag paradox klingen, daß sich in ... Westdeutschland ... ähnliche Aufgaben stellen wie in dem zurückgebliebenen Rußland der beiden letzten Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts ... Natürlich bestehen auch große Unterschiede. Zum Beispiel sind wir der festen Zuversicht, daß bei uns die theoretische Arbeit um einiges schneller bewältigt werden kann ...“ (Unsere nächsten Aufgaben; Karuscheit/Schröder, 1978)



NUKEM/ALKEM

Das „Handelsblatt“ schäumt: „Moralisch nähmen sich die Taten von Wafenhändlern und Rauschgiftschiefern dagegen wie harmlose Delikte aus“, sollte sich der Verdacht bestätigen, daß von NUKEM/ALKEM in Staaten wie Libyen und Pakistan spaltbares Material zur Herstellung von Nuklearkernen geliefert worden sei. Jetzt müs-

se unbedingt ein möglichst breiter Konsens auch mit der SPD gesucht werden, um den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke zu sichern und die Entsorgung voranzutreiben. Tatsächlich ist das Kernenergieprogramm der Kapitalisten durch das Auffliegen Geschäfte der NUKEM/ALKEM bzw. Degussa/RWE merklich angeschlagen. Kommt nun die von Kritikern vorhergesagte „Entsorgungskrise“?

Brasilien Teil 2: Beginn der Industrialisierung

Die Industrialisierung Brasiliens vollzog sich insbesondere in Zeiten der relativen Isolierung vom Weltmarkt: in den beiden Weltkriegen und während der Weltwirtschaftskrise 1929. Die Imperialisten verstärkten ihre Anstrengungen, Brasilien in neokoloniale Abhängigkeit zu bringen und eine eigenständige Entwicklung des Landes zu verhindern. In den 20er und 30er Jahren entwickelten sich breite antiimperialistische und gegen die Großagrarien gerichtete Bewegungen, die von der Regierung Vargas niedergeschlagen wurden. Die Regierung repräsentierte das Bündnis von Teilen der brasilianischen Bourgeoisie und der Plantagenbesitzer, die eng mit dem US-Imperialismus verbunden waren.



Ausländische Schüler

Der Anteil der Schüler ausländischer Nationalität an den Hamburger allgemeinbildenden Schulen beträgt rund 12,3 Prozent. Diese Kinder, deren Eltern zum gedrücktesten Teil der Arbeiterklasse gehören, müssen schulische Leistungen unter ruinösen Bedingungen erbringen. Anhand von drei Beispielen soll die Unterdrückung der Fähigkeiten und Wün-

sche dieser Kinder durch die besondere Lebens- und Wohnsituation dargestellt werden. Wie reagieren die Kinder auf diese Lebensverhältnisse? Außerdem: Wie wehren sich Kinder und Eltern gegen die Nichtberücksichtigung ihrer Muttersprache im Schulunterricht, die dazu führt, daß die Kinder vielfach keine Sprache beherrschen. Welche Forderungen gibt es gegen diese Benachteiligung?

Neue Stufe staatlicher Vernichtung von politischen Gefangenen

CDU, CSU und FDP haben in ihrer Koalitionsvereinbarung vom März 1987 erklärt, folgende „Angelegenheit zu prüfen“: „Strafaußsetzung zur Bewährung bei terroristischen Gewalttaten nur noch, wenn der Verurteilte bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen sich glaubhaft vom Terrorismus losgesagt hat“. Bei Lebenslänglichen kann dies eine Einbetonierung bis zum Tod bedeuten, bei Zeitsträflern Endstrafe und Vorbereitung der Sicherungsverwahrung. Damit würde die staatliche Vernichtung politischer Gefangener eine neue Stufe erreichen. Zimmermann hat dieses Vorhaben im Mai vor dem Innenausschuß des Bundestages nochmals bekräftigt.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
– erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe – Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe: 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse: 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle: 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen: 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Guntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Duwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden Württemberg
Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lotzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbands- und Parteien: Ulrike Detjen; für Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset Köln. Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU R, KG(NHT), PA, VSP.